



Unternehmen und Zahlen auf einen Blick >>

Ein Teil der Landschaft

Zu den VGH Versicherungen gehören die Landschaftliche Brandkasse Hannover, die Provinzial Lebensversicherung Hannover, die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und die Provinzial Pensionskasse Hannover AG. Im Verbund mit ihnen stehen die Öffentliche Versicherung Bremen, die Öffentlichen Versicherungen Oldenburg, die ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG und die Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt.

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover – das Mutterhaus des VGH-Verbunds – wurde auf Initiative des Abts zu Loccum, Georg Ebell, 1750 gegründet und wird seitdem von den Landschaften getragen. Eine Landschaft, das war damals eine regionale, ständisch geprägte Selbstverwaltung, heute ist es eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Und so wie früher eine Landschaft die Interessen ihrer Region wahrnahm, nimmt sie heute die Interessen der Versicherungsnehmer dieser Region wahr.

Die erste Anregung zur Gründung einer Brandkasse in den hannoverschen Landen gab der Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz. Allerdings kam es erst 34 Jahre nach seinem Tod durch die Initiative von Georg Ebell – dem Vorsitzenden der Landschaft im Fürstentum Calenberg-Grubenhagen – zur Gründung der ersten Versicherungseinrichtung. Landschaften anderer Regionen gründeten alsbald nach diesem Vorbild eigene Versicherungen. Diese schlossen sich seit 1850 allmählich zusammen, und daraus entstand die „Landschaftliche Brandkasse Hannover“.

Getragen von den Landschaften, war die Brandkasse nie ein staatliches Unternehmen. Sie ist unverändert seit ihrer Gründung selbstständig und heimatverbunden; in jedem Sinne ein Teil der Landschaft. Geführt wird sie von den regionalen Landschaften als Träger auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit.

Die VGH Versicherungen sind zudem Teil des S-Finanzverbundes. Bereits seit vielen Jahren sind die niedersächsischen Sparkassen Mitträger bei wichtigen VGH-Verbundunternehmen. Mitte 2007 wurde dieser Verbund mit der Einbindung der Sparkassen sowie Vertretern der Region Oldenburg in die Gremien der Landschaftlichen Brandkasse Hannover als „Versicherungsverbund der Regionen“ fortentwickelt. In diesem Sinne versteht sich auch die Kooperation der Provinzial Krankenversicherung Hannover mit der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung unter Bildung eines Kompetenzzentrums Krankenversicherung im Oldenburger Münsterland.

Die Konzentration der öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen auf ihr angestammtes Geschäftsgebiet entspricht seit jeher ihrem Selbstverständnis. Dies ist ein Vorteil, der die VGH, die Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und die Öffentliche Versicherung Bremen in ihrer jeweiligen Heimat zum Marktführer gemacht hat. Diese Stärke soll für den Kunden konkret fühlbar bleiben und ausgebaut werden. Das ist Ziel des unternehmerischen Handelns des Verbundes.

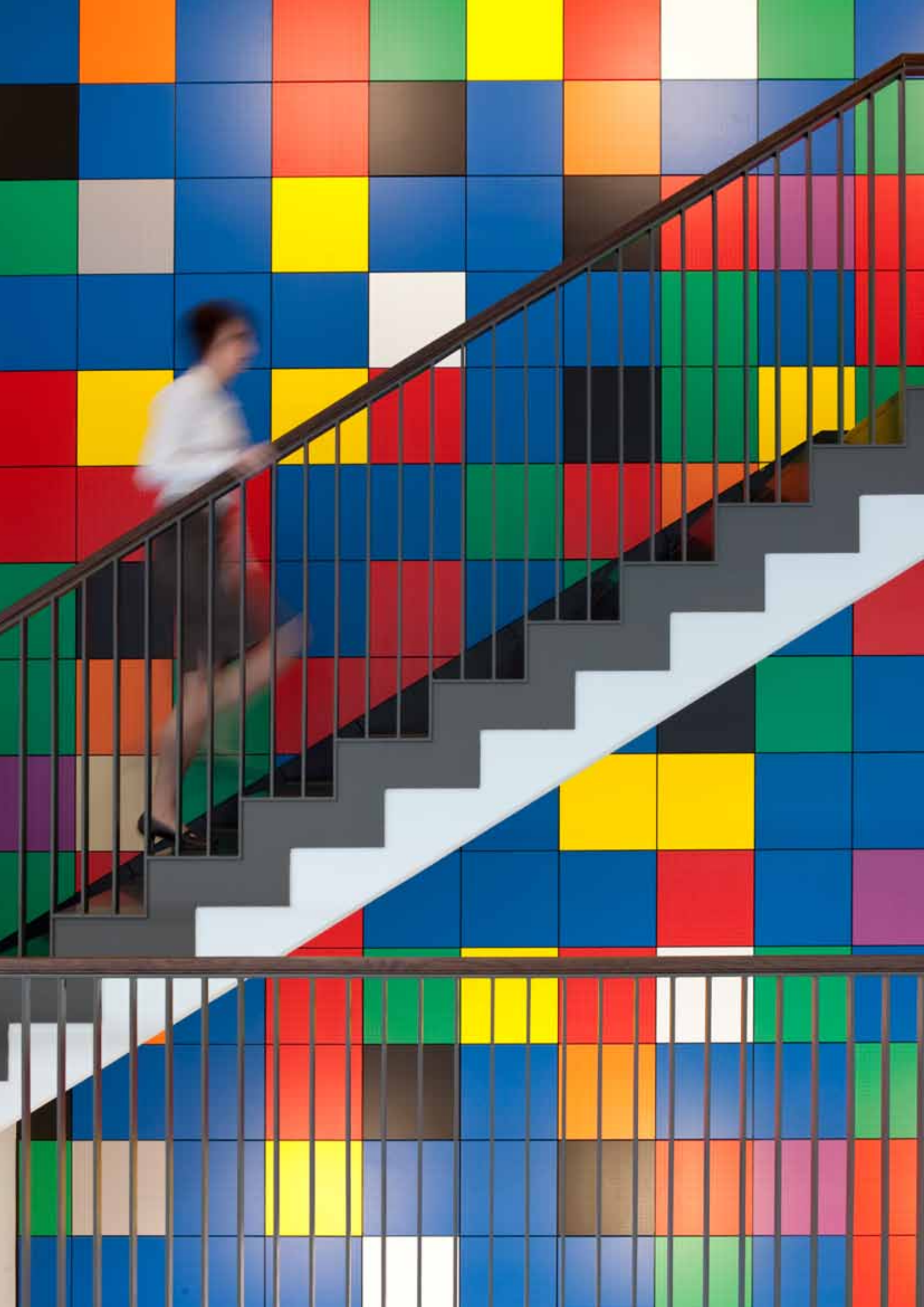


Kloster Loccum



Geschäftsbericht **2009**

Landschaftliche Brandkasse Hannover
Provinzial Lebensversicherung Hannover
Provinzial Krankenversicherung Hannover AG



Zahlen auf einen Blick

Landschaftliche Brandkasse Hannover

	2009	2008	2007	2006	2005
Beitragseinnahme in Mio. €	954	948	930	926	940
Beitragseinnahme in % zu Vorjahr	0,7 %	1,9 %	0,4 %	-1,5 %	-0,3 %
Schadenquote saG	64,3 %	63,5 %	69,6 %	59,6 %	62,5 %
Kostenquote saG	24,3 %	23,6 %	23,1 %	22,9 %	23,1 %
Combined Ratio saG	88,6 %	87,1 %	92,7 %	82,5 %	85,6 %
Nettoverzinsung	3,5 %	1,1 %	3,5 %	5,6 %	4,6 %
Brutto-Überschuss in Mio. €	102	57	83	194	145
Kapitalanlagen in Mio. €	2581	2677	2422	2353	2157
Eigenkapital in Mio. €	773	733	718	688	648

saG: selbst abgeschlossenes Geschäft

Provinzial Lebensversicherung Hannover

	2009	2008	2007	2006	2005
Beitragseinnahme in Mio. €	671	583	593	619	630
Beitragseinnahme in % zu Vorjahr	15,3 %	-1,8 %	-4,1 %	-1,7 %	1,3 %
Kostenquote Verwaltung	1,8 %	2,0 %	2,1 %	2,0 %	1,9 %
Kostenquote Abschluss	5,6 %	5,4 %	5,6 %	5,2 %	5,2 %
Nettoverzinsung	4,1 %	3,2 %	4,5 %	5,2 %	4,7 %
Brutto-Überschuss in Mio. €	137	84	171	216	171
Kapitalanlagen in Mio. €	6869	6504	6708	6478	6350
Eigenmittel in Mio. €	529	520	573	533	506

Provinzial Krankenversicherung Hannover AG

	2009	2008	2007	2006	2005
Beitragseinnahme in Mio. €	44	39	37	33	30
Beitragseinnahme in % zu Vorjahr	11,3 %	6,2 %	10,9 %	11,8 %	16,5 %
Verwaltungskostenquote	3,0 %	3,2 %	3,3 %	3,6 %	3,6 %
Abschlusskostenquote	11,1 %	11,9 %	11,3 %	14,9 %	15,3 %
Nettoverzinsung	5,5 %	3,3 %	4,5 %	4,4 %	4,3 %
Versicherungstechnische Ergebnisquote	8,0 %	14,2 %	16,1 %	15,8 %	13,9 %
Kapitalanlagen in Mio. €	123	101	77	60	48
Eigenmittel in Mio. €	13	13	12	5	3



Engagiert für Niedersachsen: Die VGH unterstützt Projekte in Sport, Kultur und Gesellschaft

Inhalt

8	Vorwort des Vorstands
12	Engagiert für Niedersachsen
24	Jubiläum: 10 Jahre VGH-Stiftung
	Gremien
28	Organe der Landschaftlichen Brandkasse Hannover
35	Organe der Provinzial Lebensversicherung Hannover
38	Organe der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG
39	Sparkassenbeirat der VGH
	Landschaftliche Brandkasse Hannover
42	Lagebericht
60	Jahresabschluss
81	Bestätigungsvermerk
82	Bericht des Aufsichtsrats
84	Corporate Governance
85	Geschäftsentwicklung
	Provinzial Lebensversicherung Hannover
88	Lagebericht
105	Gewinnverwendungsvorschlag
106	Jahresabschluss
142	Bestätigungsvermerk
143	Bericht des Aufsichtsrats
145	Geschäftsentwicklung
	Provinzial Krankenversicherung Hannover AG
148	Lagebericht
163	Gewinnverwendungsvorschlag
164	Jahresabschluss
176	Bestätigungsvermerk
177	Bericht des Aufsichtsrats



Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender des Vorstands

Sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner, liebe Freunde der VGH,

die VGH ist ein verlässlicher Partner. Seit 1750. Im schwierigen Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 hat das Unternehmen diese Stärke erneut unter Beweis gestellt. Wir haben damit das uns entgegengebrachte Vertrauen unserer Kunden, Träger, Vertriebspartner und Mitarbeiter sowie der Menschen in unserem Geschäftsgebiet in Niedersachsen weiter gefestigt.

Verlässlichkeit hat für uns eine besondere Bedeutung: Wir nehmen unsere Verantwortung als öffentlich-rechtliches Unternehmen ernst, im Interesse unserer Kunden zu handeln und dem Gemeinwohl zu dienen. Vom Erfolg unseres soliden Geschäftsmodells profitiert deshalb nicht nur das Unternehmen, sondern davon profitieren auch die Kunden, die öffentliche Hand und die Menschen in der Region.

Dass wir im Jahr 2009 stabil durch die Krise gekommen sind, ist unserer erfolgreichen Versicherungstechnik, dem konservativen Kurs in der Kapitalanlage und nicht zuletzt dem relativ geringen Schadenaufkommen zuzuschreiben. Mit unserer klaren Vertriebsstrategie und dem Fokus auf die Leistungskraft der eigenen Organisation wie auch die der Sparkassen haben wir die Marktführerschaft der VGH weiter ausgebaut.

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover entwickelte sich im Jahr 2009 erneut besser als der Markt. Die Beiträge liegen mit 954 Mio. Euro um 0,7 Prozent über dem Vorjahr. Trotz des harten Verdrängungswettbewerbs hat sich die Brandkasse mit hohen Marktanteilen in allen Sparten behauptet.

Aufgrund der günstigen Schadenentwicklung liegt unsere Schadenkostenquote mit erfreulichen 88,6 Prozent deutlich unter dem Branchenschnitt mit circa 94 Prozent. Der Gewinn vor Steuern und Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung entwickelte sich positiv: Er liegt 2009 bei 102,4 Mio. Euro. Vom Erfolg der VGH profitieren die Kunden mit einer Beitragsrückerstattung von rund 23 Mio. Euro.

Die Provinzial Leben hat die Vorjahresbeitragseinnahme mit 671 Mio. Euro um 15,3 Prozent übertroffen. Vor allem das starke Neugeschäft mit Lebens- und Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag unterstützte diese positive Entwicklung. Dieser Trend ist ein Beleg für den Sinneswandel vieler Anleger. Sie suchen nach dem Schock der Finanzkrise eine sichere Altersvorsorge – und finden diese bei öffentlich-rechtlichen Versicherern wie der VGH. Die Provinzial Leben hält ihre Überschussbeteiligung auch 2010 auf dem guten Niveau der letzten Jahre von 4,25 Prozent und eine Gesamtverzinsung von bis zu 5,4 Prozent. Auch dies ein wichtiger Indikator für die Leistungsfähigkeit der Provinzial Leben.

Die Provinzial Kranken befindet sich wegen der Auswirkungen der Gesundheitsreform und der Wirtschaftskrise in einem schwierigen Marktumfeld. Dennoch übertrifft das Neugeschäft mit 481 000 Euro Monatsbeitrag das gute Vorjahresergebnis. Der Krankenversicherer verfügte Ende 2009 über einen Bestand von 136 500 versicherten Personen. Dies entspricht einem Plus von 4,1 Prozent. Die Beitragseinnahmen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 11,3 Prozent auf 43,9 Mio. Euro. Vom Jahresüberschuss werden 3,5 Mio. Euro in die Rückstellung für Beitragsrückerstattungen eingestellt, die direkt dem Kunden zugutekommt.

Mit unserer nunmehr 260-jährigen Geschichte, unserer kundenorientierten Geschäftspolitik und unserem vorsichtigen Risikomanagement sowie unseren qualifizierten Mitarbeitern haben wir die Erfahrung, die Strategie und das Potenzial, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein.

Der Erfolg der VGH im Krisenjahr 2009 wäre ohne das Vertrauen unserer Kunden nicht denkbar gewesen. Dafür sagen wir Danke. Besonderer Dank gebührt unseren Mitarbeitern und den Vertriebspartnern, die das Unternehmen mit Engagement, Entschlossenheit und Kreativität auf Erfolgskurs gehalten haben.



Der Vorstand der VGH

Warum engagiert sich die VGH für die Gesellschaft?



Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender des Vorstands

„Verantwortung ist ein Wert, der für alle unsere Beziehungen gilt: Wir gehen fair und verantwortungsvoll mit unseren Kunden und Vertriebspartnern um. Wir behandeln unsere Mitarbeiter mit Respekt. Und wir empfinden Verantwortung gegenüber unserer Umwelt und den Menschen in unserer Region. Deshalb engagieren wir uns auf vielen Feldern für die Gesellschaft – nicht zuletzt mit einer eigenen Stiftung – und haben damit auch unternehmerisch Erfolg.“



Jochen Herdecke
Mitglied des Vorstands

„Gesellschaftliches Engagement gehört bei der VGH nicht einfach nur zum guten Ton – es ist für uns selbstverständlich! Als öffentlich-rechtliches Unternehmen haben wir einen besonderen Auftrag zu erfüllen. Unsere Arbeit ist in hohem Maße dem Gemeinwohl verpflichtet. Mit der Förderung von Projekten in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales geben wir einen Teil unseres wirtschaftlichen Erfolgs an die Gesellschaft weiter.“



Hermann Kasten
Mitglied des Vorstands

„Wenn die Vertriebskonkurrenz auf den Märkten zunimmt und Produkte immer austauschbarer werden, sind die ‚kleinen Unterschiede‘ mehr denn je gefragt. Die VGH hat sich ihre Reputation als gesellschaftlich verantwortungsvolles Unternehmen über viele Jahrzehnte aufgebaut. Unser positives Image ist ein echter Wettbewerbsfaktor und damit wichtig für den Markterfolg.“



Thomas Krüger
Mitglied des Vorstands

„Werte schaffen und Werte vermitteln, Sinn stiften und Kontinuität sichern – so lässt sich die Maxime des gesellschaftlichen Engagements der VGH und ihrer Stiftung charakterisieren. Die Förderung greift traditionelle Werte auf, indem sie hilft, die kulturellen Reichtümer des Landes zu bewahren. Zugleich fördert sie neue Strömungen und Werte, indem sie junge Talente im ganzen Land unterstützt.“



Franz Thole
Mitglied des Vorstands

„Nah am Menschen zu sein – das ist unsere Unternehmensphilosophie als öffentlich-rechtlicher Versicherer wie auch als Förderer gesellschaftsrelevanter Projekte. Dazu gehört für uns die Investition in Bildung wie auch der Dialog mit den Menschen vor Ort. Nicht nur in Hannover, wo unsere Zentrale ansässig ist, sondern auch in der Fläche des Landes, in den Städten und Gemeinden, dort, wo die Menschen zu Hause sind.“



Thomas Vorholt
Mitglied des Vorstands

„Es ist prinzipiell schwer, gesellschaftliches Engagement verständlich zu machen. Es kostet Geld und gilt gemeinhin als überflüssig. Aber: Es ist unbestreitbar, dass erfolgreiches bürgerschaftliches Engagement ein Unternehmen auszeichnet und damit sein Ansehen mehrt. Die VGH beweist dies hartnäckig – seit nunmehr 260 Jahren.“



Engagiert für Niedersachsen

Die VGH ist ein verantwortungsbewusster Partner – als Versicherer für rund 1,8 Millionen Privat- und Geschäftskunden genauso wie als Arbeitgeber für gut 4 500 Menschen, die direkt oder mittelbar für die Versicherungsgruppe tätig sind. Traditionell engagiert sich das Unternehmen für die Gesellschaft. Denn es gehört zum Selbstverständnis der VGH, die Gesellschaft am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben zu lassen. Als größter regionaler Versicherer Niedersachsens fördert das Unternehmen vor allem die Tradition und den Nachwuchs in Niedersachsen und unterstützt Projekte für eine lebenswerte Zukunft der Menschen hier im Land.



Kleinkunst: Die VGH sponsert die Kleinen Feste in Niedersachsen, zum Beispiel in Clemenswerth, Bad Pyrmont und Hannover Herrenhausen

Engagiert aus Tradition

Wer auf eine lange Tradition zurückblicken kann, arbeitet nachhaltiger. Die VGH hat eine 260-jährige Tradition. Das Mutterunternehmen, die Landschaftliche Brandkasse Hannover, wurde 1750 gegründet. Vor rund 50 Jahren schloss sie sich mit der 1918 ins Leben gerufenen Provinzial Lebensversicherung Hannover zusammen. Die Versicherungsgruppe Hannover – kurz VGH – war geboren. Seit 2001 gehören auch die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und seit 2002 die Provinzial Pensionskasse Hannover AG zur Gruppe.

Engagiert für die Partner

In den 80er und 90er Jahren beteiligte sich die VGH an der Öffentlichen Versicherung Bremen und den öffentlichen Versicherungen in Sachsen-Anhalt und zusammen mit dem Sparkassenverband Niedersachsen an den öffentlichen Versicherungen in Ostfriesland und Oldenburg. Seit 2007 kooperiert sie mit der ALTEN OLDENBURGER Krankenversicherung in Vechta. Die VGH geht respektvoll mit der Tradition und Geschichte ihrer Partnerunternehmen um. Sie sind Teil eines starken Verbundes, gehen aber weiter ihre eigenen Wege. So bleiben Markenname und regionale Marktbearbeitung erhalten. Mit diesem Beteiligungsmodell stärkt die VGH den Versicherungsstandort Niedersachsen und sichert Arbeitsplätze in allen Regionen vom Harz bis an die Nordsee.

Engagiert für die Kunden

Rund 600 selbstständige Vertretungen und 1200 Geschäftsstellen von 46 Sparkassen sowie der Landesbausparkasse stellen sicher, dass die VGH immer und überall im Land nah am Kunden ist. Die Versicherungsgruppe bietet aus einer Hand das komplette Vorsorge-Paket an, von der Lebens-, Kranken- und Unfallversicherung über Haftpflicht-, Rechtsschutz-, Kfz-, Wohngebäude- und Hausratversicherung bis zur Inventar- und Betriebsunterbrechungsversicherung. Als erstes Unternehmen überhaupt bietet die VGH ihren Kunden die Möglichkeit, die Versicherung gegen Starkregen und Rückstau in die Grunddeckung der Hausrats- und Wohngebäudeversicherung mit einzuschließen. Eine vorausschauende Produktpassung, denn extreme Wetterlagen häufen sich.

Kleine Künstler: Mehr als 40 Kinder von Mitarbeitern der VGH haben mit Unterstützung von Kunstpädagogen Bilder gemalt und die Ausstellung der Malschule Emden ergänzt



Die Nähe zum Kunden und die breite Produktpalette machen die VGH für viele Niedersachsen zur ersten Wahl: Ein Drittel der Wohngebäude und zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe sind hierzulande bei der VGH versichert. Jede fünfte Kfz- und Hausratversicherung sowie jede zehnte Lebensversicherung schließen die Niedersachsen mit dem Unternehmen ab. Rund 136 500 Kunden haben eine Krankenversicherung bei der Gruppe. Insgesamt hat die VGH 4,8 Millionen Versicherungsverträge in ihrem Bestand.

Dass die Kunden mit den VGH Versicherungen zufrieden sind, bestätigen zahlreiche Studien. Bei Kundenumfragen zur Produkt- und Dienstleistungsqualität landet die Gruppe regelmäßig im Spitzenfeld der deutschen Versicherer. Das war auch 2009 wieder der Fall. Bestnoten erhält die VGH insbesondere für ihre faire und unbürokratische Schadenabwicklung. Nicht überraschend, denn die VGH legt größten Wert darauf, ihren Kunden gerade im Schadenfall ein verlässlicher Partner zu sein.

**Engagiert
für die Mitarbeiter**

Fairness und Vertrauen prägen auch den Umgang der VGH mit ihren Mitarbeitern. Das Unternehmen bietet vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten. So werden 90 Prozent der Führungspositionen intern besetzt. Dabei fördert das Unternehmen seine Mitarbeiter auf innovative Weise. Zum Beispiel mit dem Trainee-Programm zur Übernahme einer Vertretung, bei dem junge Versicherungskaufleute auf den Schritt in die Selbstständigkeit vorbereitet werden. Oder mit dem „Sprungbrett“: Ausgelernte Azubis lernen dabei als Springer verschiedene Standorte und Abteilungen kennen und qualifizieren sich so für die weitere Berufslaufbahn.

Hoch zu Ross: Die VGH fördert traditionell den Reitsport. Zum Beispiel den VGH-Cup für Nachwuchsreiter. Schließlich ist Niedersachsen Pferde-land und das springende Ross seit jeher Teil des VGH-Logos



Umfassende Sozialleistungen gehören bei der VGH zum Standard. Zudem unternimmt das Unternehmen alles, um seinen Mitarbeitern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, sei es durch flexible Arbeitszeiten, die Freistellung für die Pflege von Familienangehörigen, Ferienprogramme oder eine eigene Kindertagesstätte. Die Hertie-Stiftung hat dies gewürdigt und zeichnet die VGH seit 2006 als familienfreundliches Unternehmen aus.

Engagiert für das Land

Als Versicherungsunternehmen lebt die VGH von dem Vertrauen, das Kunden, Partner und Mitarbeiter ihr entgegenbringen. Daraus erwächst eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen in Niedersachsen. Als öffentlich-rechtliches – und damit gemeinwohlorientiertes Unternehmen – in der Trägerschaft der Landschaften (mehr dazu auf Seite 2) sieht sich die VGH mehr als andere Unternehmen der Region und der Gesellschaft verpflichtet. In ihrer Satzung ist dieser Gemeinwohlauftrag ausdrücklich festgeschrieben. Er spiegelt sich in den vielfältigen Projekten im Sport, in Kultur und Wissenschaft sowie beim gesellschaftlichen Engagement wider. Bei ihren Spenden und Sponsorings achtet die VGH auf eine ausgewogene regionale Verteilung. Schließlich ist das Unternehmen in fast allen Gebieten Niedersachsens zu Hause.

Unser Engagement fußt auf drei Säulen: Die VGH unterstützt selbst ausgewählte und initiierte Vorhaben, sie fördert Projekte über ihre eigene Stiftung und leistet Zuwendungen an die Landschaftsverbände. Die Stiftung wurde zum 250-jährigen Bestehen der Landschaftlichen Brandkasse im Jahr 2000 gegründet. Sie fördert vor allem wissenschaftliche, kulturelle und mildtätige Projekte (mehr dazu ab Seite 24). Die Landschaftsverbände unterstützen die Kultur- und Heimatpflege vor Ort. Mit ihrer regionalen Kompetenz stärken sie ihre jeweilige Landschaft und bewahren deren kulturelle Reichtümer.

Nachwuchsteam: Die VGH ist Trikot-Sponsor der 2. G-Jugend des Hannoverischen Sportclubs (HSC)



Mit ihrem gesellschaftlichen Engagement zielt die VGH darauf ab, das ihr entgegengebrachte Vertrauen weiter zu stärken, sei dies als Versicherer, Partner und Arbeitgeber oder als Spender, Sponsor und Förderer. Mit ihrem Engagement möchte die VGH aber noch mehr: nämlich Werte vermitteln, für die sie selbst steht. Seit 260 Jahren entwickelt und verändert sich das Unternehmen immer wieder, ohne seine Wurzeln aus den Augen zu verlieren. Die VGH unterstützt deshalb sowohl die Tradition als auch Beiträge zur Nachwuchsförderung und Zukunftssicherung des Landes und seiner Bürger.

Engagiert für den Sport

Sport begeistert. Kinder und Jugendliche erleben, wie sie mit Einsatz und Leidenschaft Ziele erreichen können. Sie eignen sich Tugenden an wie Teamfähigkeit, Respekt und Fairness und entwickeln so bereits in frühen Jahren eine Sozialkompetenz, von der sie ihr ganzes Leben profitieren. In einem Team gemeinsam auf ein Ziel hinarbeiten und dabei niemals das Fairplay aus den Augen zu verlieren, das sind auch Werte, für die die VGH steht. So lautet der Unternehmenslogan „fair versichert“. Deswegen fördert die Versicherungsgruppe den Breitensport, insbesondere den Nachwuchs. Wichtige Eckpfeiler sind Fußball und Reitsport.

Seit dem Jahr 2000 sucht das Unternehmen gemeinsam mit dem Niedersächsischen Fußballverband beim VGH Fairness-Cup jedes Jahr die fairste Fußballmannschaft Niedersachsens. Dabei nehmen alle Mannschaften von der Kreisliga bis zu den niedersächsischen Teams der 1. Bundesliga teil – insgesamt 1200 Mannschaften. Sieger 2009 war der FC Ostereistedt-Rahde.

Als niedersächsisches Unternehmen fördert die VGH den Pferdesport. Schließlich ist Niedersachsen Pferdeland und das springende Ross seit jeher Teil des VGH-Logos. Bereits 1995 hat das Unternehmen mit den Pferdesportverbänden Hannover und Weser-Ems den VGH-Cup ins Leben gerufen, eine zehnteilige Turnierserie, bei der Reiter im Alter zwischen 12 und 21 Jahren gegeneinander antreten.

Kunst fürs Land: Timm Ullrichs hat mit seinem Werk „Die Lieblingsfarben der Niedersachsen“ den Eingang zum Neubau der VGH in Hannover gestaltet



Beim großen Abschlussturnier wird der Gewinner ermittelt. Sieger 2009: der 17-jährige Thilo Schulz aus Bergen im Kreis Lüchow-Dannenberg auf seinem Pferd Lantano.

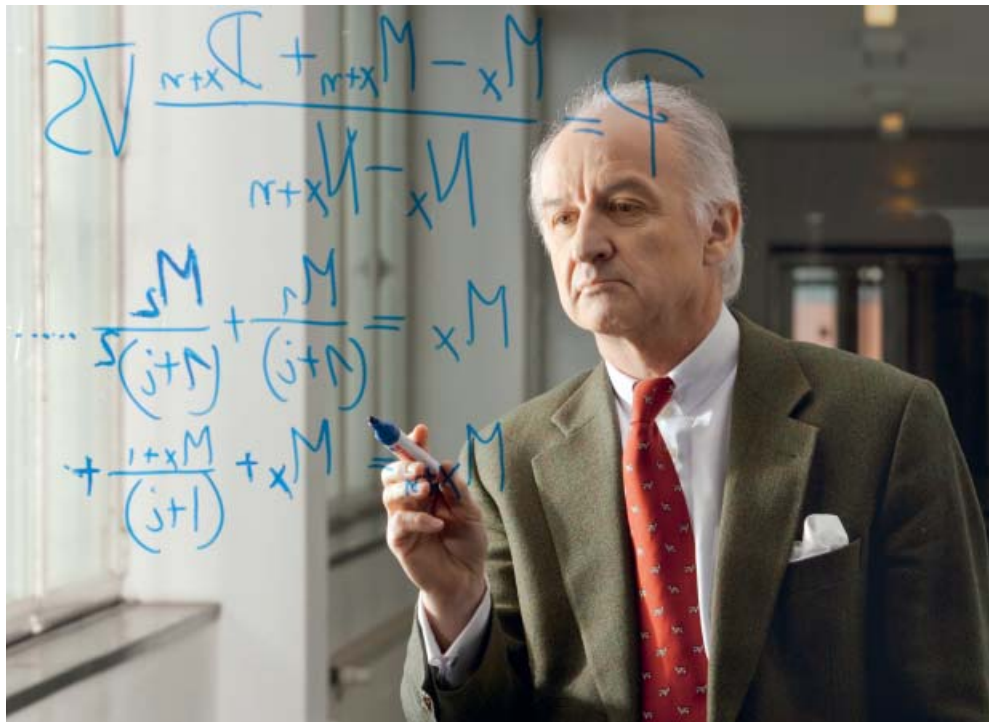
Als eines der wirtschaftlich stärksten Unternehmen in Niedersachsen engagiert sich die VGH auch für den Spitzensport. Sie sponsert den Hannoverschen Rennverein, der die Pferderennen auf der Neuen Bult in Langenhagen ausrichtet, genauso wie das Burgturnier in Hardenberg. Zudem ist das Unternehmen Sponsor der niedersächsischen Profifußballvereine Hannover 96, VfL Wolfsburg und VfL Osnabrück.

Engagiert für die Kultur

Die VGH leistet einen wichtigen Beitrag für die kulturelle Vielfalt im Land und unterstützt niedersächsische Projekte in Kunst und Wissenschaft. Dabei achtet sie insbesondere auf die Nachhaltigkeit der Konzepte und die Förderung des Nachwuchses.

Die VGH bekennt sich gerne zur Kunst. Ein aktuelles Beispiel: das farbenfrohe, 90 Meter lange Kunstwerk „Die Lieblingsfarben der Niedersachsen“ von Timm Ullrichs, das den 2009 fertiggestellten Neubau der VGH in Hannover schmückt. Seit Juli 2008 zeigt das Unternehmen in einer eigenen Galerie regelmäßig Kunstausstellungen: ein bunter Kontrast zur abstrakten Versicherungswelt. Die VGH galerie soll ein Ort der ungewöhnlichen Perspektiven und des Dialogs sein und sie soll zeigen, wie viel schöpferische Kreativität und künstlerische Vielfalt unser Land zu bieten hat. Natürlich stehen die Ausstellungen allen Kunden, Partnern, Mitarbeitern und Kunstinteressierten offen. Darüber hinaus verfügt die VGH über eine hauseigene Kunstsammlung. Die Werke reichen vom hannoverschen Künstler Kurt Schwitters über seine Zeitgenossen El Lissitzky, László Moholy-Nagy, Franz Belting und Heinz Fischer-Roloff bis zu einer Reihe junger Künstler wie Ute Lindner und Stefan Mauck.

Professor Dr. J.-Matthias Graf von der Schulenburg ist Direktor des Instituts für Versicherungsbetriebslehre an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover und Geschäftsführer des Kompetenzzentrums Versicherungswissenschaften, das die VGH gemeinsam mit anderen hannoverschen Versicherungen fördert



Mit dem VGH Fotopreis fördert das Unternehmen junge Fotografen. Seit 2008 vergibt die VGH die Auszeichnung gezielt an Fotostudenten der Fachhochschule Hannover (FHH). Mit einem Preisgeld von 10 000 Euro gehört der VGH Fotopreis zu den höchstdotierten Auszeichnungen seiner Art in Deutschland. Der Sieger erhält eine eigene Ausstellung in der VGH galerie und kann dort seine Fotoserie der Öffentlichkeit präsentieren. Sieger 2009: Lucas Wahl. Seine Bilder hat der Nachwuchsfotograf im ungewöhnlichen 140°-Panoramaformat aufgenommen.

Engagiert für die Wissenschaft

Gottfried Wilhelm Leibniz ist einer der geistigen Gründungsväter der VGH. Bereits im 17. Jahrhundert regte der Universalgelehrte im Kurfürstentum Hannover die Gründung einer Brandkasse an. Seine Idee, dass Unglücksfälle „gleichsam gemein gemacht werden und einer dem anderen sie tragen helfe“, ist noch heute das Grundprinzip der Versicherungswirtschaft. Für die VGH ist es deshalb ein großes Anliegen, dazu beizutragen, das geistige Erbe dieses großen Wissenschaftlers und Philosophen zu bewahren. So unterstützt die VGH ein Projekt, bei dem die 15 000 Leibniz-Briefe der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek in Hannover digitalisiert und über eine Plattform im Internet zugänglich gemacht werden. Die Briefsammlung ist 2007 von der UNESCO ins Weltdokumentenerbe aufgenommen worden.

Die VGH unterstützt auch Projekte, die sich mit Mathematik oder Fragen der Versicherungswirtschaft beschäftigen. So zum Beispiel die Deutsche Mathematik-Olympiade 2010, deren Endrunde im Mai dieses Jahres an der Universität Göttingen stattfindet. Ein weiteres Beispiel: „Der November der Wissenschaft in Hannover“. Zum zweiten Mal nach 2008 laden in diesem Jahr wissenschaftliche Einrichtungen, darunter Museen, die Universität Hannover und die Fachhochschule Bürger zum Entdecken und Experimentieren ein. Zahlreiche Veranstaltungen wie Tage der offenen Tür, Vorträge, Workshops und Symposien zogen vor zwei Jahren rund 40 000 Besucher an.

Unbezahlbar und freiwillig: Das Projekt „SMS – Sozial macht stark“ aus Garbsen war 2009 einer der Sieger beim Niedersachsenpreis für Bürgerengagement. Jugendliche wie Donika Muliq leisten bei SMS Hilfe in Altersheimen oder Kindergärten



Ein wichtiger Förderschwerpunkt ist das Kompetenzzentrum Versicherungswissenschaften, das die Universitäten Hannover und Göttingen sowie die Medizinische Hochschule Hannover im Jahr 2002 gegründet haben. Das Ziel: Fächer wie Versicherungsmathematik, Versicherungsrecht und Versicherungsmedizin miteinander zu verbinden und damit Niedersachsens Position in der Branche zu stärken. Das Kompetenzzentrum Versicherungswirtschaft wird seit 2008 in Form eines sogenannten Public Private Partnership von der VGH und sieben weiteren Versicherungsunternehmen sowie dem Land Niedersachsen getragen.

Engagiert für die Gesellschaft

Die Gemeinschaft lebt von Menschen, die Verantwortung übernehmen und sich für andere einsetzen. Als gemeinwohlorientiertes Unternehmen liegt der VGH die Förderung dieses Engagements besonders am Herzen. Selbstverständlich hat das Unternehmen auch hier stets Tradition und Zukunft im Blick.

Fast jeder dritte Niedersachse ist ehrenamtlich aktiv – insgesamt rund 2,4 Millionen Menschen. Zusammen mit der Landesregierung und dem Sparkassenverband Niedersachsen würdigt die VGH diesen Einsatz mit der Auszeichnung „Unbezahlbar und freiwillig – der Niedersachsenpreis für Bürgerengagement“. Seit 2003 werden jährlich zehn Preise in den Bereichen Kultur, Sport, Kirche/religiöse Gemeinschaften, Umwelt und Soziales sowie ein Sonderpreis im Gesamtwert von 32 500 Euro verliehen. Einer der Sieger 2009: „My Life“ im Kreis Harburg. Ehrenamtliche helfen dort Jugendlichen, eine Lehrstelle zu finden, und motivieren sie, ihre Ausbildung erfolgreich abzuschließen. Übrigens: Ehrenamtliche sind in Niedersachsen bei ihren Tätigkeiten durch einen Rahmenvertrag des Landes mit der VGH gegen Unfall- und Haftpflichtschäden versichert. Auch das ist ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den ehrenamtlich tätigen Menschen in Niedersachsen.

Lösch-Profis: Die VGH betreibt zusammen mit der Berufsfeuerwehr Hannover das Brandschutzmobil. Die Besatzung zeigt im ganzen Land, wie man Feuer verhindert und bekämpft



Traditionell fühlt sich die VGH durch ihr Mutterunternehmen, die Landschaftliche Brandkasse Hannover, mit den Feuerwehren im Land eng verbunden. Die Unterstützung durch die VGH ist für sie besonders wichtig, da gut 90 Prozent von ihnen ehrenamtlich tätig sind. So vergibt die VGH zinsgünstige Kredite an Kommunen, um beispielsweise neue Einsatzfahrzeuge zu finanzieren. Zusammen mit den anderen öffentlichen Versicherern in Niedersachsen unterstützt die VGH die Koordinierungsstelle Brandschutzerziehung. Hier erhalten die landesweit 1500 Brandschutzerzieher Hilfe für ihre Aufklärungsarbeit in Schulen und Kindergärten. Um Jugendliche für den ehrenamtlichen Einsatz bei der Feuerwehr zu begeistern, unterstützt die VGH zudem Projekte zur Nachwuchsgewinnung. Darüber hinaus befördert das Unternehmen mit dem Parlamentarischen Abend des Landesfeuerwehrverbandes (LFV) den Dialog der Feuerwehrleute mit Entscheidungsträgern aus der Politik. Die Nähe der VGH zur Feuerwehr ist wörtlich zu nehmen: So haben der Landesfeuerwehrverband und die Feuerwehrunfallkasse ihren Sitz in den Verwaltungsgebäuden des Unternehmens in Hannover.

Die meisten Gebäude in Niedersachsen sind bei der VGH gegen Feuer versichert. Deswegen ist der Versicherer sehr daran interessiert, den Menschen zu zeigen, wie man Brände verhindert und bekämpft. Dafür schickt das Unternehmen regelmäßig das VGH-Brandschutzmobil durchs Land, das in Kooperation mit der Berufsfeuerwehr Hannover und dem LFV im Einsatz ist. Die Besatzung – ausgebildete Feuerwehrleute – demonstrieren vor Ort, wie leicht etwa ein Brand zu Hause entstehen kann und wie man ihn löscht.

Engagiert für Soziales

Die VGH unterstützt auch soziale und humanitäre Projekte. Die Bandbreite der Förderung reicht von Zuwendungen an lokale bzw. regionale Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten sowie Kirchen bis hin zu Spenden bei Katastrophen. So hat die VGH im Jahr 2009 die Hannöversche Tafel e.V. und das Deutsche Taubblindenwerk ebenso unterstützt wie auch die Landesstiftung „Kinder von Tschernobyl“.

Alle Wetter: Die VGH veranstaltet regelmäßig Symposien zum Thema „Zukunft für Niedersachsen“. 2009 diskutierten Professor Dr. Uwe Schneidewind, Vorsitzender der Niedersächsischen Regierungskommission Klimaschutz, und andere Experten die Folgen des Klimawandels für Niedersachsen



Aus Anlass der Erdbebenkatastrophe auf Haiti beteiligt sich die VGH an einer Spende der Sparkassen-Finanzgruppe Niedersachsen, die den SOS-Kinderdörfern und dem Verein „Haiti-Not-Hilfe“ zugutekommt.

Engagiert für die Umwelt

Verantwortungsvolles, unternehmerisches Handeln und ökologisches Engagement gehen bei der VGH Hand in Hand. Das ist Teil der Unternehmenskultur und in den Umweltleitlinien des Unternehmens festgeschrieben. So beziehen die Direktion in Hannover und sechs weitere Regionaldirektionen ausschließlich Ökostrom. Auch den Energieverbrauch hat die VGH im Blick: Der Neubau im Warmbüchenkamp in Hannover, der im Sommer 2009 fertiggestellt wurde, verbraucht dank vieler technischer Raffinessen und Innovationen weniger Energie und Wasser als vergleichbare Gebäude. Seit 2000 nimmt die VGH zudem bei ÖKOPROFIT teil. Das ökologische Projekt für integrierte Umwelttechnik (ÖKOPROFIT) ist eine Kooperation zwischen Kommunen und Unternehmen, die mit ihren Maßnahmen zur Ressourcen- und Umweltschonung zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen.

Engagiert für die Zukunft

Die VGH ist in Niedersachsen zu Hause. Wie eine lebenswerte Zukunft für die Menschen im Land – insbesondere auch für künftige Generationen – gestaltet werden kann, ist für das Unternehmen eine wichtige Frage. Deshalb hat die VGH 2007 die Symposiumsreihe „Zukunft für Niedersachsen“ ins Leben gerufen. Dort diskutieren Experten aus Wissenschaft und Politik Themen wie „Versicherungswirtschaft im Wandel“ (2007) oder die Auswirkungen des Klimawandels auf Niedersachsen (2009). Sie erörtern Chancen und Risiken und geben Handlungsempfehlungen für Politik und Gesellschaft. Das nächste Symposium findet 2011 statt und beschäftigt sich mit dem demografischen Wandel.



Feuerwehrleute gesucht!

Die Feuerwehren haben ein Nachwuchsproblem. Eine große Image-Kampagne soll jetzt Kinder, junge Frauen und Menschen mit ausländischen Wurzeln für den Einsatz begeistern. Die VGH fördert das Projekt.

In ihrer Feuerwehr-Schutzkleidung sehen Katja und Matthias und ihre Freunde schon aus wie echte Feuerwehrleute. Die Jugendlichen sind Mitglieder der Jugendfeuerwehr in Hannover-Stöcken. Neben Sport, Spiel und Basteln bekommen sie dort auch erste Grundlagen für einen späteren Einsatz als Feuerwehrmann und -frau beigebracht. „Wir lernen, wie wir Menschen helfen können“, schwärmt der 15-jährige Matthias. Und die 10-jährige Katja stellt klar: „Feuerwehr ist nicht nur was für Jungs.“

Alfred Falkenberg und Claus Lange von der Feuerwehr Hannover hätten gerne mehr Jugendliche wie Katja und Matthias in ihren Reihen. Denn den Feuerwehren in Niedersachsen droht ein Nachwuchsproblem. „Der demografische Wandel macht uns zu schaffen“, sagt Lange, Chef der Berufsfeuerwehr Hannover. Über 90 Prozent der Feuerwehren in Niedersachsen bestehen aus Freiwilligen und sind auf das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitglieder angewiesen. Deshalb startet die Feuerwehr Hannover im Frühjahr eine Image-Kampagne zur Nachwuchsgewinnung. Ein Pilotprojekt, das bei Erfolg auf das ganze Land ausgedehnt werden könnte. Im Fokus der Kampagne: junge Frauen, Menschen mit ausländischen Wurzeln und Kinder zwischen sechs und zehn. Bislang durften Kinder erst mit zehn Jahren in die Jugendfeuerwehren eintreten. Die Werbemotive zeigen bewusst keine dramatischen Szenen mit Feuer und Flammen. Lange: „Unsere Botschaft lautet: Man muss nicht Arnold Schwarzenegger sein, um zur Feuerwehr zu gehen. Jeder kann das!“

„Ohne Hilfe der VGH hätten wir das nicht stemmen können“, sagt Falkenberg, „eine Werbeagentur arbeitet schließlich nicht zum Nulltarif.“ Die Zusammenarbeit zwischen VGH und Feuerwehren erstreckt sich noch auf viele weitere Bereiche, etwa der Präventionsarbeit. „Es ist eine sehr innige Verquickung“, sagt Lange, „wir ziehen beide an einem Strang, die VGH versichert gegen Feuerschäden, wir helfen den Menschen, wenn es brennt.“

**Lesestunde: Schauspieler Heikko
Deutschmann war Gast des Literatur-
festes Niedersachsen 2009**



Jubiläum: 10 Jahre VGH-Stiftung

2010 feiert die VGH-Stiftung ihren 10. Geburtstag. Ein Grund zum Feiern, Resumée zu ziehen und einen Blick nach vorn zu wagen. Seit ihrer Gründung hat die VGH-Stiftung die Regionen in Niedersachsen und Bremen mit einem Fördervolumen von insgesamt rund 5,6 Millionen Euro gestärkt. Dabei fühlt sie sich der Wissenschaft, Kultur und Mildtätigkeit verpflichtet und achtet insbesondere auf die Vermittlung kultureller Werte an Kinder und Jugendliche. Die VGH-Stiftung setzt neben der Förderung auch Akzente mit eigenen Projekten. So veranstaltet sie das Literaturfest Niedersachsen und das Leseförderprogramm „JULIUS – Jugend liest und schreibt“. Beide Vorhaben spielen im Jubiläumsjahr eine zentrale Rolle.

JULIUS-CLUB: Lesen macht Spaß!

Immer mehr junge Leser und Bibliotheken wollen beim gemeinsamen Projekt von VGH-Stiftung und Büchereizentrale Niedersachsen mitmachen. Die Aktion wird deshalb 2010 erheblich ausgeweitet: Statt 25 nehmen dieses Jahr 40 Büchereien teil. Darüber hinaus plant der JULIUS-CLUB im Jubiläumsjahr Kreativwerkstätten zum Thema Zukunft. Die Ergebnisse werden in einem Buch und in einer Ausstellung in der VGH galerie präsentiert. Eröffnungstermin ist der 7. Oktober – dann wird auch der Geburtstag der VGH-Stiftung gefeiert. Schirmherrin des Projekts ist die Ehefrau des Ministerpräsidenten, Bettina Wulff.

Literaturfest: Feierstunden in Niedersachsen

Im Jubiläumsjahr der VGH-Stiftung widmet sich das Literaturfest Niedersachsen dem Thema „Das Fest“ in verschiedenen Facetten. Bekannte Autoren und Schauspieler erwarten die Besucher zu Volksfesten, mittelalterlichen, barocken und römischen Feierlichkeiten bis hin zum chinesischen Mondfest. Auftakt des Festes ist am 9. September in Hannover.

Literatur: LOSlesen!

Die VGH-Stiftung unterstützt das Frühleseförderungsprojekt „LOSlesen“ des Vereins Fantasiemobil, der die Lese- und Sprachkultur fördert. Ziel ist es, bei Eltern das Interesse

Zeichen der Zeit: Die VGH unterstützt die Restaurierung der Brücken im Schlosspark von Wrisbergholzen bei Alfeld



am Vorlesen zu wecken und dadurch Kinder in ihrer Entwicklung voranzubringen. Im Projektjahr 2010/2011 werden insbesondere Familien mit Migrationshintergrund gefördert.

**Kunst:
Ausprobieren!**

Das kunstpädagogische Projekt „mittendrin“ im Kunstmuseum Celle mit Sammlung Robert Simon vermittelt auf lebendige Weise Kunst: Kinder, Jugendliche und Erwachsene können sich in dem vielfältigen Angebot von Trickfilm-Workshops oder in der Lichtkunst-Werkstatt „Glühende Würmer“ aktiv mit zeitgenössischer Kunst auseinandersetzen – ganz praktisch, durch eigenes Ausprobieren. Die VGH-Stiftung fördert das Projekt.

**Mildtätigkeit:
Koffer gegen Trauer**

Die VGH-Stiftung setzt einen Schwerpunkt in der Unterstützung von Hospizarbeit, außerdem sind Projekte wie Freizeiten für sozial benachteiligte Kinder oder die Beratung sozial schwacher Familien Stichworte im Bereich Mildtätigkeit. 2009 hat die Stiftung das „Zentrum für trauernde Kinder und Jugendliche“ in Bremen bei der Entwicklung eines Koffers zum Thema Abschied, Tod und Trauer unterstützt. Mit Hilfe von Videofilmen, Handpuppen und Fachliteratur sollen bei Schülern und Lehrern Berührungspunkte mit dem Thema Tod abgebaut werden.

**Denkmalpflege:
Kulturerbe Garten**

Für die VGH-Stiftung ist der Erhalt von öffentlichen Gärten ein zentraler Baustein der Denkmalpflege. Die Schlossanlage und der Park von Wrisbergholzen zählen zu den herausragenden Bau- und Gartendenkmälern in Niedersachsen. Die VGH-Stiftung unterstützt deshalb den Verein zur Erhaltung von Baudenkmalen in Wrisbergholzen bei der Restaurierung der beiden Parkbrücken im Schlossgarten.

**Wissenschaft:
Kulturgüter erschließen**

Die wissenschaftliche Untersuchung von Kulturgütern ist eine wichtige Grundlage musealer Arbeit, denn erst im Anschluss kann ein Ausstellungsstück adäquat präsentiert werden. Daher hat die VGH-Stiftung die Bestandserschließung von 47 Radschloppistolen im Ostfriesischen Landesmuseum zu Emden unterstützt. Diese Pistolen waren im 16./17. Jahrhundert eine bevorzugte Waffe der Kavallerie und sind Teil der europäischen Kulturgeschichte.



Willkommen im Club!

Mit dem JULIUS-CLUB möchte die VGH-Stiftung Kinder und Jugendliche für Bücher begeistern. Bei Tobias Guldner hat sie das Lesefieber bereits geweckt: Der 13-Jährige hat das JULIUS-Diplom.

Man merkt schnell, dass Tobias Guldner nicht nur gerne liest, sondern auch gerne rechnet. „Ich habe es mal nachgezählt, im letzten Jahr waren es 150 Bücher, die ich gelesen habe. Das ist ungefähr so viel wie ein Deutscher im Schnitt in seinem ganzen Leben liest“, sagt der 13-Jährige aus Hannover. Kein Wunder, dass er von der Idee des JULIUS-CLUBS begeistert ist.

JULIUS, das steht für „Jugend liest und schreibt“. Die VGH-Stiftung hat das Leseförderprojekt 2007 zusammen mit der Büchereizentrale Niedersachsens ins Leben gerufen, um bei Kindern und Jugendlichen die Lust am Lesen zu wecken und Fähigkeiten wie Lesekompetenz, Textverständnis und Ausdrucksvermögen zu fördern. Ganz im Sinne der VGH-Stiftung, deren vorrangiger Zweck die Vermittlung von kulturellen Werten an Kinder und Jugendliche ist.

2009 nahmen mehr als 4000 Kinder zwischen 11 und 14 Jahren sowie 30 Bibliotheken teil. Dort können sich die Club-Mitglieder Bücher ausleihen. Wer besonders viel liest, bekommt einen kleinen Preis. Für mehr als drei Bücher in den Sommerferien gibt es das JULIUS-Diplom. Damit auch nicht geschummelt wird, müssen kleine Fragen zum Inhalt beantwortet werden. Und wie es sich für einen richtigen Club gehört, finden auch Club-Veranstaltungen statt, bei denen sich die Mitglieder in der Bibliothek treffen, über Bücher reden und Spaß haben.

Auch die Bibliothek Seelze, ganz in der Nähe des Elternhauses von Tobias Guldner, nahm teil. Ein ganzes Regal wurde mit 40 neuen Büchern ausgestattet. Tobias Guldner hat sie alle gelesen. Besonders Fantasy-Romane haben es ihm angetan. Ob er später mal Schriftsteller werden will? „Ich lese zwar sehr gerne, aber Schreiben ist nicht so mein Ding“, sagt er. Schon eher etwas mit Technik und Mathematik. Aber in der Schule merkt er schon, dass er sich besser ausdrücken kann, wenn er viel liest. Das zeigt sich auch in seinen Noten: Das letzte Zeugnis war voller Einsen.

Brandkassenausschuss (Trägerversammlung) der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

D. Horst Hirschler

Landesbischof i. R., Abt zu Loccum,
Präsident der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Rehburg-Loccum, Krs. Nienburg,
Vorsitzender

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover,
stellv. Vorsitzender

Volkmar v. Alten

Landwirt, Landschaftsrat,
Rittergut Söderhof, Söderhof, Krs. Wolfenbüttel

Dr. Ludwig v. Bar

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des
ehem. Fürstentums Osnabrück, Melle

Werner von Behr

Dipl.-Ing. agr., Landwirt,
Präsident der Hoya-Diepholz'schen Landschaft,
Rittergut Hoya, Hoya, Krs. Nienburg

Andreas Graf v. Bernstorff

Rechtsanwalt, Notar a. D.,
Land- und Ritterschaftssyndikus, Celle

Dr. h. c. Martin Biermann

Oberbürgermeister, Landschaftsrat, Celle,
bis 24. 3. 2009

Henning Binnewies

Oberbürgermeister, Goslar,
bis 24. 3. 2009

Heinrich Blanke

Bürgermeister a. D.,
Grasberg, Krs. Osterholz

Wilken v. Bothmer

Forstassessor, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat der Landschaft des ehem.
Fürstentums Lüneburg, Rittergut Bothmer,
Schwarmstedt, Krs. Soltau-Fallingbostenl

Hermann Bröring

Landrat, Präsident der Emsländischen
Landschaft e.V., Meppen

Johann v. d. Decken

Dipl.-Ing. agr., Landwirt,
Deckenhausen, Krummendeich, Krs. Stade

Rainer Fabel

Landwirt, Landschaftsrat,
Suhldorf, Krs. Uelzen

Dietrich Freiherr v. Hake

Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Rittergut Ohr, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont

Gebhard Graf v. Hardenberg

Landwirt, Landschaftsrat,
Rittergut Wolbrechtshausen, Krs. Northeim

Ulrike Horstmann

stv. Landrätin, Osnabrück,
seit 25. 3. 2009

Dieter Hüsemann

Bürgermeister, Landschaftsrat,
Rehburg-Loccum, Krs. Nienburg

August Kappey

Landwirt, Landschaftsrat,
Negenborn/Einbeck, Krs. Northeim

Friedrich Kethorn

Landrat, Nordhorn

Adolf Knölke

Landwirt, Landschaftsrat,
Gehrden, Region Hannover,
bis 24. 3. 2009

Lothar Koch

MdL, Landschaftsrat,
Duderstadt, Krs. Göttingen

Horst Lüking

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg,
bis 24.3.2009

Martin Lüking

Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg,
seit 25.3.2009

Otto Lukat

Bürgermeister, Landschaftsrat, Uelzen,
seit 25.3.2009

Kurt Machens

Oberbürgermeister, Hildesheim,
seit 25.3.2009

Ulrich Mädge

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Lüneburg

Werner Meier

Landwirt, Landschaftsrat,
Barsinghausen, Region Hannover,
seit 25.3.2009

Karl-Friedrich Meyer

Landwirt, Hameln-Tündern,
seit 25.3.2009

Joh. Arendt Meyer zu Wehdel

Präsident der Landwirtschaftskammer
Niedersachsen, Landwirt, Landschaftsrat,
Badbergen, Krs. Osnabrück

Hermann Otter jun.

Landwirt, Landschaftsrat,
Bovenden, Krs. Göttingen,
seit 25.3.2009

Georg Rahlfs

Landwirt, Landschaftsrat,
Adelheidsdorf, Krs. Celle

Albert Rehse

Landwirt, Despetal, Krs. Hildesheim,
seit 25.3.2009

Andreas Rieckhof

Bürgermeister, Landschaftsrat,
Stade

Hans Heinrich Rohlfing

Landwirtschaftsmeister, Landschaftsrat,
Emmerthal, Krs. Hameln-Pyrmont,
bis 24.3.2009

Erich Sander

Ing. agr., Landwirt,
Nette, Krs. Hildesheim,
bis 24.3.2009

Dr. Thomas Schulze

Bürgermeister, Diepholz

Friedrich Sieling

Landwirtschaftsmeister, Bürgermeister,
Wietzen, Krs. Nienburg

Reinhard Sliwka

Stadtrat, Sozial- und Kultusdezernent,
Landschaftsrat, Osnabrück,
bis 24.3.2009

Dr. Hans-Detlev Freiherr v. Stietencron

Dipl.-Ing. agr., Rittergut Welsede,
Emmerthal, Krs. Hameln-Pyrmont

Hans-Peter Suermann

Erster Stadtrat, Landschaftsrat,
Göttingen

Gerhard Teichmann

Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Gleichen, Krs. Göttingen,
bis 24.3.2009

Gerhard Walter

Bürgermeister,
Herzberg am Harz, Krs. Osterode

Stephan Weil

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Hannover

Beratende Mitglieder

Klaus Brandes

Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Kreissparkasse Verden,
Verden

Alwin Brinkmann

Oberbürgermeister, Emden

Dr. Theodor Elster

Landrat, Uelzen

Albert Focke

Landrat, Vechta

Martin Grapentin

Landessparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Landessparkasse
zu Oldenburg, Oldenburg

Hans-Heinrich Hahne

Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse Schaumburg,
Rinteln

Dr. Karl Friedrich Harms

Präsident der Industrie- und Handelskammer
Oldenburg, Oldenburg

Dr. Josef Bernhard Hentschel

Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Bernhard Reuter

Landrat, Osterode am Harz

Prof. Dr. Gerd Schwandner

Oberbürgermeister, Oldenburg

Aufsichtsrat der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

Ehrevorsitzender

Adolf Freiherr v. Wangenheim

Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat a. D.
der Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft,
Waake, Krs. Göttingen,
Ehrevorsitzender

Ordentliche Mitglieder

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover,
Vorsitzender

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender

Jochen Berendsohn

Vorsitzender des örtlichen Personalrats
der VGH-Direktion, Hannover,
2. stellv. Vorsitzender

Uwe Allner

Abteilungsleiter der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hildesheim

Volkmar v. Alten

Landwirt, Landschaftsrat,
Rittergut Söderhof, Söderhof, Krs. Wolfenbüttel
bis 25. 3. 2009

Dr. Ludwig v. Bar

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des
ehem. Fürstentums Osnabrück, Melle

Werner von Behr,

Dipl.-Ing. agr., Landwirt,
Präsident der Hoya-Diepholz'schen Landschaft,
Rittergut Hoya, Hoya, Krs. Nienburg

Wilken v. Bothmer

Forstassessor, Landwirt, Präs. Landschaftsrat
der Landschaft des ehem. Fürstentums
Lüneburg, Rittergut Bothmer,
Schwarmstedt, Krs. Soltau-Fallingb.,
seit 25. 3. 2009

Hermann Bröring

Landrat, Präsident der Emsländischen
Landschaft e.V., Meppen

Johann v. d. Decken

Dipl.-Ing. agr., Landwirt,
Deckenhausen, Krummendeich, Krs. Stade

Wolfgang Denia

Landesbezirksleiter a. D., Gewerkschaft ver.di,
Hannover

Anja Felstehausen

Gewerkschaftssekretärin,
Gewerkschaft ver.di, Bremen,
bis 25. 3. 2009

Jeannine Geißler

Fachsekretärin, Gewerkschaft ver.di, Hannover,
seit 25. 3. 2009

Gabriele Kasten

stv. Vorsitzende des örtlichen Personalrats der
VGH-Direktion, Hannover,
Ersatzmitglied bis 25. 3. 2009,
Mitglied seit 25. 3. 2009

Horst Lüking

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg,
bis 25. 3. 2009

Kurt Machens

Oberbürgermeister, Hildesheim,
seit 25. 3. 2009

Werner Meier

Landwirt, Landschaftsrat,
Barsinghausen, Region Hannover,
seit 25. 3. 2009

Bernd Meyer

Senator a. D., Verbandsdirektor,
Verband der Wohnungs- und Immobilien-
wirtschaft in Niedersachsen und Bremen e.V.,
Hannover

Nadine Nebel

Schulungsleiterin der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hannover,
bis 25. 3. 2009

Georg Rahlfs

Landwirt, Landschaftsrat,
Adelheidsdorf, Krs. Celle,
bis 25. 3. 2009

Dr. Manfred Sohn

MdL, Angestellter der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hannover,
Mandat ruhte und endete am 25. 3. 2009

Klaus Treiber

Dipl.-Kfm., Steuerberater, Wirtschaftsprüfer,
Gehrden, Region Hannover

Stefan Walingen

Vorsitzender des örtlichen Personalrats der
Regionaldirektion Hildesheim, Hildesheim,
seit 25. 3. 2009

Stephan Weil

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Hannover

Stellvertretende Mitglieder

Andreas Graf v. Bernstorff

Rechtsanwalt, Notar a. D.,
Land- und Ritterschaftssyndikus, Celle

Henning Binnewies

Oberbürgermeister, Goslar,
bis 25. 3. 2009

Dietrich Freiherr v. Hake

Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Rittergut Ohr, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont

Dr. Josef Bernhard Hentschel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück

Ulrike Horstmann

stv. Landrätin, Osnabrück,
seit 25. 3. 2009

Friedrich Kethorn

Landrat, Nordhorn

Adolf Knölke

Landwirt, Landschaftsrat,
Gehrden, Region Hannover,
bis 25. 3. 2009

Stephan Ph. Kühne

Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstands der
Deutschen Messe AG, Hannover

Frank-Peter Oppenborn

Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG,
Hannover

Hermann Otter jun.

Landwirt, Landschaftsrat,
Bovenden, Krs. Göttingen,
seit 25. 3. 2009

Albert Rehse

Landwirt,
Despetal, Krs. Hildesheim,
seit 25. 3. 2009

Andreas Rieckhof

Bürgermeister, Landschaftsrat,
Stade

Dr. Thomas Schulze

Bürgermeister, Diepholz

Reinhard Sliwka

Stadtrat, Sozial- und Kultusdezernent,
Landschaftsrat, Osnabrück,
bis 25. 3. 2009

Hans-Peter Suermann

Erster Stadtrat, Landschaftsrat,
Göttingen

Beratende Mitglieder**Dr. Josef Bernhard Hentschel**

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück

Werner Hilse

Landwirt, Präsident des Landvolks
Niedersachsen Landesbauernverband e. V.,
Hannover

Prof. Dr. Stefan Homburg

Lehrstuhl Öffentliche Finanzen,
Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover,
Hannover

Stephan Ph. Kühne

Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstands der
Deutschen Messe AG, Hannover

Johannes Arendt Meyer zu Wehdel

Präsident der Landwirtschaftskammer
Niedersachsen, Oldenburg,
seit 25. 3. 2009

Frank-Peter Oppenborn

Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG,
Hannover

Prof. Dr. Gerd Schwandner

Oberbürgermeister, Oldenburg

Fritz Stegen

Präsident der Landwirtschaftskammer
Niedersachsen, Oldenburg,
bis 25. 3. 2009

Vorstand und Direktoren der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

Vorstand

Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender

Jochen Herdecke

Hermann Kasten

Thomas Krüger
Verantwortlicher Aktuar
bis 30.6.2009

Franz Thole

Thomas Vorholt

Direktoren

Michael Huber
seit 1.4.2009

Andreas Möller
seit 1.4.2009

Frank Müller-Hübner

Hans-Georg Walther

Trägerversammlung der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Hermann Bröring

Landrat, Vorsitzender der Verbandsversammlung
und des Vorstandsvorsitzenden des Sparkassen-
verbandes Niedersachsen, Meppen,
Vorsitzender

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover,
stellv. Vorsitzender

Wilken v. Bothmer

Forstassessor, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat der Landschaft des ehem.
Fürstentums Lüneburg, Rittergut Bothmer,
Schwarmstedt, Krs. Soltau-Fallingb.,
bis 25. 3. 2009

Klaus Brandes

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Verden,
Verden

Rainer Fabel

Landwirt, Landschaftsrat,
Suhldorf, Krs. Uelzen,
seit 25. 3. 2009

Helene Hofmann

Bürgermeisterin,
Bad Sachsa, Krs. Osterode

Friedrich Kethorn

Landrat, Nordhorn

Heinz Lüers

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Harburg-Buxtehude, Hamburg

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Thomas Pötsch

Dipl.-Ök., Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands der Stadtsparkasse
Burgdorf, Burgdorf

Albert Rehse

Landwirt, Despetal, Krs. Hildesheim,
seit 25. 3. 2009

Andreas Rieckhof

Bürgermeister, Landschaftsrat,
Stade

Erich Sander

Ing. agr., Landwirt,
Nette, Krs. Hildesheim,
bis 25. 3. 2009

Stephan Weil

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Hannover

Aufsichtsrat der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe, Gehrden,
Region Hannover, Vorsitzender

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover, 1. stellv. Vorsitzender

Heinz Wösten

Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der VGH,
Hannover, 2. stellv. Vorsitzender

Volkmar v. Alten

Landwirt, Landschaftsrat,
Rittergut Söderhof, Söderhof, Krs. Wolfenbüttel,
seit 25. 3. 2009

Dr. Ludwig v. Bar

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des
ehem. Fürstentums Osnabrück, Melle

Kai-Uwe Bielefeld

Landrat, Cuxhaven

Dr. h. c. Martin Biermann

Oberbürgermeister, Landschaftsrat, Celle,
bis 25. 3. 2009

Henning Binnewies

Oberbürgermeister, Goslar,
bis 25. 3. 2009

Johann v. d. Decken

Dipl.-Ing. agr., Landwirt,
Deckenhausen, Krummendeich, Krs. Stade

Michael Feldnick

Angestellter der Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hannover

Kerstin Gewecke

Angestellte der Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hannover,
seit 25. 3. 2009

Birgit Harste

Abteilungsleiterin der Provinzial
Lebensversicherung Hannover, Hannover

Dr. Josef Bernhard Hentschel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Osnabrück, Osnabrück

Hauke Jagau

Regionspräsident Hannover, Hannover

Achim Japtok

Gebietsleiter der Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hildesheim, bis 25. 3. 2009

Horst Lükking

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg,
bis 25. 3. 2009

Ulrich Mädge

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Lüneburg, seit 25. 3. 2009

Werner Meier

Landwirt, Landschaftsrat,
Barsinghausen, Region Hannover,
seit 25. 3. 2009

Christoph Meister

Landesfachbereichsleiter, Gewerkschaft ver.di,
Hannover

Andreas Plate

stv. Vorsitzender des örtlichen Personalrats
der VGH-Direktion, Hannover

Ralf Achim Rotsch

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Stade, Stade

Christel Schack-Ristau

Gewerkschaftssekretärin, Gewerkschaft ver.di,
Lüneburg

Reinhard Schermann

Landrat, Göttingen

Dr. Thomas Schulze

Bürgermeister, Diepholz

Alfons Wüstefeld

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Duderstadt, Duderstadt

Vorstand, Direktoren und Treuhänder der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Vorstand

Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender

Jochen Herdecke

Hermann Kasten

Thomas Krüger
Verantwortlicher Aktuar
bis 30. 6. 2009

Franz Thole

Thomas Vorholt

Direktoren

Andreas Möller
seit 1. 4. 2009

Frank Müller-Hübner

Hans-Georg Walther

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dr. Peter Plathe

Hans Peter Tiemann
Stellvertreter

Aufsichtsrat, Vorstand und Prokuristen der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG

Aufsichtsrat

Dr. Joseph Schweer
Regierungspräsident a. D., Oldenburg,
Vorsitzender

Günter Distelrath
Direktor, Verbandsgeschäftsführer des
Sparkassenverbandes Niedersachsen, Hannover,
stellv. Vorsitzender

Manfred Göddeke
Geschäftsführer i. R.,
Edeweicht

Jürgen Hösel
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Peine,
Peine

Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Hannover

Franz Thole
Mitglied des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Hannover

Vorstand

Dr. Ulrich Knemeyer
Vorsitzender

Andreas Dienst

Georg Hake

Prokuristen

Günter Israel

Svenja Leonhardt
seit 26.3.2009

Andreas Möller

Angelika Müller
bis 26.3.2009

Volker Pätzold

Jens-Uwe Scherf

Dr. Dietrich Vieregge
seit 26.3.2009

Hans-Georg Walther

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dr. Peter Plathe

Hans Peter Tiemann
Stellvertreter

Sparkassenbeirat der VGH

Günter Distelrath

Direktor, Verbandsgeschäftsführer des Sparkassenverbandes Niedersachsen, Hannover, Vorsitzender

Ernst-Otto Bahr

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Fallingbostel in Walsrode, Walsrode

Dr. Guido Brune

Mitglied des Vorstands der Bremer Landesbank, Bremen

Manfred Driemeier

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Osnabrück, Osnabrück

Hinrich Ernst

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Aurich-Norden in Ostfriesland, Aurich

Ingo Hinrichs

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Emsland, Meppen

Jürgen Hösel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Peine, Peine

Carsten Hüncken

Generalbevollmächtigter, NORD/LB Braunschweig, Braunschweig

Dr. Heinrich Jagau

Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Hannover, Hannover

Dirk Köhler

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg, Uelzen

Wolfgang Lamot

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde, Zeven

Ralf Müller

Abteilungsleiter beim Sparkassenverband Niedersachsen, Hannover

Detlef Oetter

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse LeerWittmund, Leer

Klaus Rymarczyk

Direktor, Mitglied des Vorstands der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin – Hannover, Hannover

Wolfgang Schult

Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Stade-Altes Land, Stade

Michael Senft

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Hildesheim, Hildesheim, seit 25.3.2009

Rolf Watermann

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Schaumburg, Rinteln



Fair gewinnt!

Teamgeist statt Härte. Der FC Ostereistedt/Rhade ist Sieger beim VGH Fairness-Cup 2009.

Die letzte Rote Karte? Stefan Pape schaut seinen Trainer Jens Blicharski fragend an. Der zuckt nur mit den Schultern. Auch die anderen Fußballer vom FC Ostereistedt/Rhade können sich nicht daran erinnern, wann das letzte Mal einer von ihnen vom Feld gestellt worden ist. „Das muss wohl drei, vier Jahre her sein“, sagt Pape. Die Jungs vom FC zählen da nicht so genau mit. Es gehört einfach zu ihrem Spiel, ohne Fouls auszukommen.

„Wenn jeder für jeden mitarbeitet, die Spieler füreinander einstehen, dann ist das gar nicht nötig, den Gegner durch unnötige Härte einzuschüchtern“, sagt Trainer Jens Blicharski. Er führt in dieser Saison das Werk seines Vorgängers Andreas Kierath weiter. Über die ganze Spielrunde 2008/2009 sammelte die Kreisligamannschaft lediglich 18 Gelbe Karten ein. Belohnt wurde sie dafür mit dem Sieg beim VGH Fairness-Cup, Deutschlands größtem Fairnesswettbewerb, der gemeinsam mit dem Niedersächsischen Fußballverband durchgeführt wird.

Die VGH sponsert den Wettbewerb seit dem Jahr 2000. Schließlich gehört der Fairnessgedanke zum Selbstverständnis des Unternehmens. So lautet der Werbeslogan der VGH: „Fair versichert.“ Zu Beginn beschränkte sich der Wettbewerb auf Herrenmannschaften ab der Bezirksklasse. Inzwischen wurde er auf die Kreisligen ausgedehnt. Rund 1200 niedersächsische Teams werden bewertet – von der Kreisliga bis zur Bundesliga. Für Gelbe Karten gibt es einen Strafpunkt, für Gelb-Rot drei und für Rot fünf Zähler. Auch das Nichtantreten einer Mannschaft wird mit zehn Punkten geahndet.

Schon nach der Hinrunde der Saison 2008/2009 war klar, dass der FC Ostereistedt/Rhade sich gut beim Fairness-Cup schlagen würde. Aus dem Aufstieg ist allerdings nichts geworden. Vielleicht klappt es ja diese Saison: Das Trainingslager ist schon bezahlt – der Preis für den Sieg beim Fairness-Cup.

Bericht des Vorstands

Wirtschaftliches Umfeld

Die globale Konjunktorentwicklung war von der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Immer mehr zeigten sich realwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzkrise, die in Deutschland zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,0 Prozent führten. Das produzierende Gewerbe hatte erhebliche Rückgänge bei Auftragseingängen und Produktion zu verkraften; die Zahl an Insolvenzen ist spürbar angestiegen. Die Wirtschaftskrise kam jedoch nicht in der Breite bei den privaten Haushalten an, da konjunkturpolitische Maßnahmen und stützende Effekte von Einkommensersatzleistungen im Falle der Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit für relativ konstante verfügbare Einkommen sorgten. Das Nachfrageverhalten der privaten Haushalte zeigte sich daher relativ stabil, zumal Preissteigerungen im Zuge der Krise nahezu ausblieben.

Die Entwicklung der Kapitalmärkte verlief sehr wechselhaft. Im ersten Quartal waren starke Aktienkursrückgänge die Folge der gestiegenen Konjunktursorgen. Eine expansive Geldpolitik, Zinssenkungen der EZB sowie zahlreiche Konjunkturprogramme einzelner Staaten führten zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage. Massive Stützungsmaßnahmen für das Bankensystem ließen zudem die Sorgen eines vollständigen Zusammenbruchs der Wirtschaft schwinden, so dass im weiteren Verlauf des Jahres eine deutliche Verbesserung der Aktienkurse das Marktgeschehen beherrschte. Die Zinsstrukturkurve war aufgrund der konjunkturellen Schwächen und der geldpolitischen Lockerungen der Notenbanken weiterhin sehr steil. Getrieben durch die hohe Nachfrage der Investoren fielen die Renditen auch für langlaufende Zinstitel unter 4 Prozent.

Die Versicherungsbranche erwies sich im Berichtsjahr als robust. Das Beitragswachstum der deutschen Versicherungswirtschaft lag mit 3,1 Prozent deutlich über dem Vorjahr (1,0 Prozent). Die Beitragseinnahmen in der Schaden- und Unfallversicherung lagen auf dem Niveau des Vorjahres, da in der Kraftfahrtversicherung weiterhin rückläufige Beiträge das Marktverhalten der Anbieter dominierten. In der Sachversicherung wurde vor allem aufgrund der Beitragsanpassungsmöglichkeiten zum Ausgleich der Inflation der Vorjahre ein Wachstum von 2,2 Prozent erzielt.

Steigende Schadenbelastungen verschlechterten im Gesamtmarkt die Combined Ratio auf rund 94 Prozent (Vorjahr: 92 Prozent). Insbesondere in den Sparten Kredit-, Kautions- und Vertrauensschadenversicherung sowie Rechtsschutz stieg der Schadenaufwand aufgrund der verschlechterten wirtschaftlichen Gesamtsituation.*

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die gesamten Beitragseinnahmen der Brandkasse stiegen um 0,7 Prozent auf 954,0 Millionen Euro. Das selbst abgeschlossene Geschäft erreichte ein Beitragsvolumen von 904,9 Millionen Euro und lag 0,8 Prozent (Markt: 0,0 Prozent) über dem Vorjahreswert.

Von den marktweiten negativen Entwicklungen in der Kraftfahrtversicherung konnte sich die Brandkasse lösen und gestützt durch eine ausgewogene risiko- und marktorientierte Preispolitik einen leichten Beitragsanstieg erreichen. Die Beitragsentwicklung in der Gebäudeversicherung wurde unterstützt durch die bedingungsgemäße Anpassung der Prämien an die gestiegenen Baupreise.

* alle Marktdaten laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.

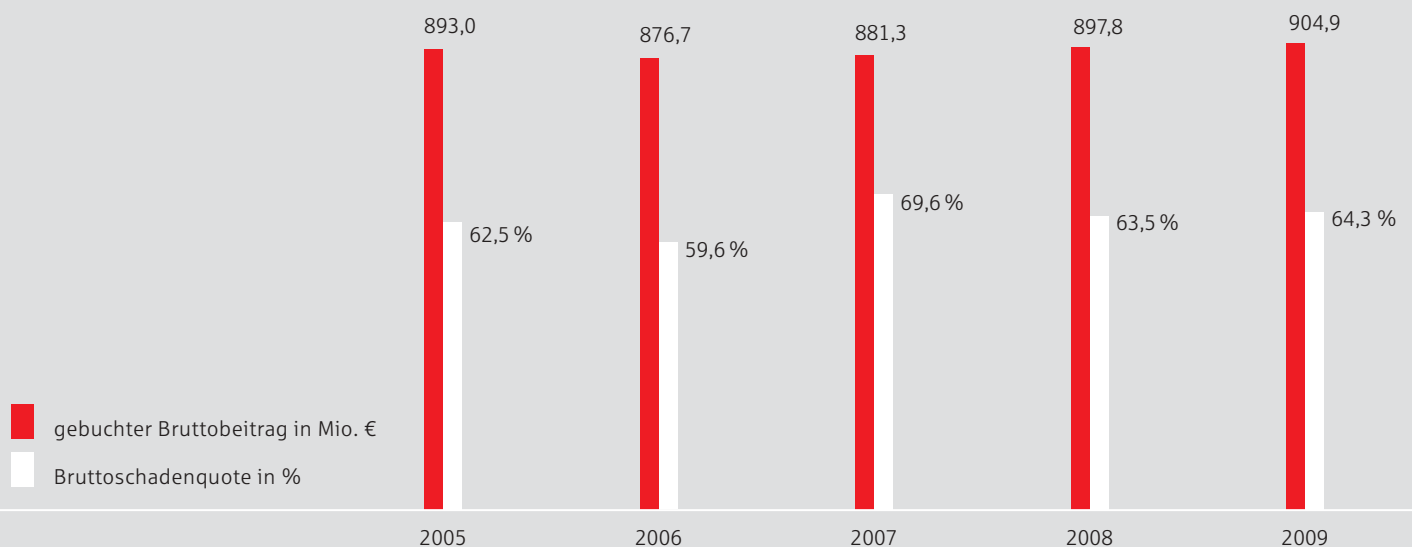
Die Brutto-Schadenquote nach Abwicklung erhöhte sich leicht von 63,5 Prozent auf 64,3 Prozent. Neben zwei größeren Frostperioden im Januar und Dezember des Geschäftsjahres trug der Anstieg der Schadenstückzahlen in der Kraftfahrtversicherung zu dieser Entwicklung bei.

Die Investitionen in die beiden Vertriebswege wurden fortgeführt, um die Markt- und Serviceführerschaft in unserem Geschäftsgebiet weiter auszubauen. Strategische Projekte, insbesondere im Bereich der EDV-Anwendungslandschaft, wurden fortgeführt. Die Kostenquote erhöhte sich auf 24,3 Prozent (Vorjahr: 23,6 Prozent) und liegt um circa zwei Prozentpunkte weiterhin unter dem Marktdurchschnitt.

Die Combined-Ratio als Summe aus Schaden- und Kostenquote lag bei 88,6 Prozent (Vorjahr: 87,1 Prozent). Damit hebt sich die Brandkasse wie in den Vorjahren deutlich vom Marktdurchschnitt ab, der bei circa 94 Prozent (Vorjahr: 91,8 Prozent) liegen wird.

Das Kapitalanlageergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Die positive Entwicklung resultierte insbesondere aus Zuschreibungen bei Investmentanteilen. Der unsicheren Perspektive bei Immobilienanlagen wurde durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Die Brandkasse bilanziert nach dem strengen Niederstwertprinzip und erwirtschaftete eine Nettoverzinsung von 3,5 Prozent (Vorjahr: 1,1 Prozent). Die stillen Reserven in Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 9,7 Prozent der gesamten Kapitalanlagen (Vorjahr: 8,8 Prozent).

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote selbst abgeschlossenes Geschäft



Überschussverwendung

Vor Ertragsteuern und Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbleibt ein erwirtschafteter Bruttoüberschuss von 102,4 Millionen Euro.

Aufgrund positiver Spartenergebnisse werden wir der Rückstellung für Beitragsrück-
erstattung 22,5 Millionen Euro zuführen. Das Gesamtergebnis erfordert einen Steuer-
aufwand von 34,9 Millionen Euro. Das Eigenkapital wird durch Zuführung in die Rück-
lagen um 40,0 Millionen Euro gestärkt. Zum 10-jährigen Jubiläum der VGH-Stiftung
erfolgt aus dem Überschuss eine Zustiftung von 5,0 Millionen Euro.

Beitragsrückerstattung

Im Geschäftsjahr haben wir 20,4 Millionen Euro an unsere Kunden als erfolgsabhängige
Beitragsrückgewähr ausgezahlt. Aus dem laufenden Geschäftsergebnis führen wir der
Rückstellung für Beitragsrückerstattung 22,5 Millionen Euro zu.

Für ungekündigte Verträge sind für das Jahr 2010 die in der Tabelle aufgezeigten
Rückvergütungssätze festgelegt.

Sparte	Rückvergütung	Voraussetzungen
Hausrat*	10 %	Tarif VHB2000/2004
	20 %	Tarife ab VHB2007
Privat-Haftpflicht*	10 %	Ab dem 1. 1. 1999 gültige Tarife
Feuer-Landwirtschaft	15 %	empfohlene Brandschutzmaßnahmen akzeptiert

* Weitere Voraussetzung: Vertrag war im Vorjahr schadenfrei

Hervorragende Kundenresonanzen

Die Kölner Unternehmensberatung MSR Consulting bewertet jährlich die Kunden-
zufriedenheit deutscher Versicherungsunternehmen. Basierend auf einer umfassenden
Kundenbefragung verlieh sie der Brandkasse erneut das KUBUS-Gütesiegel „Hervorra-
gend“. Insbesondere in den Kategorien Gesamtzufriedenheit, Produktangebot, Betreu-
ungsqualität und Schadenabwicklung überzeugten die Leistungen der Brandkasse.

In der Studie „Gewerbekundenmonitor Assekuranz“ untersucht das unabhängige Markt-
forschungsinstitut „psychonomics“ seit 2004 jährlich die Entwicklungen im deutschen
Gewerbeversicherungsmarkt. „psychonomics“ bescheinigte der Brandkasse auch im
Jahr 2009 nach Kundenbefragungen zum wiederholten Male Bestnoten bei der Kunden-
zufriedenheit, Kundenbindung, Wiederabschlussbereitschaft, Weiterempfehlungsrate
und der Cross-Selling-Bereitschaft.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Unfallversicherung

In den klassischen Produkten der Allgemeinen Unfallversicherung setzte sich im
Geschäftsjahr die positive Bestands- und Beitragsentwicklung der letzten Jahre fort.
Bei nahezu gleichbleibenden Beständen konnte durch Bestandsarbeit und Anpassung
der Versicherungssummen ein Beitragsanstieg von 1,7 Prozent (Markt: 1,0 Prozent) auf
56,6 Millionen Euro verzeichnet werden. Die Schadenquote hat sich leicht auf 42,2 Pro-

zent (Vorjahr: 46,4 Prozent) verringert. Der Anteil der Produkte mit garantierter Beitragsrückerstattung (UBR) liegt mit einem Beitragsvolumen von 4,0 Millionen Euro bei 7,1 Prozent (Vorjahr: 6,2 Prozent).

Der rückläufige Beitragstrend in der Insassen-Unfallversicherung hielt an. Trotz der positiven Effekte unseres Zusatzprodukts „VGH Fahrer Plus“, das dem Fahrer eines Kraftfahrzeugs einen Versicherungsschutz entsprechend den Haftpflichtansprüchen eines unverschuldet geschädigten Unfallopfers (mit Ausnahme eines Schmerzensgeldanspruchs) bietet, verringerte sich das Beitragsvolumen um 2,7 Prozent.

Haftpflichtversicherung

Die Beitragseinnahmen in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung konnten trotz des anhaltenden Produkt- und Bedingungs Wettbewerbs um 0,7 Prozent (Markt: 0,0 Prozent) gesteigert werden. Insbesondere die bis zum 30. Juni des Geschäftsjahres wirksame Beitragsangleichung hat sich positiv auf das Beitragswachstum ausgewirkt.

In der Kundengruppe der gewerblichen Haftpflichtversicherung haben sich die Impulse aus dem vertrieblichen Schwerpunkt „Firmenkunden“ auf den Vertragsbestand positiv ausgewirkt. Die Beitragseinnahmen konnten in diesem Segment um 2,8 Prozent gesteigert werden. Das landwirtschaftliche Haftpflichtgeschäft hat sich bedingt durch den anhaltenden Strukturwandel in der Landwirtschaft erwartungsgemäß leicht rückläufig entwickelt. In der privaten Haftpflichtversicherung ist der Vertragsbestand um 0,5 Prozent gesunken. Hier ist eine größere Anzahl an Aufhebungen im Zusammenhang mit einer Beitragsangleichung zu verzeichnen.

Die Schadenquote beläuft sich aufgrund der fortgesetzten Sanierungsmaßnahmen stark schadenbelasteter Verträge auf 45,0 Prozent (Vorjahr: 46,2 Prozent).

Die Rückvergütung in der privaten Haftpflichtversicherung wird fortgeführt.

Kraftfahrtversicherung

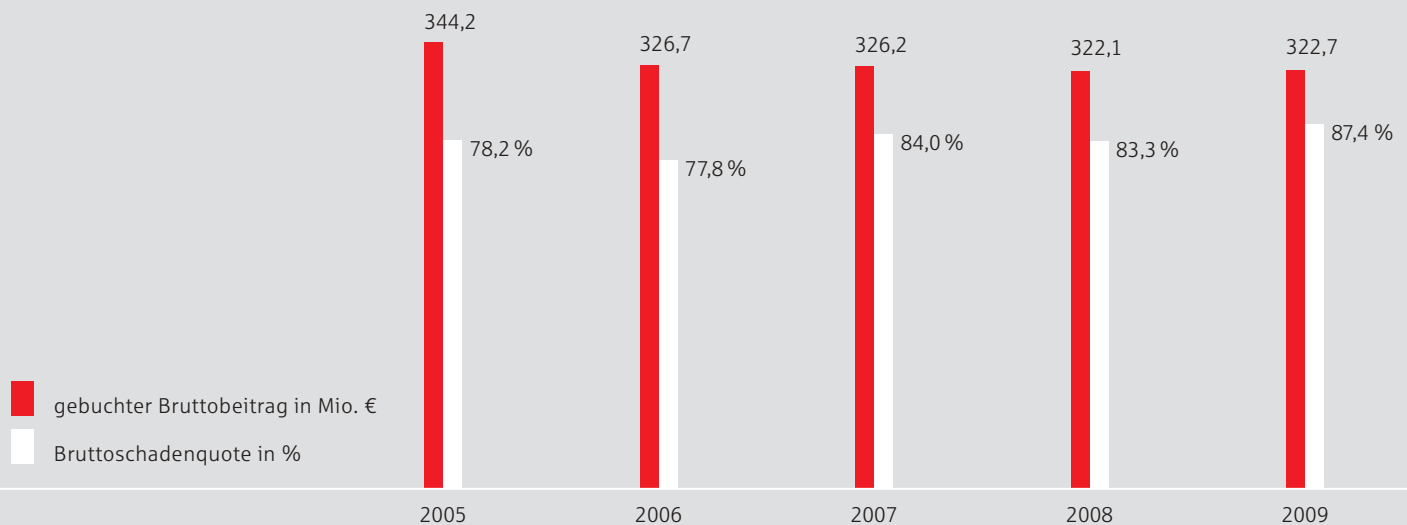
Neben dem anhaltend scharfen Wettbewerb wurde die Kraftfahrtversicherung durch die staatliche Umweltprämie marktweit beeinflusst. Die Pkw-Neuzulassungen nahmen deutlich zu. Zum Jahresende lagen die Zulassungszahlen mit 3,81 Millionen um 23,2 Prozent über dem Vorjahreswert. Im gleichen Maße nahmen aber auch die Außerbetriebsetzungen zu. Die Anzahl der Kraftfahrt-Verträge blieb im Saldo auf Vorjahresniveau. Im Bereich der Vollkasko-Versicherung führte die Abwrackprämie zu einem überdurchschnittlichen Bestandswachstum, dem allerdings ein Bestandsabrieb in der Teilkasko-Versicherung gegenüberstand. Diese Entwicklung führte zu einem leichten Wachstum der Bruttobeitragseinnahme in den Kasko-Sparten von 0,6 Prozent. Allerdings konnte der Beitragsabrieb der Kraftfahrt-Haftpflicht nicht kompensiert werden. Infolgedessen ging die Bruttobeitragseinnahme marktweit um 1,5 Prozent zurück. Dies führte insgesamt zu einem negativen Ergebnis in der Autoversicherung.

Von den marktweiten negativen Entwicklungen in der Kraftfahrtversicherung konnte sich die Brandkasse lösen und gestützt durch eine ausgewogene risiko- und markt-orientierte Preispolitik einen leichten Beitragsanstieg erreichen. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch einen verbesserten Verkaufstarif, in dem auch ein Werkstatt-service angeboten wird. Im Falle eines Kasko-Schadens überlässt der Kunde seinem Versicherer die Auswahl der Werkstatt.

Aufgrund des Wettbewerbs verzeichnete die Brandkasse im Jahreswechselgeschäft 2008/2009 einen Bestandsverlust von rund 5 500 Fahrzeugen. Dennoch lag die Beitragseinnahme in den Kraftfahrt-Sparten leicht über dem Vorjahreswert. Die gestiegene Schadenhäufigkeit führte zu einer Schadenquote von 87,4 Prozent (Vorjahr: 83,3 Prozent).

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2009 Mio. €	in % zum Vorjahr	2009 %	2008 %
Kraftfahrt-Haftpflicht	192,4	- 0,2	87,5	85,1
Kraftfahrt-Vollkasko	104,0	2,1	92,8	85,2
Kraftfahrt-Teilkasko	26,3	- 4,2	66,0	64,0
Kraftfahrt gesamt	322,7	0,2	87,4	83,3

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Kraftfahrtversicherung gesamt



Feuerversicherung

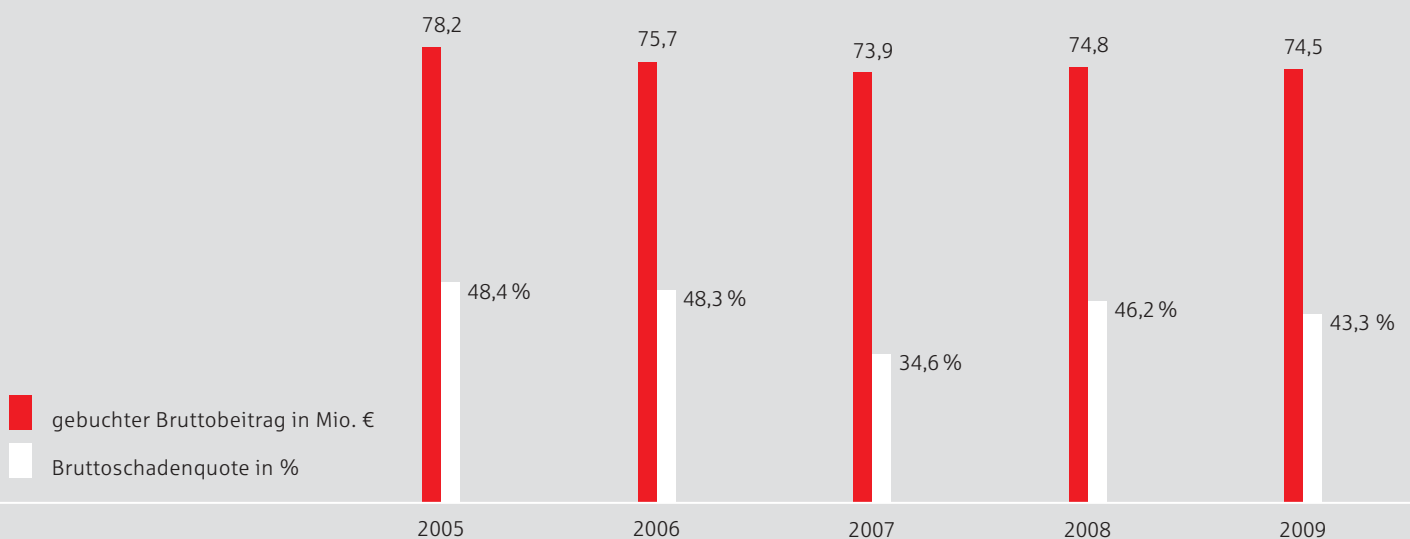
Die Beitragseinnahmen in der Feuerversicherung gingen um 0,3 Prozent auf 74,5 Millionen Euro zurück. Die Schadenquote fiel auf 43,3 Prozent (Vorjahr: 46,2 Prozent).

Durch das Ausbleiben von Großschäden hält in der industriellen Feuerversicherung der Wettbewerbsdruck weiter an. Dennoch wurde die Beitragseinnahme stabil gehalten. Die günstige Schadenentwicklung führte zu einer deutlichen Verbesserung der Schadenquote.

In der sonstigen Feuerversicherung herrscht ein Verdrängungswettbewerb, dem sich die Brandkasse insbesondere bei den europaweiten Ausschreibungen der Niedersächsischen Kommunen stellt. Die Brandkasse bleibt mit über 500 kommunalen Versicherungsnehmern weiter Marktführer in diesem Segment. Die Beiträge im klassischen Gewerbegeschäft konnten – unterstützt durch besondere vertriebliche Maßnahmen – erneut leicht gesteigert werden.

Die wirtschaftliche Situation war trotz guter Ernteerträge bei vielen landwirtschaftlichen Betrieben nicht auskömmlich. Andererseits konnte im Bereich der Energieerzeugung eine starke Nachfrage nach Photovoltaik- und Biogasanlagen verzeichnet werden. Grund dafür war die Erhöhung der Einspeisevergütung bei den Biogasanlagen sowie gefallene Preise bei den Photovoltaikanlagen. In diesem Umfeld haben wir durch regelmäßige Aktualisierung der Versicherungsverträge und Bedingungen unsere Stellung als Marktführer in der niedersächsischen Landwirtschaft weiter stärken können. In der landwirtschaftlichen Feuerversicherung stiegen die Beitragseinnahmen um 0,5 Prozent. Das Spartenergebnis ermöglicht der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 5,0 Millionen Euro zuzuführen. Die Rückvergütung an unsere landwirtschaftlichen Kunden wird fortgeführt.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Feuerversicherung gesamt



Verbundene Gebäudeversicherung

Der Wettbewerb in der Gebäudeversicherung nahm insbesondere in Bereich des Privatkundengeschäfts zu. Die Mehrzahl der Mitwettbewerber konnte nur durch individuelle Nachlässe auf aktuelle Verkaufstarife Marktanteile halten oder hinzugewinnen.

In diesem Marktumfeld haben wir das Neugeschäft auf dem hohen Niveau des Vorjahres fortgeführt, so dass unser Marktanteil bei 32 Prozent gehalten werden konnte. Die Nähe unserer Vertriebsorganisationen vor Ort hat es ermöglicht, gezielten Abwerbaktionen von Wettbewerbern schnell und erfolgreich zu begegnen. Die Beitragseinnahme von 152,9 Millionen Euro lag um 2,3 Prozent über dem Vorjahr (Markt: 5,0 Prozent) und wurde unterstützt durch die Anpassungen der Beiträge an den Baupreisindex.

Der Schadenaufwand war im Geschäftsjahr durch zwei Kälteperioden beeinflusst, die Leitungswasser-Schäden in Höhe von insgesamt 14 Millionen Euro verursachten. Die Schadenquote stieg auf 68,2 Prozent (Vorjahr: 65,5 Prozent).

Verbundene Hausratversicherung

Die Sparte Verbundene Hausratversicherung erzielte ein Beitragsvolumen von 67,1 Millionen Euro. Dies entspricht einem Beitragsanstieg von 0,3 Prozent (Markt: 0,0 Prozent). Wie in der Wohngebäudeversicherung war der Wettbewerb auch in dieser Privatkundensparte sehr ausgeprägt. Unterstützt durch verschiedene vertriebliche Aktionen konnten wir einen Abrieb der Bestände verhindern. Die Schadenquote lag mit 37,5 Prozent leicht über dem Niveau der Vorjahre.

Wie in den Vorjahren beteiligen wir unsere Kunden an dem guten Ergebnis dieser Sparte. Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung führen wir 12,5 Millionen Euro zu. Die Rückvergütung wird entsprechend den Angaben auf Seite 44 fortgesetzt.

Sonstige Sachversicherung

Die technischen Versicherungen verzeichneten bei weiterhin starkem Wettbewerbsdruck einen Beitragsanstieg von 7,8 Prozent. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die hohe Nachfrage nach Versicherungsschutz im Bereich der Erneuerbaren Energien zurückzuführen. Die unverändert gute Bestandsqualität zeigt sich an der Schadenquote von 41,7 Prozent, die deutlich unter dem Marktdurchschnitt liegt.

In der Transportversicherung führte die starke Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu einem Beitragsrückgang in der Stammsparte von 1,5 Prozent (Markt: –2,0 Prozent). Die Schadensituation war mit einer Schadenquote von 25,2 Prozent unverändert gut und deutlich besser als der Markt.

In den Sparten Leitungswasser und Einbruchdiebstahl haben sich die Schadenquoten trotz der weitergeführten Sanierungsmaßnahmen verschlechtert. Dies gilt insbesondere in der Leitungswassersparte, deren Verlauf auch durch die Frostperioden im Januar und Dezember negativ beeinflusst wurde. Aus diesem Grund werden die Sanierungsmaßnahmen konsequent fortgesetzt.

Durch ausbleibende Sturmereignisse war die Schadenquote in der Sturmversicherung auf einem niedrigen Niveau.

In der landwirtschaftlichen Hagelversicherung haben sich die rückläufigen Erzeugerpreise negativ ausgewirkt. Nach der deutlichen Steigerung des Beitrags in 2008 war ein Rückgang von 4,9 Prozent zu verzeichnen. Die günstige Schadenentwicklung führte zu einer Schadenquote von 68,2 Prozent.

Entwicklung der sonstigen Sachversicherung

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2009 Mio. €	in % zum Vorjahr	2009 %	2008 %
Sturm	17,7	2,5	13,5	40,6
Leitungswasser	17,5	2,7	103,5	68,2
Technische Versicherungen	15,3	7,8	41,7	50,0
Glas	11,9	-4,1	56,9	54,8
Einbruchdiebstahl	11,2	0	70,5	57,9
Hagel	3,6	-4,9	68,2	92,7
Transport	3,5	-1,5	25,2	38,6

Rechtsschutzversicherung

Die Rechtsschutzversicherung erzielte mit einem Beitragsvolumen von 28,1 Millionen Euro ein Wachstum von 1,4 Prozent (Markt: 0,0 Prozent). Der Bestand konnte um 2,0 Prozent ausgebaut werden (Vorjahr: 0,9 Prozent). Besonders die Einführung eines neuen EDV-Systems zum Abschluss und Bearbeitung der Verträge direkt beim Kunden haben sich positiv auf die Bestandsentwicklung ausgewirkt.

Die Verschlechterung der Schadensituation ist unter anderem auf höhere Schadenmeldungen bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten zurückzuführen. Die Anzahl der Schäden stieg gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Prozent, die Schadenquote erhöhte sich auf 64,0 Prozent (Vorjahr: 56,3 Prozent).

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Die Beitragseinnahme im übernommenen Geschäft betrug 49,2 Millionen Euro (Vorjahr: 49,7 Millionen Euro). Das Geschäft wird in erster Linie mit unseren öffentlich-rechtlichen Verbundpartnern gezeichnet. Da keine besonderen Schadenereignisse zu verkraften waren, sank die Schadenquote auf 46,1 Prozent (Vorjahr: 52,3 Prozent).

Schadenmanagement

Schadenmanagement bedeutet für die Brandkasse, die Organisation und die Standardisierung relevanter Ablaufprozesse der Schadenregulierung ständig zu überprüfen und zu verbessern.

Dazu wurde in 2008 das Projekt „Neue Anwendungslandschaften Schaden“ gestartet, denn effektives Schadenmanagement ist heute ohne ein modernes EDV-Schadensystem nicht mehr denkbar. In Verbindung mit einer elektronischen Schadenakte (Dokumentenmanagementsystem) und einem Workflow-System sollen die prozessualen und fachlich-organisatorischen Optimierungspotenziale realisiert werden. Dazu gehören die fallabschließende Schadenregulierung durch unsere Vertriebspartner, die Dunkelverarbeitung von Einfachschäden, die Automatisierung von einzelnen Bearbeitungsschritten sowie die elektronische Kommunikation mit allen Beteiligten bei der Schadenbehebung. Derzeit wird der Schadendialog für das Sach-Breitengeschäft realisiert. Die Produktivschaltung ist im ersten Quartal 2011 vorgesehen.

Zusammen mit anderen öffentlichen Versicherern und der ÖRAG Service GmbH (ÖRAG) wurde das Projekt „Gebäudeschadenservice“ initiiert, um unseren Kunden umfassendere Betreuung und Koordination im Schadenfall anbieten zu können. Gebäudeschäden bis zu 10 000 Euro werden durch ein Netzwerk von örtlichen Partnerhandwerkern behoben. Unsere Kunden brauchen sich nicht mehr um die Organisation des Reparaturablaufes zu kümmern und erhalten eine handwerklich fachgerechte Reparatur. Die Beauftragung der Handwerker übernimmt die ÖRAG, die Schadenregulierung verbleibt vor Ort. Im Zuge der Schadenregulierung können unsere Vertriebspartner diesen Service allen Kunden anbieten. Die Handwerker profitieren von der Auftragsicherheit, den schlanken Prozessen, der Abrechnungsklarheit und dem schnellen Cash-Flow, für die Brandkasse ergibt sich eine kostengünstigere Regulierung. Wir starten zum 1. März 2010 in ausgewählten Regionen in unserem Geschäftsgebiet, bis Ende 2012 soll das HandwerkerNetz das gesamte Geschäftsgebiet umfassen.

Schadenverhütung

Im Geschäftsjahr wurden wieder über 5 000 Risikoberatungen für unsere Kunden durchgeführt, davon über 900 Beratungen speziell für den Bereich Einbruchdiebstahl-Gewerbe.

Zur Unterstützung der niedersächsischen Feuerwehren hat sich die Brandkasse an folgenden Projekten maßgeblich beteiligt:

- „Feuerwehr bewegt“ – Ein Fitnessprogramm für Feuerwehren
- Förderung der Koordinierungsstelle Brandschutzerziehung
- Einsatz von Mobilien Rauchverschlüssen

Das Brandschutzmobil der Brandkasse erzielte mit 56 Einsatztagen an 46 Orten in Niedersachsen eine hohe Aufmerksamkeit und trug sehr öffentlichkeitswirksam zur Brandschutzaufklärung bei.

Weiterhin stellte die Brandkasse für den Bereich Schadenverhütung folgende finanziellen Mittel zur Verfügung:

- 9,7 Millionen Euro Feuerschutzsteuer
- 1,2 Millionen Euro freiwillige Leistungen für gezielte Schadenverhütungsarbeit in der Öffentlichkeit und Einzelberatungen
- 0,8 Millionen Euro für neue zinsgünstige Darlehen an Kommunen zur Förderung des Feuerlöschwesens in unserem Geschäftsgebiet

Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalmärkte zeigte sich im Geschäftsjahr sehr wechselhaft. Im ersten Quartal waren starke Aktienkursrückgänge die Folge der gestiegenen Konjunktursorgen. Eine expansive Geldpolitik sowie Zinssenkungen der Zentralbanken führten neben zahlreichen Konjunkturprogrammen einzelner Staaten zu einer Stabilisierung der Konjunktur und zu einer Besserung der Stimmungslage. So gab es in vielen Staaten Konsumanreize und Investitionsprogramme. Massive Stützungsmaßnahmen des Bankensystems trugen zur Stabilisierung des Finanzdienstleistungssektors bei.

Zum Jahresende zeigten sich die weltweiten Aktienmärkte mehrheitlich fest. Während die europäischen Aktienmärkte rd. 22 Prozent zulegten, konnten die Schwellenländer deutlich outperformen. So legten Aktien aus Brasilien, Indien und China über 100 Prozent zu. Die Emerging Markets erwiesen sich in der Konjunkturkrise als stabile Volkswirtschaften. Der japanische als auch der amerikanische Aktienmarkt gewannen in Heimatwährung 19 Prozent.

Die Zinsstrukturkurve war aufgrund der konjunkturellen Schwächen und der geldpolitischen Lockerungen der Notenbanken sehr steil. Der Zinssatz für 10-jährige Pfandbriefe gab um 25 Basispunkte auf 3,58 Prozent nach. Getrieben durch die hohe Nachfrage der Investoren fielen die Renditen auch für lang laufende Zinstitel unter 4 Prozent. Die Renditeaufschläge (Spreads) in diesem Laufzeitensegment waren ebenfalls rückläufig.

An den Credit-Märkten bildeten sich die Risikoaufschläge nach einem Hochpunkt im Frühjahr sehr deutlich zurück und erreichten die Stände wie vor dem Zusammenbruch von Lehmann im Herbst 2008. Haupttreiber war hier das starke Interesse der Investoren, geringfügige Aufschläge auf niedrigen Geldmarktzinsen zur Performanceverbesserung zu akzeptieren.

In diesem Umfeld hat die Brandkasse ein Kapitalanlageergebnis von 91,8 Millionen Euro erwirtschaftet. Die Nettoverzinsung betrug 3,5 Prozent (Vorjahr: 1,1 Prozent). Das ordentliche Ergebnis aus Kapitalanlagen lag bei 97,4 Millionen Euro (Vorjahr: 95,2 Millionen Euro), das übrige Ergebnis aus Kapitalanlagen ergab einen Verlust von 5,6 Millionen Euro (Vorjahr: –68,2 Millionen Euro). Vom Wahlrecht, Vermögensgegenstände wie Anlagevermögen zu bewerten, wurde kein Gebrauch gemacht.

Die Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um 3,6 Prozent auf 2 581,1 Millionen Euro gesunken. Die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 9,7 Prozent (Vorjahr: 8,8 Prozent).

Der Posten Verbundene Unternehmen und Beteiligungen lag mit 426,7 Millionen Euro auf dem Vorjahresniveau. Abschreibungen wurden in Höhe von 4,9 Millionen Euro vorgenommen.

Der Immobilienbestand hat sich von 165,8 Millionen Euro auf 131,6 Millionen Euro verringert. Die Zugänge von 32,5 Millionen Euro resultieren fast ausschließlich aus der Fertigstellung des Neubaus Hannover Warmbüchenkamp. Abschreibungen von 66,7 Millionen Euro entfallen in Höhe von 40,8 Millionen Euro auf die Übertragung von Rücklagen gemäß § 6b EStG. Diesen Aufwendungen stehen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil in gleicher Höhe gegenüber. Im Rahmen einer vorsichtigen Bewertung bei eigengenutzten Geschäftsbauten wurden Abschreibungen von 19,6 Millionen Euro außerplanmäßig vorgenommen. Unter Berücksichtigung der indirekt gehaltenen Investments ergibt sich eine Immobilienquote von 13,7 Prozent (Vorjahr: 10,2 Prozent).

In Aktien und Investmentanteile wurden 22,1 Millionen Euro investiert. Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen in Höhe von 8,0 Millionen Euro vorgenommen. Die durchgerechnete Bruttoaktienquote betrug zum Stichtag 5,8 Prozent auf Buchwertbasis (Vorjahr: 3,7 Prozent), Aktienbestände in den Spezialfonds waren teilweise durch derivative Finanzinstrumente gesichert.

In festverzinsliche Wertpapiere wurden 6,1 Millionen Euro investiert. Durch Abgänge flossen 9,5 Millionen Euro zurück; Wertberichtigungen waren in Höhe von 0,2 Millionen Euro notwendig.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten

Grundstücke	5,1 %		16,5 %	verbundene Unternehmen und Beteiligungen
Wertpapiere	29,0 %		26,3 %	Namenschuldverschreibungen und Namensgenussscheine
Schuldscheinforderungen	19,9 %		3,2 %	sonstige Kapitalanlagen

Bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen waren Zugänge in Höhe von 65,1 Millionen Euro zu verzeichnen, davon entfielen 4,2 Millionen Euro auf die Aktivierung von Zerozinsenträgen (Vorjahr: 3,6 Millionen Euro). Getilgt bzw. verkauft wurden 207,7 Millionen Euro.

Nach der vom GDV empfohlenen Berechnungsmethode ergab sich im Berichtsjahr eine laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen von 3,7 Prozent (Vorjahr: 3,7 Prozent).

Verbundene Unternehmen

Die mit der Brandkasse verbundenen Unternehmen sind in den Anhangsangaben zur Bilanz auf Seite 69 aufgeführt. Nach § 290 HGB besteht die Verpflichtung, einen Konzernabschluss aufzustellen. Die Veröffentlichung des Konzernabschlusses erfolgt nach Aufstellung und Prüfung im elektronischen Bundesanzeiger.

Mitarbeiter

Unser Unternehmen stellt sich den Herausforderungen der demografischen Entwicklung am Arbeitsmarkt und verstärkt die Maßnahmen zur Bindung, Entwicklung und Rekrutierung von Mitarbeitern. Erklärtes Ziel des strategischen Personalmanagements ist es, hochqualifizierte, hochmotivierte sowie eigenverantwortlich handelnde Mitarbeiter und Führungskräfte für uns zu gewinnen und im Unternehmen zu halten.

Im Audit berufundfamilie® wurde die VGH erneut als familienfreundliches Unternehmen zertifiziert. In diesem Audit werden alle im Haus angebotenen Maßnahmen zur besseren Balance von Beruf und Familie ermittelt und systematisch bewertet. Nach der erfolgreichen Weiterführung dieses Prozesses hat die VGH erneut das „Zertifikat zum audit berufundfamilie®“ erhalten.

Im Rahmen des Projekts „Potenzialerkennung und Nachfolgemangement“ wurde der künftige Qualifikationsbedarf nach Funktionsbereichen abgeleitet. Damit wurden Transparenz und Orientierung für eine gezielte Personalqualifizierung ausgebaut. Auf Basis der mittelfristigen Personal- und Kapazitätsplanung können Personalrekrutierung und Personalentwicklung in geeigneter Weise vernetzt werden.

Neben der Potenzialerkennung von Nachwuchskräften und dem strategischen Nachfolgemangement für Spezialisten und Führungsfunktionen stellt das Schul- und Hochschulmarketing ein wichtiges Handlungsfeld dar, um für die zukünftigen Herausforderungen von Markt und Demografie gerüstet zu sein. Angesichts der abnehmenden Bewerberzahlen wird sich die Problematik der hohen Nachfrage nach guten Mitarbeitern und dem gleichzeitig sinkenden Angebot tendenziell verstärken. Vor diesem Hintergrund wird der Kontakt zu Schulen und Hochschulen zur Rekrutierung von qualifizierten Mitarbeitern immer wichtiger. Daher wurde das Schul- und Hochschulmarketing deutlich intensiviert. Neben dem Angebot von Schülerpraktika und der Teilnahme an Recruiting-Veranstaltungen sind weitere Kooperationen mit Schulen eingegangen worden. Dabei sollen persönliche Kontakte gestärkt und eine frühzeitige Bindung der zukünftigen Auszubildenden zur VGH sichergestellt werden. Die intensive Betreuung während der Ausbildung unterstützt ebenfalls eine positive Imagebildung auf dem Markt.

Die VGH verfolgt eine kontinuierliche und vorsichtige Stellenentwicklung und bleibt ein attraktiver Arbeitgeber mit breitgefächerten Berufschancen. Sie beschäftigt über 2000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und leistet damit als niedersächsisches Unternehmen einen bedeutenden Anteil zur Einkommenserzielung privater und öffentlicher Haushalte in der Region.

Dank des Vorstands

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen. Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretern und Sparkassen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen. Alle haben wesentlich zum Erfolg unserer Unternehmen im Geschäftsjahr 2009 beigetragen. Auch den Personalräten und der Gleichstellungsbeauftragten danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Risikomanagementsystem der Brandkasse ist seit mehreren Jahren etabliert und wird von der Internen Revision in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen.

Die Weiterentwicklung des Risikomanagements war geprägt durch die Umsetzung der Aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Wir untergliedern das Gesamtrisiko gemäß den MaRisk VA in folgende Kategorien:

- Versicherungstechnisches Risiko
- Marktrisiko
- Kreditrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko
- Reputationsrisiko
- Strategisches Risiko

Das Konzentrationsrisiko wird von uns nicht als eigenständige Risikokategorie behandelt, sondern sachbezogen im Rahmen des Versicherungstechnischen Risikos, Marktrisikos bzw. Kreditrisikos berücksichtigt.

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht.

Im Rahmen unserer Tarifierungsmodelle, etablierter Zeichnungsrichtlinien sowie der kontinuierlichen Überwachung des Schadenverlaufs passen wir unsere Tarifierungs- und Annahmepolitik zeitnah an erwartete Schadensituationen an.

Den Risiken aus Naturgefahren kommt bei der Brandkasse mit hohem Marktanteil im Breitengeschäft bei gleichzeitig begrenztem Geschäftsgebiet eine elementare Bedeutung zu. Wegen des Kumulcharakters kann sich dort ein Schadenereignis erheblich auf die Ertragslage auswirken. Stürme stellen dabei das größte Naturkatastrophenrisiko der Brandkasse dar. Zur Abschätzung der Kumuleffekte wird dabei neben eigenen

Einschätzungen auf die Expertise und die Simulationsinstrumente der Rückversicherer und Rückversicherungsmakler der Brandkasse zurückgegriffen.

Über unsere sicherheitsorientierte Rückversicherungspolitik begrenzen wir bei allen versicherungstechnischen Risiken sowohl die maximale Schadenbelastung als auch unerwünschte Schwankungen hinsichtlich größerer Schäden aus einzelnen Policen. Für die stochastische Bewertung des versicherungstechnischen Risikos einschließlich der entsprechenden Rückversicherungsmaßnahmen setzen wir ein Simulations-Tool ein.

Dem Risiko aus der Unsicherheit bei der Schadenreservierung wird insbesondere in Sparten mit länger andauernder Regulierung durch laufende Beobachtung der Schadenbestände und Schadenleistungen begegnet. Die Reservequalität wird grundsätzlich für den Gesamtbestand durch umfangreiche interne mathematisch-stochastische Controlling-Verfahren sowie im Großschadenbereich durch externe Gutachter regelmäßig überprüft.

Entwicklung des Schadenrisikos (Gesamtgeschäft)

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Schadenquote feR	68,2	71,7	78,3	66,1	64,7	64,7	62,3	70,6	66,4	67,7
Abwicklungsergebnis feR (in % der Eingangsrückstellung)	7,4	5,7	6,9	5,2	6,3	5,7	5,7	5,9	4,2	5,8

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Das Marktrisiko umfasst im Wesentlichen

- Risiko aus Aktien
- Zinsrisiko
- Credit-Spread-Risiko
- Währungsrisiko

Die Kapitalanlagen der Brandkasse werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess investiert. Das Portfolio der Brandkasse ist global ausgerichtet und vereint die positiven Effekte breiter Diversifikation und hoher Granularität.

Grundlage des Risikomanagements bilden das vom Vorstand verabschiedete Risikokapitalvolumen, das festgelegte Anlageuniversum und die Limitsysteme. Das verfügbare Risikokapitalvolumen wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und die prozentuale Risikobedeckung beschlossen. Die Brandkasse verfolgt ein mehrdimensionales Risiko-steuerungskonzept mit monatlicher Risikoquantifizierung. Neben der ökonomischen Risikodimension sind eine bilanzielle und eine aufsichtsrechtliche Betrachtungsweise implementiert.

Im Rahmen der risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis einer Auslastungsanalyse des verfügbaren Risikokapitals über Risikonahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Im operativen Risikomanagement können derivative Finanzinstrumente vor allem zur Sicherung von Marktrisiken und zur Steuerung der Aktienquote eingesetzt werden. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro bzw. währungsgesichert getätigt wird.

Das aus den Aktiva resultierende Marktrisiko wird in einem mehrstufigen Messprozess abgeleitet. Dabei wird jedes Investment in seine Risikokomponenten zerlegt und in einen vordefinierten Exposure-Vektor mit fünf zentralen Risikoklassen (Aktien, Zinsen, Credit-Spreads, Immobilien und Währungen) überführt. Ziel des Exposure-Vektors ist die Bestimmung der Sensitivität des Kapitalanlageportfolios für Marktpreisschwankungen. Das Aktien-, Fremdwährungs- und Immobilien-Exposure entspricht jeweils dem Marktwert aller Investments nach Sicherungsgeschäften. Das Zins-Exposure wird über den Price Value of Basis Point (PVBP) bestimmt. Dieser misst die absolute Wertänderung eines Zinstitels bei einer Verschiebung der Zinskurve um einen Basispunkt. Analog wird das Credit-Spread-Exposure über den Price Value of Credit Point ermittelt.

Zur Ermittlung des Risikos werden für die einzelnen Risikoklassen gemäß Value-at-Risk-Systematik zunächst Risikofaktoren bestimmt, die die Variabilität der Exponierung ausdrücken sollen. Das undiversifizierte Risiko entspricht dann dem Produkt aus Risiko-Exposure und Risikofaktor. Das diversifizierte Risiko bezieht die Wechselwirkungen innerhalb der Allokation mit ein.

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war von allen Versicherungsgesellschaften zum 31.12.2009 ein Stresstest durchzuführen, der vier negative Kapitalmarktszenarien simuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Brandkasse alle vier Szenarien verkraftet, ohne dass die Risikotragfähigkeit des Unternehmens gefährdet wäre. Freiwillige unterjährige Stresstests fielen ebenfalls ausnahmslos positiv aus.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko aus der Kapitalanlage wird im Rahmen des Marktrisikos bewertet. Bonitätsrisiken der Kontrahenten werden im indirekten Kapitalanlagebestand über Anlagerichtlinien gesteuert. Im Direktbestand wird dem Bonitätsrisiko durch sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und eine monatliche, kontinuierliche Ratingüberprüfung begegnet.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen können generell gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern oder Rückversicherern bestehen.

Gegenüber Versicherungsnehmern begegnet die Brandkasse diesem Risiko mittels eines EDV-gestützten Inkasso- und Mahnwesens. Die Beitragsforderungen gegenüber Versicherungsnehmern betragen zum Bilanzstichtag 20,8 Millionen Euro, hiervon sind 9,6 Millionen Euro älter als 90 Tage. Die gesamten Beitragsforderungen entsprechen 1,5 Prozent der gebuchten Brutto-Beiträge aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft.

Das Risiko von Forderungsausfällen besteht in der Erstversicherung darüber hinaus gegenüber den Rückversicherern. Die Brandkasse sichert sich gegen einen Forderungsausfall durch eine systematische Auswahl und Diversifikation der Rückversicherungspartner ab.

Liquiditätsrisiko

Den finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit, auch bei Großschadenbelastungen, muss jederzeit nachgekommen werden können.

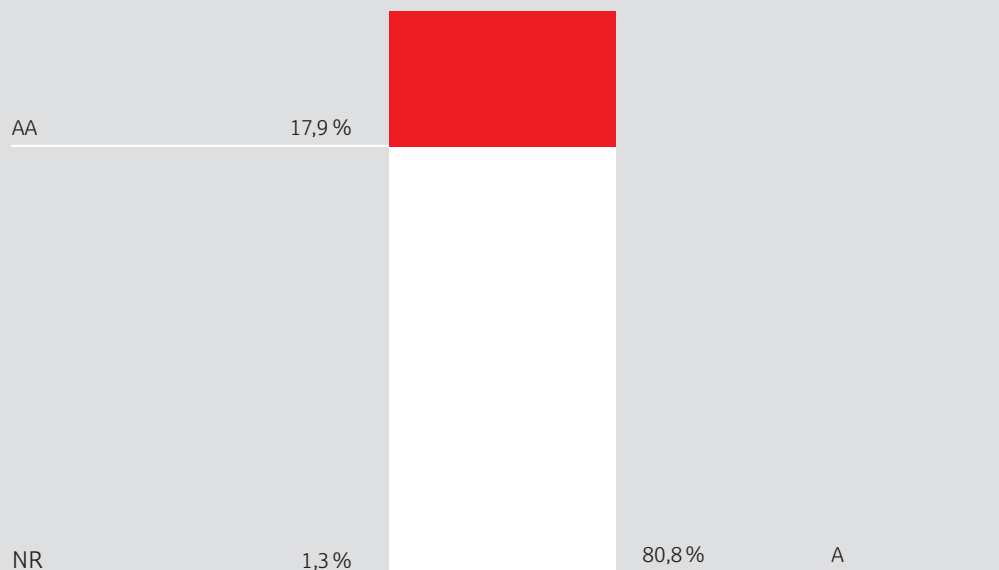
Für langfristige Verpflichtungen wird dies durch eine rollierende Liquiditätsplanung unter Berücksichtigung der notwendigen Fristigkeiten sichergestellt. Die kurz- und mittelfristige Liquidität, z. B. für das besondere Liquiditätsrisiko Sturm, wird in den Asset-Strukturen unter Beachtung der Fungibilität, der Laufzeit und des Marktrisikos abgebildet.

Das Liquiditätsrisiko wird anhand der Marktgängigkeit der entsprechenden Kapitalanlagen qualitativ abgeschätzt und ist für die Brandkasse aufgrund der beschriebenen Maßnahmen gering.

Operationelles Risiko, Reputationsrisiko und strategisches Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- und systembedingten oder aber externen Vorfällen.

An Rückversicherer gegebene Rückstellungen zum 31. Dezember 2009 gemäß Ratingklassen nach S&P



Das Management operationeller Risiken dient dem Ziel, die Risikoexposition unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Überlegungen auf ein akzeptables Maß zu reduzieren und die operativen Prozesse zu optimieren. Diesen Risiken wird mit einer Ausrichtung der Organisation an einer prozessorientierten Bearbeitung, mit der Festlegung interner Richtlinien und deren regelmäßige Überwachung (Compliance) sowie mit einem qualifizierten Personalmanagement (Auswahl, Qualifikation und Fortbildung) begegnet.

Strategische Risiken sind untrennbar mit jeder Geschäftstätigkeit verbunden. Es wird sichergestellt, dass bei strategischen Geschäftsentscheidungen neben den Chancen auch die Risiken angemessen berücksichtigt werden. Diesen Risiken wird durch intensive Beratung im Vorstand bzw. Risikokomitee, frühzeitige Einbindung der Gremien und bedarfsgerechte Einbindung externer Gutachter begegnet.

Reputationsrisiken können das Unternehmen nachhaltig schädigen. Diesen Risiken wird durch strukturierte Prozesse zur Informationsaufbereitung sowie situationsgerechte Kommunikation gegenüber Dritten (z. B. Kunden, Presse) begegnet. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen wird das Reputationsrisiko für die Brandkasse als derzeit beherrschbar eingeschätzt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Mit Hilfe des Risikomanagementsystems der Brandkasse sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen gewährleistet das Risikofrüherkennungssystem, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann. Im Ergebnis ist festzustellen, dass gegenwärtig keine Risiken erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Brandkasse nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Grundsätze der Unternehmensstrategie

Unsere Unternehmensstrategie basiert auf den Grundsätzen Unternehmerische Selbstständigkeit, Regionalität, Verbund mit der Sparkassen-Finanzgruppe, Gemeinwohlorientierung sowie Starke Partnerschaften. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit durch Produktivitätswachstum nachhaltig zu sichern, haben wir folgende Ziele formuliert:

- Überdurchschnittliche Ertragskraft
- Marktführerschaft
- Enge Kundenbindung und ausgeprägte Kundennähe
- Attraktive Produkte
- Überdurchschnittliche Servicequalität

Wir setzen auf unsere Hauptvertriebswege Vertretungen und Sparkassen mit hohen Serviceleistungen vor Ort. Die Produktpolitik zielt darauf ab, geänderte Kundenbedürfnisse in neue Produkte umzusetzen. Ein verstärkt modulares Vorgehen sichert dabei Schnelligkeit und Flexibilität. Durch eine Optimierung der Geschäftsprozesse lassen

sich Kosten gering halten, um unseren Kunden ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis zu bieten. Personalpolitisch setzen wir auf Ziel- und Teamorientierung, Qualifizierung sowie eine vorausschauende Personaleinsatzsteuerung.

Prognosebericht

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) rechnet in seiner Vorausschätzung der Geschäftsaussichten der Versicherungswirtschaft 2010 für die Schaden- und Unfallversicherung mit einem leichten Rückgang des Beitragsaufkommens um –0,5 Prozent. Nach GDV-Einschätzung werden sich die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise vor dem Hintergrund rückläufiger Umsätze und Investitionen vor allem negativ auf die industriellen und gewerblichen Geschäftsfelder auswirken. Zudem ist in Abhängigkeit von den Entwicklungen des Arbeitsmarktes mit Auswirkungen auf die Nachfrage der privaten Haushalte zu rechnen. Der hohe Grad der Marktdurchdringung in vielen Sparten der Schaden- und Unfallversicherung bedingt weiterhin ein nur begrenztes Mengenwachstum. In der Kraftfahrtversicherung ist erneut mit einem Rückgang der Beitragseinnahmen zu rechnen, obwohl von einer Zyklusumkehr bei der Preissetzung ausgegangen wird. Der GDV geht von einem „Rückpralleffekt“ hinsichtlich der Umweltprämie aus und zieht Bestandswanderungen in günstigere Schadenfreiheitsklassen als Begründung heran. Auch für die industrielle/gewerbliche Sachversicherung wird ein Beitragsrückgang erwartet. Maßgeblich sind dabei die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und ein intensiver Prämienwettbewerb. Das prognostizierte Beitragswachstum in der privaten Sachversicherung wird maßgeblich von Summen- und Beitragsanpassungen geprägt. In 2010 kommen aus diesem Bereich voraussichtlich aber nur geringe Impulse.

Im Bereich der Kapitalanlage gehen wir aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage und der risiko-/ertragsorientierten Anlagestruktur bei der Brandkasse von einem marktkonformen Ergebnis aus. Jedoch sehen wir noch Risiken in einzelnen Asset-Klassen (Immobilien, Genussrechte), bei denen Abwertungsbedarf als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise entstehen könnte.

Entgegen der Marktprognose rechnen wir bei der Brandkasse für 2010 insgesamt mit einem Beitragsanstieg um 0,5 Prozent. Dabei wird die Entwicklung in der Sach- und Haftpflichtversicherung wie im Vorjahr durch Index- und Beitragsanpassungen unterstützt.

In der Wohngebäude- und Hausratversicherung wurden zum Jahreswechsel neue Produkte mit innovativen Leistungsverbesserungen eingeführt. Der neue Versicherungsschutz gegen Starkregen inklusive Rückstau bedeutet ein Alleinstellungsmerkmal am Markt und sorgt für Wettbewerbsvorteile. In der Unfallversicherung werden aus der Einführung eines Produktes mit Beitragsrückgewähr Impulse erwartet.

Hannover, den 22. Februar 2010

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite	2009			2008
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			11 294 212	5 388 854
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		131 581 095		165 808 189
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	296 957 148			283 459 463
2. Beteiligungen	124 529 095			137 989 783
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5 182 576	426 668 819		5 512 998
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	731 255 392			692 682 180
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15 980 220			18 325 761
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	9 247 974			10 193 251
4. Sonstige Ausleihungen	1 202 066 316			1 334 375 292
5. Einlagen bei Kreditinstituten	52 500 000			6 000 000
6. Andere Kapitalanlagen	8 306	2 011 058 208		10 008 306
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft		11 796 880	2 581 105 002	12 309 409
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	13 313 679			12 741 077
2. Versicherungsvermittler	5 828 666	19 142 345		5 782 598
davon: an verbundene Unternehmen 644 298 (695 364) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 173 884 (150 508) €				
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		4 238 356		7 399 417
davon: an verbundene Unternehmen 0 (0) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 1 097 292 (0) €				
III. Sonstige Forderungen		11 301 831	34 682 532	7 251 476
davon: an verbundene Unternehmen 8 667 404 (3 343 779) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 205 620 (200 879) €				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		10 130 224		7 507 545
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		9 174 509		29 306 791
III. Andere Vermögensgegenstände		11 160 334	30 465 067	2 904 515
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		21 005 587		25 262 136
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		13 635 187	34 640 774	17 828 910
Summe der Aktivseite			2 692 187 587	2 798 037 951

Passivseite	2009			2008
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital		20 000 000		20 000 000
II. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	2 000 000			2 000 000
2. Rücklage für außergewöhnliche Risiken	55 000 000			55 000 000
3. Rücklage für Sturmrisiken	35 000 000			35 000 000
4. Andere Gewinnrücklagen	661 000 000	753 000 000	773 000 000	621 000 000
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			4 524 698	45 802 659
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	161 455 228			162 178 082
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	16 945 944	144 509 284		16 918 905
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	18 095 532			15 449 441
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	18 095 532		0
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1 064 288 840			1 036 639 565
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	241 084 250	823 204 590		231 946 444
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	78 696 285			76 264 448
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	78 696 285		0
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		194 153 379		187 837 636
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	82 796 792			79 137 704
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	- 800 870	83 597 662	1 342 256 732	- 1 473 384
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		346 414 934		331 352 383
II. Steuerrückstellungen		54 904 721		38 537 890
III. Sonstige Rückstellungen		85 153 435	486 473 090	84 091 821
Übertrag:			2 606 254 520	2 542 899 664

			2009	2008
	€	€	€	€
Übertrag:			2 606 254 520	2 542 899 664
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	44 254 548			42 446 025
2. Versicherungsvermittlern	4 865 957	49 120 505		3 771 809
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen	231 214 (171 175) €			
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen	29 216 (39 973) €			
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		7 073 017		5 329 902
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen	3 591 196 (1 867 516) €			
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen	3 260 (412 642) €			
III. Sonstige Verbindlichkeiten		27 348 060	83 541 582	200 982 535
davon: aus Steuern	9 546 546 (9 059 317) €			
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit	2 225 584 (1 015 263) €			
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen	6 139 056 (175 921 699) €			
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen	0 (34) €			
F. Rechnungsabgrenzungsposten			2 391 485	2 608 016
Summe der Passivseite			2 692 187 587	2 798 037 951

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C II 1 der Passiva und die unter dem Posten C III 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341 f und § 341 g HGB sowie der aufgrund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; Altbestand im Sinne des § 11 c VAG ist nicht vorhanden.

Hannover, den 22. Februar 2010

Müller

Verantwortliche Aktuarin

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009			2008
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	954 040 660			947 529 559
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	- 134 860 672	819 179 988		- 132 049 447
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	722 854			- 2 555 897
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	27 039	749 893	819 929 881	541 811
2. Technischer Zinsertrag feR			4 321 942	4 273 142
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			878 251	853 725
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 577 558 305			- 575 587 433
bb) Anteil der Rückversicherer	40 624 270	- 536 934 035		55 470 891
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 27 016 904			- 18 582 217
bb) Anteil der Rückversicherer	9 137 806	- 17 879 098	- 554 813 133	- 1 589 544
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Netto-Deckungsrückstellung		- 2 646 091		- 2 995 486
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 3 004 621	- 5 650 712	- 5 600 113
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen feR			- 23 895 600	- 11 106 387
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		- 236 106 204		- 227 764 513
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		44 827 747	- 191 278 457	39 670 624
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			- 8 235 802	- 8 293 699
9. Zwischensumme			41 256 370	62 215 016
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			- 6 315 743	- 1 298 678
11. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			34 940 627	60 916 338
Übertrag:			34 940 627	60 916 338

	2009		2008
	€	€	€
Übertrag:			34 940 627
			60 916 338
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen	6 901 769		9 992 579
davon: aus verbundenen Unternehmen 1 215 077 (765 077) €			
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	106 107 476		99 365 937
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €			
c) Erträge aus Zuschreibungen	26 389 413		50 500
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	4 067 555		7 729 216
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	2 288		5 330
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	41 277 961	184 746 462	590 965
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	- 8 720 079		- 8 150 169
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	- 79 791 720		- 72 068 677
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	- 4 404 643		- 6 947 881
d) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil	0	- 92 916 442	- 3 505 628
		91 830 020	27 062 172
3. Technischer Zinsertrag		- 4 321 942	87 508 078
4. Sonstige Erträge		15 926 512	16 537 590
5. Sonstige Aufwendungen		- 63 053 726	- 47 127 214
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			75 321 491
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 34 862 143	- 31 603 199
8. Sonstige Steuern		- 459 348	- 35 321 491
9. Jahresüberschuss			40 000 000
10. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			- 40 000 000
11. Bilanzgewinn			0

Übrige Angaben

Versicherungszeige und Versicherungsarten

Lebensversicherung¹⁾
 Krankenversicherung¹⁾
 Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
 Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr
 Haftpflichtversicherung
 Kraftfahrtversicherung
 Luftfahrtversicherung
 Rechtsschutzversicherung
 Feuerversicherung
 Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung
 Leitungswasserversicherung
 Glasversicherung
 Sturmversicherung
 Verbundene Hausratversicherung
 Verbundene Wohngebäudeversicherung
 Hagelversicherung
 Tierversicherung¹⁾
 Technische Versicherungen
 Einheitsversicherung
 Transportversicherung
 Kredit- und Kautionsversicherung¹⁾
 Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebs-
 unterbrechungs-Versicherung (Extended Coverage-Versicherung)
 Betriebsunterbrechungs-Versicherung
 Beistandsleistungsversicherung
 Luft- und Raumfahrzeug-Haftpflichtversicherung

 Sonstige Schadenversicherung
 Ausstellungsversicherung
 Garderobenversicherung
 Jagd- und Sportwaffenversicherung
 Musikinstrumentenversicherung
 Fotoapparateversicherung
 Kühlgüterversicherung
 Warenversicherung in Tiefkühlanlagen
 Atomanlagen-Sachversicherung
 Automatenversicherung
 Reisegepäckversicherung
 Valorenversicherung (privat)
 Campingversicherung
 Schlüsselverlustversicherung
 Mietverlustversicherung
 Tank- und Fassleckageversicherung
 Filmtheater-Einheitsversicherung
 Vertrauensschadenversicherung
 Inhaltsversicherung für Geschäfte und Betriebe

¹⁾ Diese Versicherungszeige werden nur im übernommenen Geschäft betrieben.

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- A. Immaterielle Vermögensgegenstände** Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Ein erworbener Versicherungsbestand wird entsprechend der erwarteten Bestandshaltedauer abgeschrieben.
- B. Kapitalanlagen**
- Grundstücke werden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen. Sonderabschreibungen nach § 6b EStG und auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.
- Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse.
- Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.
- Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie übrige Ausleihungen und andere Kapitalanlagen sind grundsätzlich in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Agio- und Disagiobeträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind teilweise zu Anschaffungskosten bewertet.
- Einlagen bei Kreditinstituten und Depotforderungen sind mit dem Nennbetrag ausgewiesen.
- Depotforderungen sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.
- C. Forderungen** Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Dieser Posten wird, soweit steuerlich zulässig, auch in der Handelsbilanz gebildet.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag und unter Beachtung der aufsichtsbehördlichen Vorschriften pro rata temporis ermittelt. Die nicht übertragungsfähigen Kostenbestandteile werden abgesetzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft werden die Aufgaben der Zedenten angesetzt. Der koordinierte Ländererlass vom 9.3.1973 wird berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird für jeden einzelnen Vertrag nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Vorversicherer eingestellt oder geschätzt. In einem Fall erfolgt eine zeitversetzte Bilanzierung.

Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft individuell je Schadenfall. Die Rückstellung für noch nicht gemeldete Spätschäden ist nach den Erfahrungen der Vorjahre angemessen geschätzt und hinzugesetzt worden. Für noch nicht abgewickelte Schäden der Sparte Rechtsschutz aus den Ereignisjahren 2005 und später wird die Rückstellung aufgrund eines statistischen Verfahrens pauschal ermittelt.

Die Berechnung der noch zu erwartenden Schadenregulierungsaufwendungen erfolgt nach dem koordinierten Ländererlass vom 22.2.1973.

Zweifelsfrei zu erwartende Erträge aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen werden abgesetzt.

Die Rentendeckungsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bei erstmaliger Bildung bis zum 30.6.2000 mit 4 Prozent, ab 1.7.2000 mit 3,25 Prozent, ab 1.1.2004 mit 2,75 Prozent und ab 1.1.2007 mit 2,25 Prozent diskontiert. Als Ausscheideordnung wird die Sterbetafel DAV 2006 HUR angesetzt.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung für die Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr erfolgt auf Basis der Sterbetafel DAV 1994 T und einem Rechnungszins von 2,75 Prozent, für Neuverträge ab 1.1.2007 2,25 Prozent. Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des AGG Rechnung. Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e.V. (DGVMF), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin/Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern des DGVMF veröffentlichte Hinweise, finden sich unter www.aktuar.de (Veröffentlichungen/Sonstige).

Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Zedenten eingestellt oder geschätzt.

Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft werden in vertragsmäßiger Höhe berücksichtigt.

Sowohl für das selbst abgeschlossene als auch für das übernommene Geschäft werden die Schwankungsrückstellungen, die Rückstellungen für die Produkthaftpflichtversicherungen von Pharmarisiken (Pharmarückstellungen), die Atomanlagenrückstellungen und die Rückstellung für Terrorrisiken nach den entsprechenden Vorschriften des HGB und der RechVersV ermittelt.

Über die nach diesen Vorschriften ermittelten Beträge hinaus erfolgt eine weitere Aufstockung der Schwankungsrückstellung für Sturm- und Elementarrisiken, die unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen wird.

Die Stornorückstellung für zu erwartende Beitragsausfälle ist aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit berechnet.

Die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen ist individuell in Höhe der je Vertrag errechneten anteiligen Beiträge zwischen Stilllegungstermin und nächster Fälligkeit gebildet.

Die Rückstellung aufgrund der Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft zur Verkehrsofferhilfe e.V. wird gemäß der Angabe des Vereins gebildet.

Die Höhe der Rückstellung für noch nicht verdiente Gewinnanteile aus abgegebenem und übernommenem Rückversicherungsgeschäft ergibt sich aus den Rückversicherungsverträgen.

In einer Sparte wird in Höhe der erwarteten Verluste eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet.

D. Andere Rückstellungen

Die Berechnung der Pensionsrückstellung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren in Anlehnung an IAS 19 unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 4,5 Prozent. Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 2,5 Prozent, 2,0 bzw. 1,0 Prozent p. a. berücksichtigt.

Pensionsrückstellungen für Zusagen aus Gehaltsverzicht werden in Höhe der Aktivwerte der abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen bilanziert.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 Prozent berechnet. Die Rückstellung umfasst den Aufstockungsbetrag, den Erfüllungsrückstand und die Kapitalzahlungen zum Ausgleich von Abschlägen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Verbindlich feststehende Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert, noch nicht feststehende Fälle werden in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme bilanziert. Der Berechnung der Rückstellung liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 Prozent berechnet. Der Berechnung der Rückstellung liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Die Rückstellung für Ausgleichsansprüche nach § 89b HGB ist mit dem Barwert der künftigen Verpflichtungen unter Berücksichtigung von Fluktuationsabschlägen bewertet worden. Der Zinssatz beträgt 4,5 Prozent.

Die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen wird versicherungsmathematisch unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Beihilfezahlungen der Vorjahre ermittelt.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

E. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag. In einem Fall erfolgt eine Abzinsung unter Anwendung eines Diskontsatzes in Höhe von 3 Prozent.

Sonstige Angaben

Alle Posten in Fremdwährung werden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtags bewertet. Einzelne Rückversicherungsabrechnungen wurden geschätzt bzw. zeitversetzt bilanziert.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst 18 Grundstücke mit Geschäftsbauten und ein Grundstück mit Erbbaurecht. Der Bilanzwert der von uns im Rahmen unserer Tätigkeit selbst genutzten Grundstücke beträgt zum Bilanzstichtag 64 200 (51 337) Tausend Euro.

B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. § 266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
B II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen	%	Tsd. €	Tsd. €
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	55,00	5 410	60
Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg ¹⁾	45,00	119 204	3 472
Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg, Oldenburg ¹⁾	45,00	9 287	377
Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover ^{1) 2)}	50,00	182 550	4 050
Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover	100,00	7 740	12
ALTE OLDENBURGER Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta	60,00	59 710	43
ivv Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH, Hannover	81,56	9 677	241
Norddeutsche Gesellschaft für Vermögensanlagen der Landschaftlichen Brandkasse Hannover mbH, Hannover ²⁾	100,00	61 101	- 3 106
VGH Rechtsschutz Schaden-Service-GmbH, Hannover ^{2) 3)}	100,00	51	0
Grundstücksgesellschaft Öffentliche Versicherungen Bremen bR, Bremen ²⁾	93,25	1 419	- 142
VGH Beteiligungs GmbH, Hannover	100,00	33 766	2 267
VGH Projekt GmbH & Co. Prinzenareal KG, Hannover ²⁾	100,00	9 276	276
VGH Projekt GmbH & Co. 2. Immobilien Verwaltungs KG, Hannover	100,00	11 488	492
VGH Projekt GmbH, Hannover	100,00	66	17
B II 2. Beteiligungen			
Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	42 019	4 524
Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	15 406	1 100
Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich	25,00	30 000	394
VGH Projekt GmbH & Co. Prager Platz KG, Hannover	50,00	44 431	625
Hannoversch-Kölnische Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover	50,00	24	1
Hannoversch-Kölnische Handels-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Hannover	50,00	28 295	2 002
Grundberg Garant Immobilienmanagement GmbH, Hannover	50,00	294	153
NT NORDWESTDEUTSCHE TREUHAND Gesellschaft zur Betreuung von Wohnungsunternehmen mit beschränkter Haftung, Hannover	40,00	2 682	503
Bildungszentrum der hannoverschen Versicherungsunternehmen GbR, Hannover	27,22	1 816	32
Herrenhausen Verwaltungs GmbH, Hannover	25,00	34	1
Herrenhausen Verwaltungs GmbH Gastronomie & Co. KG, Hannover	25,00	1 872	- 128
HMG Beteiligungs-GbR der S-Finanzgruppe, Hannover	25,00	52	3
IfMOS Institut für Mittelstandsfragen Osnabrück gGmbH, Osnabrück	20,00	133	35
Pro-City GmbH Göttingen, Göttingen	20,00	79	- 2

¹⁾ Über die Anteile am Kapital hinaus übt die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, weitere Trägerrechte aus

²⁾ Die angegebenen Werte beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

³⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen
	2008		
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	5 389	7 400	569
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	165 808	32 451	0
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	283 459	5 000	9 001
2. Beteiligungen	137 990	3 070	-9 001
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5 513	770	0
Summe B II.	426 962	8 840	0
B III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	692 682	22 145	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	18 326	6 149	0
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	10 193	0	0
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	667 062	32 446	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	627 611	32 628	0
c) Übrige Ausleihungen	39 703	0	0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	6 000	828 530	0
6. Andere Kapitalanlagen	10 008	0	0
Summe B III.	2 071 585	921 898	0
Insgesamt	2 669 744	970 589	569

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Als Zeitwert für Grundstücke und Bauten wurde grundsätzlich der Ertragswert angesetzt. Bei den eigengenutzten Immobilien wird der Mischwert aus Ertrags- und Substanzwert angesetzt. Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte 2009.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren nach dem IDW S1 i. d. F. 2008, dem Net Asset Value, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteilerwerb/-veräußerung hergeleitet. Bei zahlreichen Beteiligungen entsprechen die Zeitwerte den jeweiligen Buchwerten.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte*)	stille Reserven*)
			2009	2009	2009	2009
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
0	0	2 064	11 294			
0	0	66 678	131 581	131 581	270 687	139 106
3	0	500	296 957	296 957	345 147	48 190
3 174	79	4 435	124 529	124 529	144 877	20 348
1 100	0	0	5 183	5 183	5 183	0
4 277	79	4 935	426 669	426 669	495 207	68 538
356	24 802	8 018	731 255	731 255	750 476	19 221
9 534	1 200	161	15 980	15 980	16 111	131
945	0	0	9 248	9 242	9 493	251
35 226	0	0	664 282	669 347	680 939	11 592
147 454	0	0	512 785	515 669	531 322	15 653
15 000	297	0	25 000	25 000	21 228	- 3 772
782 030	0	0	52 500	52 500	52 500	0
10 000	0	0	8	8	8	0
1 000 545	26 299	8 179	2 011 058	2 019 001	2 062 077	43 076
1 004 822	26 378	81 856	2 580 602	2 577 251	2 827 971	250 720

*) ohne A.; einschließlich Agien und Disagien

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, übrigen Ausleihungen und Hypothekenforderungen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über laufzeitunabhängige Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit derivativen Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch bzw. mit externen Dienstleistern. Hier erfolgte unterjährig ein Wechsel.

Bei den Sonstigen Ausleihungen wird der Zeitwert anhand von Zinsstrukturkurven ermittelt.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

B III 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Hier handelt es sich überwiegend um Hypothekendarlehen an Mitarbeiter. Abschreibungen waren nicht erforderlich.

B III 4. Sonstige Ausleihungen

In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 42 551 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Der Zeitwert beträgt 37 741 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 10 000 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven ergibt einen Zeitwert von 9 640 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

Die übrigen Ausleihungen beinhalten mit 14 950 Tausend Euro Namensgenussrechte und mit 10 050 Tausend Euro nicht börsenfähige Genussrechte.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen, Namensgenussscheine und Schuldscheinforderungen von 10 428 (15 267) Tausend Euro, anteilige Zinsen für 2009, die erst in 2010 fällig werden in Höhe von 21 006 (25 262) Tausend Euro, vorausgezählte Abschlussprovisionen von 1 834 (1 204) Tausend Euro sowie Beitragsguthaben von 684 (711) Tausend Euro.

A II 4. Andere Gewinnrücklagen

Den anderen Gewinnrücklagen werden im Geschäftsjahr 40 000 Tausend Euro zugeführt.

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten enthält Wertberichtigungen aus einer Übertragung gemäß § 6b EStG auf Grundstücke zweier verbundener Unternehmen mit 3 670 (4 153) Tausend Euro und eine Rücklage gemäß § 14 BerlinFG mit 855 (855) Tausend Euro.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen	versicherungstechnische Bruttorekstellungen insgesamt		Bruttorekstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Unfall	101 999	99 972	60 521	59 863	19 915	21 505
Haftpflicht	271 658	270 479	189 261	189 906	39 080	38 076
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	710 389	693 523	630 417	614 217	77 299	76 782
sonstige Kraftfahrt	27 378	27 126	18 720	18 052	1 971	2 464
Feuer und Sach	367 208	343 749	95 311	80 781	32 326	27 907
davon: Feuer	82 605	80 757	20 154	19 144	17 686	16 614
Verbundene Hausrat	54 067	52 078	7 620	6 266	0	0
Verbundene Gebäude	155 325	142 467	43 207	35 418	0	0
sonstige Sach	75 211	68 447	24 330	19 953	14 640	11 293
Rechtsschutz	50 022	48 449	41 205	39 611	14	0
Selbst abgeschlossenes Geschäft	1 542 848	1 499 574	1 044 599	1 015 161	173 950	168 740
Übernommenes Geschäft	56 638	57 933	19 690	21 479	20 203	19 098
Gesamtes Versicherungsgeschäft	1 599 486	1 557 507	1 064 289	1 036 640	194 153	187 838

C IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die unter diesem Posten mit ausgewiesene vertragliche Beitragsrückerstattung in der Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr wird nach Art der Lebensversicherung betrieben und hat sich wie folgt entwickelt:

	2009	2008
	€	€
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	496 777	387 657
Entnahmen im Geschäftsjahr	18 054	15 129
Zuführung aus vorhandenen Mitteln Allgemeine Unfall	0	117 070
Zuführung aus Geschäftsjahr	143 748	7 179
Stand am Ende des Geschäftsjahres	622 471	496 777

Die in der Rückstellung enthaltenen Verpflichtungen betreffen ausschließlich die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung. Die Entnahmen enthalten auch die den Rechnungszinsfuß übersteigenden Zinsen auf angesammelte Überschussanteile.

	2009	2008
	€	€
Von der Rückstellung Ende 2009 entfallen auf		
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	61	0
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	616 451	496 777
c) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an den Bewertungsreserven	0	0
d) den ungebundenen Teil	5 959	0

C VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Es besteht eine Rückstellung für drohende Verluste in der Sparte Leitungswasser in Höhe von 8 000 (8 000) Tausend Euro.

Es bestehen außerordentliche Aufstockungen zu Schwankungsrückstellungen für die Sparte Verbundene Gebäudeversicherung in Höhe von 62 000 (57 500) Tausend Euro und für die Sparte Sturm in Höhe von 9 500 (10 500) Tausend Euro.

D I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der handelsrechtliche Ansatz dieses Postens beläuft sich im Geschäftsjahr auf 346 415 Tausend Euro, der Teilwert gemäß § 6 a EStG beträgt 214 368 Tausend Euro.

D III. Sonstige Rückstellungen

	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB/Vertriebsstrukturen	21 220	20 574
Verpflichtungen aus Vorruhestand und Altersteilzeit	20 703	19 458
Provisionen	18 849	21 102
Beihilfeverpflichtungen	8 784	8 384
Urlaubs-, Gleitzeit- und sonstige Personalaufwendungen	3 873	4 049
Archivierung	2 960	2 270
Mitarbeiterjubiläen	2 874	2 790
Noch nicht abgerechnete Gebäude-Herstellungskosten	2 600	10
Ökologische Maßnahmen	941	1 500
Prozessrisiken	372	1 855
Übrige Rückstellungen	1 978	2 100
Insgesamt	85 154	84 092

F. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 98 (27) Tausend Euro sowie Disagiobeträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 1 913 (1 807) Tausend Euro sowie abgegrenzte im Voraus erhaltene Provisionen in Höhe von 380 (774) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I 2. Technischer Zinsertrag feR	<p>Für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft umfasst die Zinszuführung zur Brutto-Rentendeckungsrückstellung ausschließlich Unfall- und Haftpflichtversicherungen. Sie wird brutto durch Multiplikation des arithmetischen Mittels von Anfangs- und Endbestand der Rentendeckungsrückstellung mit 4 Prozent, 3,25 Prozent, 2,75 Prozent bzw. 2,25 Prozent ermittelt. Bei dem Anteil der passiven Rückversicherung handelt es sich um die den Rückversicherern gutgeschriebenen Depotzinsen. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft werden im Lebensversicherungsgeschäft die vom Vorversicherer erhaltenen Depotzinsen angesetzt.</p> <p>Für die nach Art der Lebensversicherung abgeschlossenen Unfallversicherungen werden die vereinnahmten Erträge des Sicherungsvermögens ausgewiesen.</p>
I 7a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	<p>Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen 78 404 (76 621) Tausend Euro auf den Abschluss von Versicherungsverträgen und 157 702 (151 143) Tausend Euro auf den laufenden Verwaltungsaufwand.</p>
II 1 b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<p>Von den Erträgen aus anderen Kapitalanlagen resultieren 12 270 (11 782) Tausend Euro aus Grundstücken und 93 837 (87 584) Tausend Euro aus anderen Kapitalanlagen.</p>
II 2 b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	<p>Dieser Posten enthält außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von 4 935 (7 319) Tausend Euro sowie auf Grundstücke in Höhe von 60 395 (1 537) Tausend Euro.</p>

Versicherungstechnische Rechnung	gebuchte Bruttobeiträge		verdiente Bruttobeiträge		verdiente Nettobeiträge	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Unfall	59 943	59 108	60 165	59 134	58 617	57 597
Haftpflicht	103 134	102 392	103 905	102 339	78 049	76 764
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	192 410	192 831	192 401	192 781	189 597	190 431
sonstige Kraftfahrt	130 287	129 282	130 285	129 272	128 131	127 203
Feuer und Sach	380 335	375 487	379 858	373 134	303 071	298 007
davon: Feuer	74 524	74 760	74 287	74 891	46 979	47 077
Verbundene Hausrat	67 070	66 842	67 425	66 560	66 578	65 765
Verbundene Gebäude	152 937	149 461	152 411	147 664	127 772	124 158
sonstige Sach	85 804	84 424	85 735	84 019	61 742	61 007
Rechtsschutz	28 075	27 688	28 083	27 915	27 942	27 820
Selbst abgeschlossenes Geschäft	904 862	897 849	905 243	895 327	789 952	782 872
Übernommenes Geschäft	49 179	49 681	49 520	49 647	29 978	30 594
Gesamtes Versicherungsgeschäft	954 041	947 530	954 763	944 974	819 930	813 466

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungs- vertreter, Personalaufwen- dungen

	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des §92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	107 281	105 870
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des §92 HGB	6 156	2 850
3. Löhne und Gehälter	81 412	80 224
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	14 292	12 968
5. Aufwendungen für Altersversorgung	13 380	7 571
6. Aufwendungen insgesamt	222 521	209 483

	Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle		Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		Rückversicherungs-Saldo		versicherungs-technisches Ergebnis für eigene Rechnung	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
	23 999	28 228	17 895	18 299	696	- 743	18 102	8 524
	46 769	47 308	33 733	31 957	- 2 058	- 5 488	15 840	16 409
	168 274	164 098	30 280	26 578	4 478	4 625	255	10 340
	113 854	104 321	24 530	26 023	- 1 882	- 1 289	- 9 640	3 349
	210 206	199 289	102 946	99 521	- 29 615	- 29 446	4 380	15 898
	32 150	34 587	21 655	22 049	- 7 254	- 5 800	3 694	787
	25 265	22 401	21 209	21 483	105	- 863	7 684	15 955
	103 990	96 664	34 794	32 457	- 14 257	- 14 282	- 8 298	- 3 250
	48 801	45 637	25 287	23 532	- 8 209	- 8 501	1 300	2 406
	17 942	15 707	7 350	6 316	- 435	- 774	2 384	5 181
	581 769	568 196	219 855	211 529	- 31 781	- 31 625	33 993	60 457
	22 806	25 974	16 251	16 236	- 8 463	- 6 331	948	459
	604 575	594 170	236 106	227 765	- 40 244	- 37 956	34 941	60 916

Anzahl der mindestens ein-jährigen Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	2009	2008
	Stück	Stück
Unfall	371 871	367 717
Haftpflicht	698 648	702 120
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	1 050 960	1 045 030
sonstige Kraftfahrt	781 726	774 693
Feuer und Sach	1 569 817	1 570 521
davon: Feuer	172 681	172 933
Verbundene Hausrat	479 503	479 726
Verbundene Gebäude	476 793	478 697
sonstige Sach	440 840	439 165
Rechtsschutz	175 693	172 362
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	4 662 419	4 645 887

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Begebung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen in Höhe von 546 Tausend Euro.

Gegenüber einem Lebensversicherungsunternehmen besteht die Verpflichtung, weitere Organisationszuschüsse zu leisten, insbesondere um die geschäftsplanmäßige Mindestbeteiligung der Versicherungsnehmer am Überschuss sicherzustellen. Derzeit wird mit einer Einforderung nicht gerechnet.

Als Mitglied des Vereins Verkehrsofferhilfe e. V. sind wir verpflichtet, dem Verein die für die Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ferner sind wir Mitglied des Vereins Deutsches Büro Grüne Karte e.V.

Als Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft haben wir eine anteilige Bürgschaft für den Fall übernommen, dass eines der übrigen Pool-Mitglieder zahlungsunfähig wird. Eine gleichartige Verpflichtung besteht aufgrund von Verträgen mit der Deutschen Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft.

Als Mitglied des Solidaritätspools der Öffentlichen Versicherer haben wir eine Deckungszusage gegeben, bestimmte Terrorismusgroßschäden solidarisch zu tragen. Die Haftung ist auf 17 900 Tausend Euro beschränkt.

Als Mitglied des Verbands öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 312 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbands übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Zur Insolvenzsicherung der sich aus Altersteilzeitwertguthaben ergebenden Ansprüche der Mitarbeiter eines anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmens besteht die Verpflichtung im Fall der Insolvenz, die jeweiligen bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens entstandenen Ansprüche bis zu einer Gesamthöhe von 2 000 Tausend Euro zu befriedigen.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen von 38 982 Tausend Euro sowie Schuldversprechen von 2 717 Tausend Euro (davon an verbundene Unternehmen 26 102 Tausend Euro).

Offene Vorkäufe auf Namenspfandbriefe bestehen zum Bilanzstichtag mit einem Nominalwertvolumen in Höhe von 20 000 Tausend Euro.

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 1 311. Hiervon entfallen im Innendienst 693 auf die Hauptverwaltung und 540 auf unsere Regionaldirektionen. Im Außendienst sind 78 Mitarbeiter bei uns angestellt. Mitarbeiter, die auch mit der Provinzial Lebensversicherung Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihres Arbeitseinsatzes anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 1 852 Tausend Euro. An ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sind insgesamt 1 032 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 17 378 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 356 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppe sind am Bilanzstichtag dinglich gesicherte Kredite in Höhe von 58 Tausend Euro. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 10 und 35 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 5,1 Prozent.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer beträgt für die Abschlussprüfung 310 Tausend Euro. Davon entfallen auf das Vorjahr 25 Tausend Euro. Für sonstige Bestätigungsleistungen beträgt der Aufwand 11 Tausend Euro und für sonstige Leistungen 105 Tausend Euro.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 31 bis 34 angegeben.

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer in der Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr

Für das in 2010 endende Versicherungsjahr wurden folgende Überschussanteilsätze festgelegt:

Unfallversicherungen mit garantierter Beitragsrückgewähr erhalten am Ende eines jeden Versicherungsjahres einen laufenden Überschussanteil in Prozent der überschussberechtigten Deckungsrückstellung.

Bei beitragspflichtigen Versicherungen werden die laufenden Überschussanteile zur Finanzierung einer ab Versicherungsbeginn wirksamen Erhöhung der Invaliditätssumme und – sofern mit abgeschlossen – des Krankenhaustagegeldes mit Genesungsgeld, Unfall-Rente und der Todesfallsumme verwendet (Unfallbonus).

Der Unfallbonus beträgt für:

Versicherungsdauern bis 15 Jahre	90 Prozent
Versicherungsdauern von 16 bis 20 Jahre	80 Prozent
Versicherungsdauern von 21 bis 30 Jahre	60 Prozent
Versicherungsdauern ab 31 Jahre	40 Prozent

Bei beitragsfreien Versicherungen werden die laufenden Überschussanteile verzinslich angesammelt und bei Beendigung der Versicherung ausgezahlt. Die Versicherung erhält den ersten Überschussanteil am Ende des Versicherungsjahres, das auf die Beitragsfreistellung folgt.

Der laufende Überschussanteil beträgt 1,75 Prozent der überschussberechtigten Deckungsrückstellung.

Hannover, den 22. Februar 2010

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Herdecke

Kasten

Krüger

Thole

Vorholt

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 2. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Werner Hölzl
Wirtschaftsprüfer

André Bödeker
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftsentwicklung des Unternehmens unterrichtet worden, insbesondere hat er die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf das Unternehmen sowie die vom Vorstand eingeleiteten Maßnahmen im Rahmen der Risikosteuerung fortlaufend beraten. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2010, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2010 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Vertriebliche Fragestellungen wurden intensiv erörtert. Ferner wurde er über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Vor dem Hintergrund der MaRisk hat der Vorstand über die Weiterentwicklung des Risikomanagements und der Risikoorganisation informiert. Die Grundsätze der Risikostrategie, der Aufbau der Risikoberichte sowie die Einschätzung der aktuellen Risikosituation wurden dargestellt und erörtert.

Zu Beginn der neuen Amtsperiode des Aufsichtsrats wurden in einer gesonderten Veranstaltung den Mitgliedern die rechtlichen Grundlagen der Gremienarbeit sowie die Geschäftsstrategie des Unternehmens mit dem besonderen Schwerpunkt der Kapitalanlage vorgestellt und intensiv erörtert.

Zur Unterstützung seiner Arbeit hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet. Der Hauptausschuss, der schwerpunktmäßig die besonderen Themenfelder für den Aufsichtsrat vorbereitet, tagte im Geschäftsjahr dreimal. Er wurde laufend über die Maßnahmen des Kapitalanlagemanagements unterrichtet. Des Weiteren waren die Kapitalanlagestrategie sowie ausgewählte Asset-Klassen Grundlage der Diskussion.

Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Vertriebsentwicklung 2009. Darüber hinaus waren Umsetzungsschritte für ein leistungsstarkes Vertreternetz der Zukunft sowie die Beratungsunterstützung für den Außendienst am Beispiel der VGH-Vorsorgeberatung Gegenstand der Erörterung.

Der Ausschuss für Prüfungs- und Rechnungslegungsangelegenheiten trat im Berichtsjahr dreimal zusammen und befasste sich mit der Prüfung und Beratung des Jahresabschlusses sowie des Konzernabschlusses. Darüber hinaus erörterten die Mitglieder zusammen mit dem Abschlussprüfer die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, das Risikomanagement sowie die Aufgaben und Prüfungsergebnisse der internen Revision. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Risikosteuerung des Gesamtunternehmens und die Ausgestaltung des Risikotragfähigkeitskonzepts. Die Risikoberichte der Landschaftlichen Brandkasse Hannover und des Konzerns waren Gegenstand seiner Arbeit.

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten behandelte die ihm zugewiesenen Aufgaben.

Die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht der Landschaftlichen Brandkasse Hannover geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Allen Mitgliedern des Aufsichtsrats lagen rechtzeitig vor der Bilanzsitzung der Jahresabschluss nebst Lagebericht und Bericht des Abschlussprüfers vor. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt dem Brandkassen-ausschuss den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

In einer gesonderten Sitzung am 25. März 2009 hat sich der Aufsichtsrat nach Ablauf seiner Amtszeit neu konstituiert.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 16. März 2010

v. Lenthe

Vorsitzender

Corporate Governance

Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landschaftlichen Brandkasse Hannover zum Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex in der aktuellen Fassung stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften dar und enthält sowohl international als auch national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Er soll das deutsche Corporate Governance System transparent und nachvollziehbar machen und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften fördern.

Mit der Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Corporate Governance Kodex in seiner Gesamtheit nicht für öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen anwendbar. Aufsichtsrat und Vorstand der Landschaftlichen Brandkasse Hannover bekennen sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung und haben mit Ausnahme der nachstehenden Einschränkungen alle Regelungen des Corporate Governance Kodex auf freiwilliger Basis übernommen, die unter Berücksichtigung ihrer besonderen Rahmenbedingungen für öffentliche Versicherungsunternehmen Anwendung finden können.

Abgesehen wurde lediglich von der Übernahme der Regelungen zur Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats in den Ziffern 4.2 und 5.4, der Mitteilung der Abwesenheiten von Mitgliedern des Aufsichtsrats nach Ziffer 5.4.7 sowie der frühzeitigen Veröffentlichung des Konzernabschlusses nach Ziffer 7.1.2 des Kodexes.

Vorstand und Aufsichtsrat haben im zurückliegenden Geschäftsjahr die Ausrichtung ihrer Zusammenarbeit an den Empfehlungen des Kodexes und den unternehmensspezifischen Grundsätzen einer verantwortungsvollen Unternehmensführung überprüft und die Übereinstimmung festgestellt.

Hannover, 16. März 2010

Für den Vorstand:

Dr. Pohlhausen

Krüger

Für den Aufsichtsrat:

v. Lenthe

Geschäftsentwicklung

Landschaftliche Brandkasse Hannover, gegründet im Jahre 1750 durch die Calenberg- Grubenhagensche Landschaft

Jahr	Beiträge	Versicherungs- summen	Anschluss der Brandversicherungsanstalten
1751	4 896 Thl	8 811 900 Thl	
1850	182 036	82 092 250	Fürstenthum Hildesheim
1851	299 224	94 994 600	Fürstenthum Lüneburg
1873	300 552	133 739 164	Grafschaften Hoya und Diepholz
1878	1 383 649 M	761 250 370 M	Fürstenthum Osnabrück
1882	2 069 202	981 222 635	Herzogthümer Bremen und Verden
1925	6 705 983 RM	3 686 312 425 RM	
1938	11 702 000	–	
1945	14 476 000	–	

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Stammkapital und offene Rücklagen
	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
1950	19 052	16 796	3 648	7 956
1955	33 051	28 230	24 546	10 737
1960	48 494	40 724	48 304	18 644
1965	83 853	68 188	75 542	32 623
1970	133 052	105 564	88 229	51 300
1975	234 010	177 923	128 510	65 400
1980	367 670	279 246	291 556	100 100
1985	957 740	828 532	1 070 388	357 000
1990	1 274 648	1 056 452	1 267 300	609 600
1995	1 698 567	1 439 608	1 750 753	817 000
2000	1 676 859	1 434 713	2 139 868	1 090 000
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	878 740	751 946	1 161 464	583 000
2002	889 494	758 957	1 144 282	583 000
2003	927 251	788 142	1 159 258	593 000
2004	943 324	801 006	1 145 643	613 000
2005	940 159	801 088	1 204 175	648 000
2006	926 062	799 153	1 260 957	688 000
2007	929 720	802 601	1 287 506	718 000
2008	947 530	815 480	1 310 115	733 000
2009	954 041	819 180	1 342 257	773 000

Währungseinheiten:

1751–1817	Thaler-Cassemünze
1817–1834	Thaler-Conventions- münze
1834–1874	Thaler-Courant
1875–1923	Mark
1924–1948	Reichsmark
1949–2000	Deutsche Mark
ab 2001	Euro

Mit Beginn der Reichsmark-Zeit verlieren die Versicherungssummen, die einen Aussagewert nur im Gebäude-Feuergeschäft haben, an Bedeutung. Die anderen Versicherungszweige wie u. a. Leitungswasser, Sturm, Glas, Hagel, Transport, Maschinen, Bauleistungen sowie das Mobiliar-Feuergeschäft gewinnen ständig an Gewicht. Der Aussagewert verlagert sich nunmehr auf die Beitragseinnahmen und die technischen Werte.

Seit 1984 zeichnet die Brandkasse auch das HUK-Geschäft. Es erfolgte eine Bestandsübertragung von der Provinzial.



Ross und Reiter

Die VGH fördert traditionell den Reitsport. Zum Beispiel mit dem VGH-Cup, einem Nachwuchs-Turnier für Springreiter. Sieger 2009: ein Duo aus dem Wendland.

Gemächlich trabt Lantano zum Zaun, um seinen Reiter zu begrüßen. „Er ist schon eine kleine Überraschungstüte“, sagt Thilo Schulz und streicht dem neunjährigen Wallach über das Fell. Thilo Schulz, 17 Jahre alt, aus Bergen an der Dumme, hat schon einiges mit seinem Pferd erlebt. Seit zwei Jahren nimmt er mit Lantano bei Springreitturnieren teil. Wassergräben zum Beispiel gehören gar nicht zu Lantanos Leidenschaften. Da hat er früher schon mal gebockt oder sich selbst ausgesucht, wo entlang er über das Hindernis springt. Doch inzwischen haben sich Pferd und Reiter perfekt aufeinander eingestimmt. Im vergangenen Jahr gewannen sie den VGH-Cup.

Die Turnierserie ist einer der wichtigsten Wettkämpfe für Nachwuchsreiter in Norddeutschland. Sie besteht seit 1995 und wurde von der VGH zusammen mit den Pferdesportverbänden Hannover und Weser-Ems ins Leben gerufen. Der Reitsport ist seit Jahren eine wichtige Säule im Sport-Sponsoring des Unternehmens. Beim VGH-Cup sammeln junge Reiter zwischen 12 und 21 Jahren auf insgesamt neun Turnieren Punkte, um sich für das Abschlussturnier zu qualifizieren. Dem besten Reiter winkt ein Pferdetransporter mit Sattelkammer, dem Zweitplatzierten ein wertvoller Springsattel. Für den dritten Platz gibt es eine Pferdetransportausrüstung.

Für Thilo Schulz steht jetzt erst einmal das Abitur an, danach könne er sich aber eine Zukunft als Profi vorstellen. Der Sieg beim VGH-Cup war eine erste Etappe. In diesem Jahr stehen die Landesmeisterschaften an und wenn alles gut läuft auch die Deutschen Meisterschaften. Zu den Turnieren geht es natürlich wieder mit Lantano. Dann aber im neuen VGH-Cup-Pferdetransporter.

Bericht des Vorstands

Wirtschaftliches Umfeld

Die globale Konjunktorentwicklung war von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Immer mehr zeigten sich realwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzkrise die in Deutschland zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,0 Prozent führten. Der Abschwung kam jedoch nicht in der Breite bei den privaten Haushalten an, da konjunkturpolitische Maßnahmen und stützende Effekte von Einkommensersatzleistungen im Falle der Arbeitslosigkeit für relativ konstant verfügbare Einkommen sorgten. Das Nachfrageverhalten der privaten Haushalte zeigte sich daher relativ stabil, zumal Preissteigerungen im Zuge der Krise nahezu ausblieben.

Die Versicherungsbranche erwies sich im Krisenjahr als robust. Das Beitragswachstum der deutschen Versicherungswirtschaft insgesamt lag mit 3,1 Prozent deutlich über dem Vorjahr (1,0 Prozent). Die Lebensversicherung profitierte von dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen und dem marktweiten Zinsniveau. Das Vertrauen in die Fähigkeit der Lebensversicherer, ihre Leistungsversprechen zu erfüllen, führte zu einem unerwartet starken Anstieg der Einmalbeiträge im Neugeschäft und damit zu deutlich wachsenden Beitragseinnahmen. Die Beitragseinnahmen in der Lebensversicherung, Pensionskasse und Pensionsfonds stiegen um 8,3 Prozent, vor allem bei der Rentenversicherung gegen Einmalbeitrag. Wie in den vergangenen Jahren blieben die Leistungsauszahlungen an die Kunden der Lebensversicherer auf hohem Niveau. Daher war es schwierig, die regulären Vertragsabläufe aus der expansiven Geschäftsentwicklung früherer Jahre durch Neugeschäft auszugleichen.

Die Entwicklung der Kapitalmärkte verlief sehr wechselhaft. Im ersten Quartal waren starke Aktienkursrückgänge die Folge der gestiegenen Konjunktursorgen. Eine expansive Geldpolitik, Zinssenkungen der EZB sowie zahlreiche Konjunkturprogramme einzelner Staaten führten zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage. Massive Stützungsmaßnahmen im Bankensystem ließen zudem die Sorgen eines vollständigen Zusammenbruchs der Wirtschaft schwinden, so dass im weiteren Verlauf des Jahres eine deutliche Verbesserung der Aktienkurse das Marktgeschehen beherrschte.

Die Zinsstrukturkurve war aufgrund der konjunkturellen Schwächen und der geldpolitischen Lockerungen der Notenbanken weiterhin sehr steil. Getrieben durch die hohe Nachfrage der Investoren fielen die Renditen auch für langlaufende Zinstitel unter 4 Prozent.*

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Das Neugeschäft – gemessen am statistischen Jahresbeitrag – lag mit 31,8 Millionen Euro im Geschäftsjahr ohne Berücksichtigung des Sondereffektes aus der „Riester-Treppe“ im Vorjahr um 3,0 Prozent über dem Vorjahreswert. Besonders positiv entwickelte sich das Neugeschäft gegen Einmalbeitrag. Die Einmalbeiträge und Zuzahlungen erreichten ein Volumen von 144,5 Millionen Euro (Vorjahr: 37,9 Millionen Euro). Der Schwerpunkt dieses Geschäfts lag auf den Altersversorgungsverträgen. Kapitalisierungsgeschäfte werden von der Provinzial nicht angeboten. Großvolumiges Einmalbeitragsgeschäft wurde nicht gezeichnet.

* alle Marktdaten laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.

Daneben weist die Provinzial eine breite Streuung des Neugeschäfts auf die verschiedenen Produktgruppen aus. Das Neugeschäft wurde in der Risikoversicherung um 13 Prozent, in der selbstständigen Berufsunfähigkeitsversicherung um 10 Prozent und in der konventionellen Rentenversicherung um 18 Prozent gesteigert.

Das Neugeschäft gegen laufenden Beitrag konnte jedoch die Abgänge durch Ablauf und Storno nicht kompensieren. Die laufenden Brutto-Beiträge gingen um 3,3 Prozent auf 526,9 Millionen zurück. Insgesamt stiegen die gebuchten Brutto-Beiträge um 15,3 Prozent auf 671,4 Millionen Euro.

Trotz des schwierigen Umfelds auf den Finanzmärkten hat sich das Kapitalanlageergebnis gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Insgesamt konnte eine Nettoverzinsung von 4,1 Prozent (Vorjahr: 3,2 Prozent) erwirtschaftet werden. Die stillen Reserven in den Kapitalanlagen betragen im Saldo 0,1 Prozent der gesamten Kapitalanlagen (Vorjahr: –0,5 Prozent). Die Solvabilität liegt mit 174 Prozent annähernd auf Vorjahresniveau.

Überschussverwendung

Aus dem erwirtschafteten Brutto-Überschuss von 137,4 Millionen Euro werden 131,2 Millionen Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Nach Abzug der erforderlichen Ertragsteuern und der Stärkung des Eigenkapitals von 3,0 Millionen Euro verbleibt ein Bilanzgewinn von 1,05 Millionen Euro, der zur Ausschüttung einer Dividende auf das eingezahlte Trägerkapital verwendet werden soll.

Die Provinzial hält die Überschussbeteiligung für ihre Versicherungsnehmer für das Geschäftsjahr 2010 konstant. Die laufende Verzinsung der Guthaben beträgt unverändert 4,25 Prozent. Zusätzlich werden unseren Kunden Kosten- und Risikogewinne gutgeschrieben sowie ein Anspruch auf Schlussüberschussbeteiligung gebildet. Darüber hinaus erhalten die Versicherungsnehmer als Reaktion auf die Reform des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) in vielen Bereichen eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven. Unter Einbeziehung aller Überschusskomponenten wird eine Gesamtverzinsung von bis zu 5,4 Prozent erzielt.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Neuzugang

Die Kapitalmarktentwicklung des vergangenen Jahres ermöglichte es dem Vertrieb Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag in stärkerem Maße als bisher in Vorsorgeberatungen zu akquirieren. Die Marktsituation wurde durch verstärkte verkaufsfördernde Maßnahmen zum Thema Altersvorsorge im letzten Halbjahr unterstützt, so dass besonders der Vertriebsweg Sparkassen von der Entwicklung profitieren konnte.

Bei der Beratung und Zeichnung des Neugeschäfts gegen Einmalbeitrag lag der Schwerpunkt auf langfristige Altersversorgungsverträge. Kapitalisierungsgeschäfte werden von der Provinzial nicht angeboten. Großvolumiges Einmalbeitragsgeschäft über eine Million Euro wurde nicht gezeichnet. Dies zeigt sich am Durchschnittsbeitrag des Neugeschäfts, der bei 36 Tausend Euro lag. Bei den höheren Summen zeigte sich der Vorsorgecharakter der abgeschlossenen Verträge am Durchschnittsalter der Versicherungsnehmer, das bei circa 61 Jahren lag.

Die Produktsegmente zur staatlich geförderten Altersvorsorge („Rürup-Rente“) konnten vom Neugeschäftsboom ebenfalls profitieren und einen Anteil von 12,4 Prozent am Neugeschäft erreichen (Markt: 9,3 Prozent).

Zur Stärkung der Fondsgebundene Lebensversicherung wurde die angebotene Fondspalette deutlich erweitert.

Die Beitragssumme des Neugeschäfts erhöhte sich um 16,1 Prozent auf 871,4 Millionen Euro.

Bestand und Beitragseinnahme

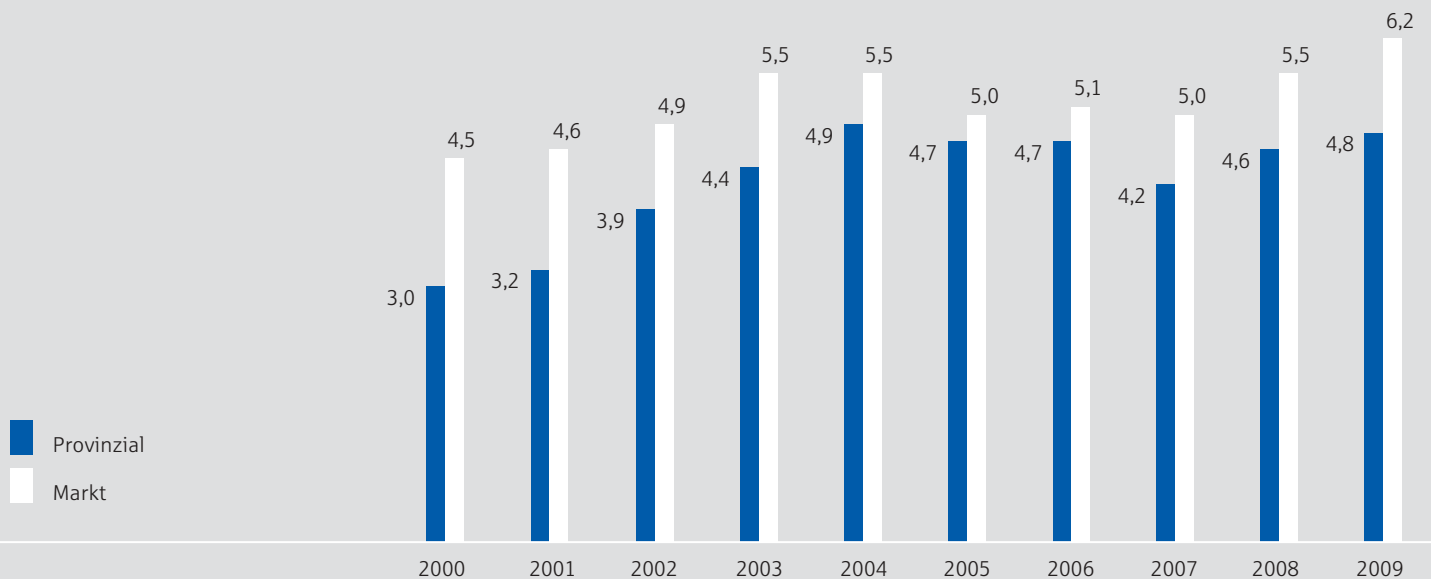
Die erfreuliche Entwicklung im Neugeschäft hat den Vertragsbestand um 0,9 Prozent auf 851.185 Verträge wachsen lassen. Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung in der selbstständigen Berufsunfähigkeitsversicherung. Hier konnte der Marktanteil in unserem Geschäftsgebiet auf hohem Niveau gehalten werden.

Die Stornoquote betrug 4,8 Prozent (Vorjahr: 4,6 Prozent).

Die Beitragsentwicklung war geprägt von den seit einigen Jahren stark zunehmenden Vertragsabläufen. Die laufenden Beiträge waren daher um 3,3 Prozent rückläufig. Demgegenüber verzeichneten die Versicherungen gegen Einmalbeitrag einen Anstieg von 281,3 Prozent. Die gesamten Beitragseinnahmen lagen mit 671,4 Millionen Euro um 15,3 Prozent deutlich über dem Vorjahreswert.

Entwicklung der Stornoquote

in % des statistischen Jahresbeitrags des mittleren Bestands



Versicherungsleistungen

Für Versicherungsfälle, ausgezahlte Gewinnanteile und Rückkäufe leisteten wir 672,2 Millionen Euro (Vorjahr: 734,4 Millionen Euro). Diese Leistungen waren ganz überwiegend Erlebensfalleistungen. Zur Sicherstellung der künftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Kunden haben wir insgesamt 6 738,1 Millionen Euro zurückgestellt.

Versicherungstechnisches Ergebnis

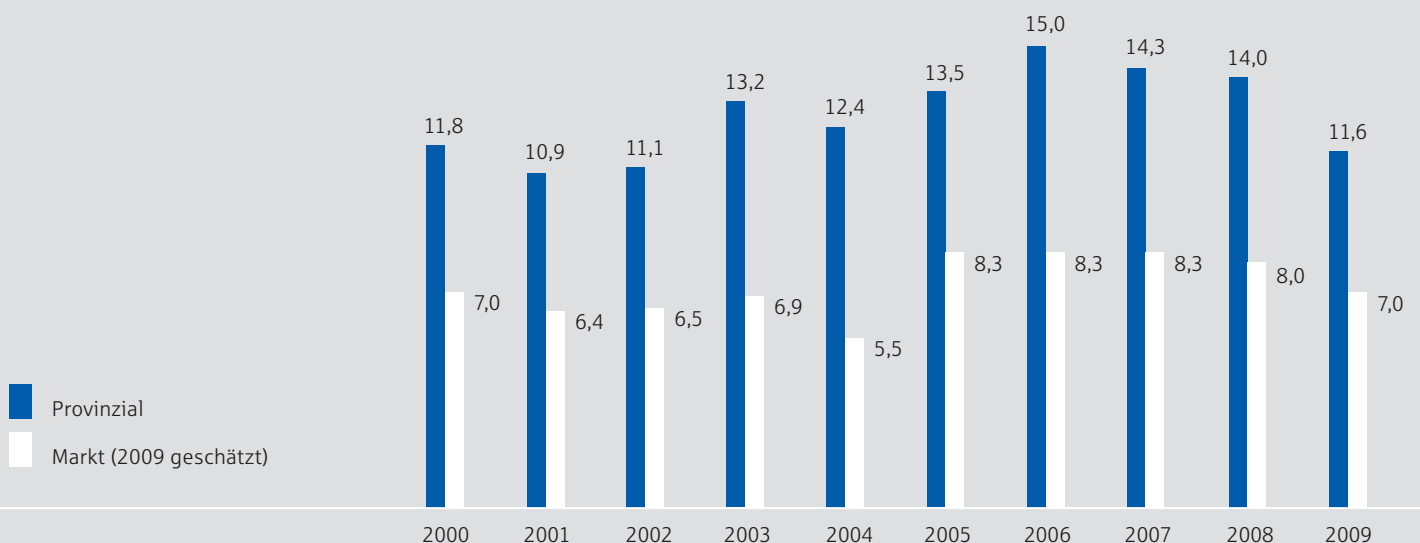
Auch 2009 konnte unser Unternehmen aus den versicherungstechnischen Gewinnquellen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Die Entwicklung der Kosten- und Risikogewinne ist in der Graphik dargestellt, die den strukturellen Wettbewerbsvorteil der Provinzial aufzeigt.

Die mit den Beiträgen vereinnahmten Kostenanteile überstiegen die tatsächlichen Kosten, so dass sich ein positives Kostenergebnis von 18,7 Millionen Euro ergab. Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge errechnete sich für die laufenden Aufwendungen ein Kostensatz von 1,79 Prozent. Die Abschlusskostenquote liegt bei 5,6 Prozent (Vorjahr: 5,4 Prozent).

Die Aufwendungen für vorzeitige Versicherungsfälle gestalteten sich erneut günstiger, als sie bei der Kalkulation der Beiträge berücksichtigt waren. Der daraus resultierende Risikogewinn betrug 60,3 Millionen Euro.

Entwicklung des versicherungstechnischen Ergebnisses

Risiko- und Kostenergebnis in % der gebuchten Bruttobeiträge



Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalmärkte zeigte sich im Geschäftsjahr sehr wechselhaft. Im ersten Quartal waren starke Aktienkursrückgänge die Folge der gestiegenen Konjunktursorgen. Eine expansive Geldpolitik sowie Zinssenkungen der Zentralbanken führten neben zahlreichen Konjunkturprogrammen einzelner Staaten zu einer Stabilisierung der Konjunktur und zu einer Besserung der Stimmungslage. So gab es in vielen Staaten Konsumanreize und Investitionsprogramme. Massive Stützungsmaßnahmen des Bankensystems trugen zur Stabilisierung des Finanzdienstleistungssektors bei.

Die weltweiten Aktienmärkte zeigten sich mehrheitlich fest. Während die europäischen Aktienmärkte rd. 22 Prozent zulegten, konnten die Emerging Markets deutlich outperformen. So legten Aktien aus Brasilien, Indien und China über 100 Prozent zu. Die Emerging Markets erwiesen sich in der Konjunkturkrise als stabile Volkswirtschaften. Der japanische als auch der amerikanische Aktienmarkt gewannen in Heimatwährung 19 Prozent.

Die Zinsstrukturkurve war aufgrund der konjunkturellen Schwächen und der geldpolitischen Lockerungen der Notenbanken sehr steil. Der Zinssatz für 10-jährige Pfandbriefe gab um 25 Basispunkte auf 3,58 Prozent nach. Getrieben durch die hohe Nachfrage der Investoren fielen die Renditen auch für lang laufende Zinstitel unter 4 Prozent. Die Renditeaufschläge in diesem Laufzeitensegment waren ebenfalls rückläufig.

An den Credit-Märkten bildeten sich die Risikoaufschläge nach einem Hochpunkt im Frühjahr sehr deutlich zurück und erreichten die Stände wie vor dem Zusammenbruch von Lehmann im Herbst 2008. Haupttreiber war hier das starke Interesse der Investoren, geringfügige Aufschläge auf niedrige Geldmarktzinsen zur Performanceverbesserung zu akzeptieren.

Der Kapitalanlagebestand hat sich um 5,6 Prozent auf 6 869,1 Millionen Euro erhöht. Das deutlich verbesserte Kapitalanlageergebnis lag bei 272,0 Millionen Euro (Vorjahr: 210,6 Millionen Euro). Dies entspricht einer Nettoverzinsung von 4,1 Prozent (Vorjahr: 3,2 Prozent). Das laufende Nettoergebnis aus Kapitalanlagen lag mit 282,6 Millionen Euro auf dem Niveau des Vorjahres von 285,4 Millionen Euro. Marktbedingten Abschreibungen und Abgangsverluste im Bereich der Investmentanteile, Private Equity und Genussrechte belasteten das übrige Ergebnis aus Kapitalanlagen. Die Bewertung eines Spezialfonds erfolgte nach den Vorschriften des Anlagevermögens, daher wurden Abschreibungen in Höhe von 18,3 Millionen Euro nicht vorgenommen. Die stillen Reserven betragen zum Bilanzstichtag 0,1 Prozent der gesamten Kapitalanlagen.

In Aktien und Investmentanteile wurden lediglich 21,7 Millionen Euro investiert. Von den Abgängen in Höhe von 130,6 Millionen Euro entfallen 129,9 Millionen Euro auf zur Risikominderung veräußerte Fondsanteile. Hieraus ergaben sich Abgangsgewinne von 2,1 Millionen Euro und Abgangsverluste von 0,8 Millionen Euro. Abschreibungen wurden in Höhe von 14,9 Millionen Euro vorgenommen. Weitere Abschreibungen in Höhe von 18,3 Millionen Euro wurden wegen Annahme einer nicht dauernden Wertminderung nicht vorgenommen. Die durchgerechnete Bruttoaktienquote betrug zum Bilanzstichtag 1,2 Prozent auf Buchwertbasis.

Das Immobilienengagement wird vor allem über Fonds getätigt. Mit einem Gesamtvolumen von 303,1 Millionen Euro ist die Provinzial in dieser Asset-Klasse investiert. Aufgrund der unsicheren Perspektive auf den Immobilienmärkten wurden Abschreibungen in Höhe von 7,0 Millionen Euro vorgenommen. Die durchgerechnete Immobilienquote betrug zum Bilanzstichtag 4,4 Prozent.

Der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren wurde von 25,7 Millionen Euro auf 115,8 Millionen Euro ausgebaut. Bei Genussrechten einzelner Emittenten aus dem Bankensektor wurden aus Vorsichtsgründen mögliche Zinsausfälle bzw. verminderte Kapitalrückzahlungen bei der Bewertung dieser Papiere berücksichtigt.

An Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen wurden 6,6 Millionen Euro neu ausgeliehen. Tilgungen flossen in Höhe von 33,5 Millionen Euro zurück. Einzelwertberichtigungen bestehen in Höhe von 0,5 Millionen Euro.

Bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen waren Zugänge in Höhe von 1 099,1 Millionen Euro zu verzeichnen, davon entfielen 18,2 Millionen Euro auf die Aktivierung von Zerozinsertträgen. Die Zinsentwicklung im Geschäftsjahr wurde genutzt, die Duration im Zinsbestand zu verlängern und somit den längerfristigen Verpflichtungen auf der Passivseite geeigneter Rechnung zu tragen. Getilgt bzw. verkauft wurden 558,8 Millionen Euro. Es wurden Kursgewinne von 11,4 Millionen Euro und Kursverluste von 3,8 Millionen Euro erzielt.

Nach der vom GDV empfohlenen Berechnungsmethode ergab sich im Berichtsjahr eine laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen von 4,2 Prozent (Vorjahr: 4,4 Prozent).

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten

Grundstücke	0,1 %	1,9 %	verbundene Unternehmen und Beteiligungen
Wertpapiere	14,3 %	4,4 %	Hypotheken
Namensschuldverschreibungen und Namensgenussscheine	49,6 %		
sonstige Kapitalanlagen	2,2 %	27,5 %	Schuldscheinforderungen

Mitarbeiter

Unser Unternehmen stellt sich den Herausforderungen der demografischen Entwicklung am Arbeitsmarkt und verstärkt die Maßnahmen zur Bindung, Entwicklung und Rekrutierung von Mitarbeitern. Erklärtes Ziel des strategischen Personalmanagements ist es, hochqualifizierte, hochmotivierte sowie eigenverantwortlich handelnde Mitarbeiter und Führungskräfte für uns zu gewinnen und im Unternehmen zu halten.

Im Audit berufundfamilie® wurde die VGH erneut als familienfreundliches Unternehmen zertifiziert. In diesem Audit werden alle im Haus angebotenen Maßnahmen zur besseren Balance von Beruf und Familie ermittelt und systematisch bewertet. Nach der erfolgreichen Weiterführung dieses Prozesses hat die VGH erneut das „Zertifikat zum audit berufundfamilie®“ erhalten.

Im Rahmen des Projekts „Potenzialerkennung und Nachfolgemanagement“ wurde der künftige Qualifikationsbedarf nach Funktionsbereichen abgeleitet. Damit wurden Transparenz und Orientierung für eine gezielte Personalqualifizierung ausgebaut. Auf Basis der mittelfristigen Personal- und Kapazitätsplanung können Personalrekrutierung und Personalentwicklung in geeigneter Weise vernetzt werden.

Neben der Potenzialerkennung von Nachwuchskräften und dem strategischen Nachfolgemanagement für Spezialisten und Führungsfunktionen stellt das Schul- und Hochschulmarketing ein wichtiges Handlungsfeld dar, um für die zukünftigen Herausforderungen von Markt und Demografie gerüstet zu sein. Angesichts der abnehmenden Bewerberzahlen wird sich die Problematik der hohen Nachfrage nach guten Mitarbeitern und dem gleichzeitig sinkenden Angebot tendenziell verstärken. Vor diesem Hintergrund wird der Kontakt zu Schulen und Hochschulen zur Rekrutierung von qualifizierten Mitarbeitern immer wichtiger. Daher wurde das Schul- und Hochschulmarketing deutlich intensiviert. Neben dem Angebot von Schülerpraktika und der Teilnahme an Recruiting-Veranstaltungen sind weitere Kooperationen mit Schulen eingegangen worden. Dabei sollen persönliche Kontakte gestärkt und eine frühzeitige Bindung der zukünftigen Auszubildenden zur VGH sichergestellt werden. Die intensive Betreuung während der Ausbildung unterstützt ebenfalls eine positive Imagebildung auf dem Markt.

Die VGH verfolgt eine kontinuierliche und vorsichtige Stellenentwicklung und bleibt ein attraktiver Arbeitgeber mit breitgefächerten Berufschancen. Sie beschäftigt über 2000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und leistet damit als niedersächsisches Unternehmen einen bedeutenden Anteil zur Einkommenserzielung privater und öffentlicher Haushalte in der Region.

Dank des Vorstands

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen. Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretungen und Sparkassen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen. Alle haben wesentlich zum Erfolg unserer Unternehmen im Geschäftsjahr 2009 beigetragen. Auch den Personalräten und der Gleichstellungsbeauftragten danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Risikomanagementsystem der Provinzial ist seit mehreren Jahren etabliert und wird von der Internen Revision in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen.

Die Weiterentwicklung des Risikomanagements war geprägt durch die Umsetzung der Aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Wir untergliedern das Gesamtrisiko gemäß den MaRisk VA in folgende Kategorien:

- Versicherungstechnisches Risiko
- Marktrisiko
- Kreditrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko
- Reputationsrisiko
- Strategisches Risiko

Das Konzentrationsrisiko wird von uns nicht als eigenständige Risikokategorie behandelt, sondern sachbezogen im Rahmen des Versicherungstechnischen Risikos, Marktrisikos bzw. Kreditrisikos berücksichtigt.

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Es wird sichergestellt, dass die Übernahme versicherungstechnischer Risiken insgesamt angemessene Erträge für das Unternehmen generiert und unsere Risikotragfähigkeit nicht übersteigt. In der Lebensversicherung werden die wesentlichen Risiken durch die Langfristigkeit verstärkt. Zu nennen sind insbesondere die Risiken aus den Zinsgarantien und die biometrischen Risiken (z. B. Sterblichkeit, Langlebigkeit, Invalidität) sowie das Stornorisiko. Zur Begrenzung bzw. Reduktion des versicherungstechnischen Risikos in der Lebensversicherung werden in den Kalkulationsgrundlagen Sicherheitszuschläge berücksichtigt. Ferner wird über die Lebensrückversicherung das Risiko weiter reduziert. Das Risiko aus den gegebenen Zinsgarantien wird mit Hilfe von mathematisch-stochastischen Untersuchungen über die Differenz der Zinssensitivität von Aktiv- und Passivseite ermittelt und überwacht. Die sonstigen versicherungstechnischen Risiken werden in Anlehnung an das im Aufbau befindliche Standardmodell nach Solvency II ermittelt.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Das Marktrisiko umfasst im Wesentlichen

- Risiko aus Aktien
- Zinsrisiko
- Credit-Spread-Risiko
- Währungsrisiko

Die Kapitalanlagen der Provinzial werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess investiert. Das Portfolio der Provinzial ist global ausgerichtet und vereint die positiven Effekte breiter Diversifikation und hoher Granularität.

Grundlage des Risikomanagements bilden das vom Vorstand verabschiedete Risikokapitalvolumen, das festgelegte Anlageuniversum und die Limitsysteme. Das verfügbare Risikokapitalvolumen wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und die prozentuale Risikoabdeckung beschlossen. Die Provinzial verfolgt ein mehrdimensionales Risikosteuerungskonzept mit monatlicher Risikoquantifizierung. Neben der ökonomischen Risikodimension (vgl. Asset-Liability-Management) sind eine bilanzielle und eine aufsichtsrechtliche Betrachtungsweise implementiert.

Im Rahmen der risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis einer Auslastungsanalyse des verfügbaren Risikokapitals über Risikonahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Im operativen Risikomanagement können derivative Finanzinstrumente vor allem zur Sicherung von Marktrisiken und zur Steuerung der Aktienquote eingesetzt werden. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro bzw. währungsgesichert getätigt wird.

Das aus den Aktiva resultierende Marktrisiko wird in einem mehrstufigen Messprozess abgeleitet. Dabei wird jedes Investment in seine Risikokomponenten zerlegt und in einen vordefinierten Exposure-Vektor mit fünf zentralen Risikoklassen (Aktien, Zinsen, Credit-Spreads, Immobilien und Währungen) überführt. Ziel des Exposure-Vektors ist die Bestimmung der Sensitivität des Kapitalanlageportfolios für Marktpreisschwankungen. Das Aktien-, Fremdwährungs- und Immobilien-Exposure entspricht jeweils dem Marktwert aller Investments nach Sicherungsgeschäften. Das Zins-Exposure wird über den Price Value of Basis Point bestimmt. Dieser misst die absolute Wertänderung eines Zinstitels bei einer Verschiebung der Zinskurve um einen Basispunkt. Analog wird das Credit-Spread-Exposure über den Price Value of Credit Point ermittelt.

Zur Ermittlung des Risikos werden für die einzelnen Risikoklassen gemäß Value-at-Risk-Systematik zunächst Risikofaktoren bestimmt, die die Variabilität der Exponierung ausdrücken sollen. Das undiversifizierte Risiko entspricht dann dem Produkt aus Risiko-Exposure und Risikofaktor. Das diversifizierte Risiko bezieht die Wechselwirkungen innerhalb der Allokation mit ein.

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war von allen Versicherungsgesellschaften zum 31. 12. 2009 ein Stresstest durchzuführen, der vier negative Kapitalmarktszenarien simuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Provinzial alle vier Szenarien verkraftet, ohne dass die Risikotragfähigkeit des Unternehmens gefährdet wäre. Unterjährige Stresstests fielen ebenfalls ausnahmslos positiv aus.

Asset-Liability-Management

Die Kapitalanlagen der Provinzial in Höhe von 6,9 Milliarden Euro dienen zum überwiegenden Teil der Bedeckung von zukünftigen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern. Dies stellt besondere Anforderungen an die Sicherheit der Kapitalanlage und an ein damit korrespondierendes Risikomanagement.

Die Anlagestrategie der Provinzial orientiert sich an den Verpflichtungen der Passivseite. Neben der dauerhaften Erfüllung der Garantien kommt der Erwirtschaftung einer marktgerechten Überschussbeteiligung im langfristig orientierten Geschäftsmodell der Lebensversicherung eine besondere Bedeutung zu. Für die Aktivseite der Provinzial werden daher im Sinne einer Portfolio-Separation zwei Aktiv-Portfolien abgeleitet:

- Replikationsportfolio (Zinsanlagen mit hoher Sicherheit)
- Risikoportfolio (weltweit diversifizierte Risikonahme)

Während das Replikationsportfolio sich bezüglich der Duration an der Zinssensitivität der Passivseite orientiert, erfolgt im Risikoportfolio die aktive Risikonahme im Verhältnis zu dieser Zinssensitivität. Es ist davon auszugehen, dass es durch diese Aufstellung der Provinzial gelingt, das derzeitige Gewinnversprechen auch in einem länger andauernden Niedrigzinsszenario zu halten. Dies zeigen auch Ergebnisse aus Analysen des Verantwortlichen Aktuars und eines externen Gutachters.

Die Provinzial sichert daher, neben den oben beschriebenen Risikosystemen, zusätzlich über langfristige, stochastische Simulationen im Rahmen des Asset-Liability-Managements ab, dass die gewählte Kapitalanlagestrategie die Erfordernisse der zinspflichtigen Passiva erfüllen kann. Auf Basis dieser Untersuchungen erfolgt auch die langfristige Liquiditätssteuerung.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko aus der Kapitalanlage wird im Rahmen des Marktrisikos bewertet. Bonitätsrisiken der Kontrahenten werden im indirekten Kapitalanlagebestand über Anlagerichtlinien gesteuert. Im Direktbestand wird dem Bonitätsrisiko durch sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und eine monatliche, kontinuierliche Ratingüberprüfung begegnet.

Das mögliche Risiko eines Forderungsausfalls im Versicherungsgeschäft ist bei der Provinzial gering. Gegenüber Versicherungsnehmern begegnet die Provinzial diesem Risiko mittels eines EDV-gestützten Inkasso- und Mahnwesens. Zum 31. 12. 2009 betragen die Beitragsforderungen gegenüber Versicherungsnehmern 7,3 Millionen Euro, hiervon sind 1,4 Millionen Euro älter als 90 Tage. Gegenüber Versicherungsvermittlern ist das Ausfallrisiko unbedeutend, wird aber gleichwohl fortlaufend kontrolliert. Darüber hinaus besteht ein Risiko von Forderungsausfällen gegenüber den Rückversicherern. Die Provinzial sichert sich dagegen durch eine systematische Auswahl der Rückversicherungspartner ab.

Liquiditätsrisiko

Wir müssen jederzeit unseren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachkommen können. Für langfristige Verpflichtungen stellen wir dies durch eine rollierende Liquiditätsplanung unter Berücksichtigung der notwendigen Fristigkeiten sicher. Das Liquiditätsrisiko wird anhand der Marktgängigkeit der entsprechenden Kapitalanlagen qualitativ abgeschätzt und ist für die Provinzial aufgrund der beschriebenen Maßnahmen gering.

Operationelles Risiko, Reputationsrisiko und strategisches Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- und systembedingten oder aber externen Vorfällen. Das Management operationeller Risiken dient dem Ziel, die Risikoexposition unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Überlegungen auf ein akzeptables Maß zu reduzieren und die operativen Prozesse zu optimieren. Wir begegnen diesen Risiken mit einer Ausrichtung der Organisation an einer prozessorientierten Bearbeitung, mit der Festlegung interner Richtlinien und deren regelmäßige Überwachung (Compliance) sowie mit einem qualifizierten Personalmanagement (Auswahl, Qualifikation und Fortbildung). Zurzeit wird keines der identifizierten operationellen Einzelrisiken der Provinzial als wesentlich eingestuft.

Strategische Risiken sind untrennbar mit jeder Geschäftstätigkeit verbunden. Es wird sichergestellt, dass bei strategischen Geschäftsentscheidungen neben den Chancen auch die Risiken angemessen berücksichtigt werden. Diesen Risiken wird durch intensive Beratung im Vorstand bzw. Risikokomitee, frühzeitige Einbindung der Gremien und bedarfsgerechte Einbindung externer Gutachter begegnet.

Reputationsrisiken können das Unternehmen nachhaltig schädigen. Diesen Risiken wird durch strukturierte Prozesse zur Informationsaufbereitung sowie situationsgerechte Kommunikation gegenüber Dritten (z. B. Kunden, Presse) begegnet. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen wird das Reputationsrisiko für die Provinzial als derzeit beherrschbar eingeschätzt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Mit Hilfe des Risikomanagementsystems der Provinzial sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen gewährleistet das Risikofrüherkennungssystem, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann. Im Ergebnis ist festzustellen, dass gegenwärtig keine Risiken erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Provinzial nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Grundsätze der Unternehmensstrategie

Unsere Unternehmensstrategie basiert auf den Grundsätzen Unternehmerische Selbstständigkeit, Regionalität, Verbund mit der Sparkassen-Finanzgruppe, Gemeinwohlorientierung sowie Starke Partnerschaften. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit durch Produktivitätswachstum nachhaltig zu sichern, haben wir folgende Ziele formuliert:

- Überdurchschnittliche Ertragskraft
- Marktführerschaft
- Enge Kundenbindung und ausgeprägte Kundennähe
- Attraktive Produkte
- Überdurchschnittliche Servicequalität

Wir setzen auf unsere Hauptvertriebswege Vertretungen und Sparkassen mit hohen Serviceleistungen vor Ort. Die Produktpolitik zielt darauf ab, geänderte Kundenbedürfnisse in neue Produkte umzusetzen. Ein verstärkt modulares Vorgehen sichert dabei Schnelligkeit und Flexibilität. Durch eine Optimierung der Geschäftsprozesse lassen sich Kosten gering halten, um unseren Kunden ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis zu bieten. Personalpolitisch setzen wir auf Ziel- und Teamorientierung, Qualifizierung sowie eine vorausschauende Personaleinsatzsteuerung.

Prognosebericht

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) geht in seiner Vorausschätzung der Geschäftsaussichten der Versicherungswirtschaft 2010 für die Lebensversicherung insgesamt (einschließlich Pensionskassen und Pensionsfonds) von einem Rückgang der Beitragseinnahmen um 3 Prozent aus. Dieser Einschätzung liegt vor allem die weiterhin bestehende Vorsichts- und Abwartehaltung breiter Bevölkerungskreise und das hohe Niveau der regulären Abläufe zugrunde. Darüber hinaus wird die Geschäftsentwicklung in der Lebensversicherung vor allem durch die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte und durch die weitere Entwicklung im Einmalbeitragsgeschäft geprägt sein. Dies wiederum entwickelt sich in Abhängigkeit von den Entwicklungen am Arbeitsmarkt und den marktweiten Zinskonditionen.

Vor dem Hintergrund gestiegener Kundenanforderungen und härterem Wettbewerb im Vertrieb hat in den Folgejahren die Ausrichtung der Provinzial auf Wachstum unter Sicherung solider Ertragskraft, hoher Servicequalität und enger Kundenbindung Priorität. Wie im Geschäftsjahr 2009 bildet die Lebensversicherung einen Schwerpunkt in den Vertriebsaktivitäten. Die Planungen für das Geschäftsjahr 2010 gehen von einem steigenden Neugeschäft mit laufender Beitragszahlung aus. Im Bereich der Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag werden wir unsere ausgewogene Neugeschäftspolitik fortsetzen.

Gemessen an der Versicherungssumme werden wir weiterhin einen leichten Bestandszuwachs erreichen; aufgrund der derzeitigen Struktur an Vertragsabläufen muss jedoch mit einem weiteren Rückgang der laufenden Beitragseinnahmen gerechnet werden.

Im Bereich der Kapitalanlage gehen wir aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage und der risiko-/ertragsorientierten Anlagestruktur bei der Provinzial von einem marktkonformen Ergebnis aus. Jedoch sehen wir noch Risiken in einzelnen Asset-Klassen (Immobilien, Genussrechte), bei denen Abwertungsbedarf als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise entstehen könnte.

Hannover, den 22. Februar 2010

Der Vorstand

Übrige Angaben

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2009

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
		Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	
		Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	843 887	534 060		25 421 856
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang				
a) eingelöste Versicherungsscheine	70 040	27 223	139 402	2 016 172
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos. 2)		4 607	5 115	169 218
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile				46 134
3. Übriger Zugang	380	258		22 117
4. Gesamter Zugang	70 420	32 088	144 517	2 253 641
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	2 520	1 234		51 092
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	25 168	32 649		958 737
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	29 400	23 185		865 410
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	4 358	1 627		232 818
5. Übriger Abgang	1 676	493		12 154
6. Gesamter Abgang	63 122	59 188		2 120 211
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	851 185	506 960		25 555 286

		Einzelversicherungen						Kollektivversicherungen	
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungs- versicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonst. Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähig- keits- und Pflegerentenver- sicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €
393 764	323 897	120 130	50 885	229 866	143 020	4 427	5 054	95 700	11 204
6 397	3 428	13 020	6 174	26 549	15 940	701	732	23 373	949
	2 729		57		1 594		64		163
137	124	2		104	115			137	19
6 534	6 281	13 022	6 231	26 653	17 649	701	796	23 510	1 131
1 471	782	293	182	427	250	3	4	326	16
9 514	17 558	7 898	2 666	1 065	11 459	- 3	344	6 694	622
16 975	14 556	915	748	7 916	6 877	412	486	3 182	518
	5	4 332	1 621		1			26	
11	6	76	26	1 420	355			169	106
27 971	32 907	13 514	5 243	10 828	18 942	412	834	10 397	1 262
372 327	297 271	119 638	51 873	245 691	141 727	4 716	5 016	108 813	11 073

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonst. Lebensversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	843 887	25 421 856	393 764	11 066 370
davon beitragsfrei	161 043	2 365 095	54 584	965 344
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	851 185	25 555 286	372 327	10 436 745
davon beitragsfrei	176 392	2 538 215	51 885	935 682

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Zusatzversicherungen insgesamt		Unfall- Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	203 335	10 257 748	71 075	1 867 970
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	192 547	9 809 574	64 494	1 710 519

Einzelversicherungen				Kollektivversicherungen			
Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversiche- rungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe	Anzahl der Versicherungen	12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen		Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €
120 130	6 663 707	229 866	6 571 392	4 427	112 401	95 700	1 007 986
4 322	51 497	19 317	649 725	218	2 454	82 602	696 075
119 638	6 739 956	245 691	7 164 240	4 716	131 258	108 813	1 083 087
4 333	56 342	24 323	758 717	330	6 195	95 521	781 279

Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts- Zusatzversicherungen		Risiko- und Zeitrenten- Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatz- versicherungen	
Anzahl der Versicherungen	12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €
123 359	8 239 421	4	176	8 897	150 181
119 365	7 952 423			8 688	146 632

Übrige Angaben

Einzelversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Vermögensbildungsversicherung

Risikolebensversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Fondsgebundene Lebensversicherung

Versicherungen nach Altersvermögensgesetz

Kollektivversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Bausparrisikoversicherung

Restschuldversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Zusatzversicherung

Unfallzusatzversicherung

Berufsunfähigkeits(Invaliditäts)-Zusatzversicherung

Risikozusatzversicherung

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn wird mit 1 050 Tausend Euro ausgewiesen.

Der Trägerversammlung am 18. März 2010 wird vorgeschlagen, den ausgewiesenen Bilanzgewinn zur Ausschüttung einer Dividende von 7 Prozent auf das eingezahlte Trägerkapital von 15 Millionen Euro an die Träger zu verwenden.

Hannover, den 22. Februar 2010

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite	2009			2008
	€	€	€	€
A. Ausstehende Einlagen auf das Trägerkapital			45 000 000	45 000 000
davon eingefordert: 0 (0) €				
B. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			1 861 410	2 483 263
C. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		9 342 151		9 342 151
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	611 292			611 292
2. Beteiligungen	123 695 358			127 634 357
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6 640 672	130 947 322		4 966 726
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	865 558 508			986 750 670
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	115 838 115			25 694 490
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	305 258 418			332 342 377
4. Sonstige Ausleihungen	5 375 009 501			4 837 552 199
5. Einlagen bei Kreditinstituten	66 500 000			94 000 000
6. Andere Kapitalanlagen	693 183	6 728 857 725	6 869 147 198	85 000 000
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			18 094 044	11 902 717
E. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	33 819 790			24 571 336
2. Versicherungsvermittler	1 407 468	35 227 258		1 061 514
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		5 139		449 176
III. Sonstige Forderungen		4 992 909	40 225 306	175 493 319
davon: an verbundene Unternehmen 24 085 (170 522 719) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 0 (0) €				
F. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		535 737		640 077
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		12 476 128		12 299 465
III. Andere Vermögensgegenstände		2 947 446	15 959 311	327 275
G. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		120 059 480		106 528 329
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		24 869 894	144 929 374	33 788 335
Summe der Aktivseite			7 135 216 643	6 918 439 068

Passivseite	2009			2008
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Trägerkapital		60 000 000		60 000 000
II. Kapitalrücklage		100 000 000		100 000 000
III. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	6 000 000			6 000 000
2. Andere Gewinnrücklagen	15 500 000	21 500 000		12 500 000
IV. Bilanzgewinn		1 050 000	182 550 000	1 050 000
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	46 778 171			58 668 206
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	9 262 382	37 515 789		10 077 769
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	6 192 225 388			5 996 290 175
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	180 995 573	6 011 229 815		174 771 563
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	37 370 869			36 511 889
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2 297 168	35 073 701		2 982 275
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	528 294 294			524 458 899
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	528 294 294	6 612 113 599	0
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	17 532 449			11 620 677
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	17 532 449		0
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	561 595			282 040
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	561 595	18 094 044	0
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		48 631 660		46 494 509
II. Steuerrückstellungen		17 575 990		11 828 229
III. Sonstige Rückstellungen		10 286 038	76 493 688	10 667 668
Übertrag:			6 889 251 331	6 688 540 685

	2009			2008
	€	€	€	€
Übertrag:			6 889 251 331	6 688 540 685
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			190 257 956	184 849 332
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	33 870 164			28 039 520
2. Versicherungsvermittlern	2 634 215	36 504 379		1 806 355
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		602 925		160 591
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0		1 099
IV. Sonstige Verbindlichkeiten		8 571 836	45 679 140	5 940 708
davon: aus Steuern 593 460 (418 634) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit 520 817 (242 306) €				
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 5 225 737 (1 350 672) €				
davon: gegenüber Beteiligungs- unternehmen 0 (0) €				
G. Rechnungsabgrenzungsposten			10 028 216	9 100 778
Summe der Passivseite			7 135 216 643	6 918 439 068

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B II und C I der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne von § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 2.9.2009 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Hannover, den 22. Februar 2010

Müller
Verantwortliche Aktuarin

Bestätigung gemäß VAG:

In analoger Anwendung zu § 73 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 23. Februar 2010

Dr. Plathe
Treuhänder

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009			2008
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	671 413 906			582 541 241
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	- 20 447 137	650 966 769		- 21 985 863
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	11 890 035			8 766 398
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	- 815 387	11 074 648	662 041 417	- 1 009 730
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			51 955 744	53 465 850
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €		3 017 273		7 408 786
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen davon: aus verbundenen Unternehmen 174 560 (171 012) €				
aa) Erträge aus Grundstücken	755 294			1 768 654
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	293 005 853	293 761 147		287 497 310
c) Erträge aus Zuschreibungen		6 332 154		0
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		16 575 735		31 876 326
e) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		0	319 686 309	243 063
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			2 814 375	0
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			9 369 061	3 132 714
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 606 005 350			- 665 785 157
bb) Anteil der Rückversicherer	17 601 270	- 588 404 080		20 351 277
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 858 980			- 1 783 040
bb) Anteil der Rückversicherer	- 685 107	- 1 544 087	- 589 948 167	- 259 801
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	- 201 846 985			- 40 620 005
bb) Anteil der Rückversicherer	6 224 010	- 195 622 975		4 675 183
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 279 556	- 195 902 531	- 101 779
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung feR			- 131 218 963	- 79 006 575
Übertrag:			128 797 245	191 174 852

	2009			2008
	€	€	€	€
Übertrag:			128 797 245	191 174 852
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen	- 49 081 069			- 40 603 102
b) Verwaltungsaufwendungen	- 12 041 042	- 61 122 111		- 11 903 149
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		3 805 217	- 57 316 894	5 062 651
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		- 14 135 331		- 10 895 324
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		- 26 821 586		- 72 782 134
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		- 6 753 404	- 47 710 321	- 34 565 095
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			0	- 4 720 101
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			- 8 097 768	- 7 685 452
13. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			15 672 262	13 083 146
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		4 274 704		3 747 303
2. Sonstige Aufwendungen		- 13 731 193	- 9 456 489	- 12 322 226
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			6 215 773	4 508 223
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 2 165 773		- 3 427 619
5. Sonstige Steuern		0	- 2 165 773	- 30 604
6. Jahresüberschuss			4 050 000	1 050 000
7. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			- 3 000 000	0
8. Bilanzgewinn			1 050 000	1 050 000

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

B. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

C. Kapitalanlagen

Grundstücke werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse. Das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden zum Nennwert bilanziert.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, soweit dem Umlaufvermögen zugeordnet, mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteilen erfolgt die Bewertung grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Abschreibungen werden vorgenommen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung.

Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen und andere Kapitalanlagen sind zum Nennwert bzw. in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Erforderliche Abschreibungen werden vorgenommen. Agio- und Disagioträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt. Die enthaltenen Nullkuponanleihen sind zu Anschaffungskosten bewertet.

Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen nicht börsenfähigen Genussrechte sind grundsätzlich zum Nominalwert bilanziert.

Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sind in Höhe der Rückzahlungsbeträge angesetzt.

Die unter den übrigen Ausleihungen bilanzierten Wertpapiere sind zum Nennwert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen. Strukturierte Produkte werden gemäß IDW RS HFA 22 n. F. bilanziert und bewertet.

Einlagen bei Kreditinstituten werden mit dem Nominalbetrag ausgewiesen.

- D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice**
- Die Kapitalanlagen für die fondsgebundene Lebensversicherung werden mit dem Zeitwert angesetzt.
- E. Forderungen**
- Forderungen werden grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.
- Die noch nicht fälligen Forderungen an Versicherungsnehmer sind für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.
- F. Sonstige Vermögensgegenstände**
- Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung.
- Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks, des Kassenbestands sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit dem Nennbetrag.
- B. Versicherungstechnische Rückstellungen**
- Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag einzeln ermittelt. Sie sind um die steuerlich zulässigen verausgabten anteiligen Kosten gekürzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Der koordinierte Ländererlass vom 9. 3. 1973 wird berücksichtigt.
- Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft einschließlich der darin enthaltenen Überschussbeteiligung ist für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.
- Die Berechnungen für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG und die Berechnungen der Auffüllungsbeträge für Renten- und BU-Versicherungen sind nach den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplänen erfolgt.
- Für die wesentlichen Teilbestände des Altbestands werden
- bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1926/42 und 1967 mit einem Rechnungszins von 3 Prozent und einem Zillmersatz von 35 Promille der Versicherungssumme bzw. die Sterbetafel 1986 mit einem Rechnungszins von 3,5 Prozent und einem Zillmersatz von 35 Promille der Versicherungssumme,

- bei Rentenversicherungen die Sterbetafel 1949/51 mit einem Rechnungszins von 3 Prozent und einem Zillmersatz von 35 Prozent der Jahresrente bzw. die Sterbetafeln 1987 R mit einem Rechnungszins von 3,5 Prozent und einem Zillmersatz von 5 Prozent der Jahresrente sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge auf Basis des von der DAV empfohlenen Interpolationsverfahrens die Sterbetafeln DAV 2004 R Bestand und DAV 2004 R-B20, bzw. DAV 94 R, mit einem Rechnungszins von 4 Prozent als Rechnungsgrundlage verwendet.

Den Berechnungen für die wesentlichen Teilbestände des Neubestands liegen bei Kapitalversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 T bzw. bei Rentenversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 R und DAV 2004 R sowie ein Rechnungszins von 4 Prozent, 3,25 Prozent, 2,75 Prozent bzw. 2,25 Prozent und ein Zillmersatz von 40 Promille der Beitragssumme zugrunde.

Die Ermittlung der Auffüllungsbeträge für Rentenversicherungen erfolgt auf Basis des von der DAV empfohlenen Interpolationsverfahrens mit den Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20 und dem jeweiligen Rechnungszins. Zusätzlich werden bei der Berechnung Kapitalabfindungs- und Stornowahrscheinlichkeiten sowie Verwaltungskosten gemäß den Ermittlungsgrundsätzen der DAV berücksichtigt.

Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des AGG Rechnung.

Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e. V. (DGVM), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin/Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern des DGVM veröffentlichte Hinweise finden sich unter www.aktuar.de (Veröffentlichungen/Sonstige).

Bei der Berechnung der Bonus- und Verwaltungskostenrückstellungen im Altbestand sowie im Neubestand liegen die gleichen Rechnungsgrundlagen vor wie bei der zugehörigen Hauptversicherung.

Die Berechnungen für den Schlussüberschussanteilfonds sind prospektiv und einzelvertraglich durchgeführt.

Für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wird der Schlussüberschussanteilfonds und der Fonds für die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven als Barwert der künftigen Leistungen unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung und einem Gesamtdiskontsatz von 5,5 Prozent berechnet.

Der Schlussüberschussanteilfonds und der Fonds für die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven des Neubestands wird nach dem in § 28 Abs. 7 RechVersV beschriebenen Verfahren mit einem Gesamtdiskontsatz von 5,5 Prozent berechnet.

Der Anspruch auf Schlusszahlung für BU-Versicherungen wird in voller Höhe innerhalb des Schlussüberschussanteilfonds reserviert.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird individuell je Schadenfall ermittelt. Für Spätschäden wird die fällige Versicherungsleistung unter Abzug der Deckungsrückstellung passiviert.

Zu den noch nicht abgewickelten Versicherungsfällen werden die steuerlich rückstellungsfähigen Regulierungsaufwendungen hinzugesetzt. Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen die Rückstellungen den Rückversicherungsverträgen.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherungen sowie die übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen der fondsgebundenen Überschussanteile der AVmG-Verträge werden nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert ermittelt.

D. Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem in § 6a EStG festgelegten Teilwert der Verpflichtungen bewertet. Der Berechnung der Rückstellung liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 6 Prozent zugrunde.

Pensionsrückstellungen für Zusagen aus Gehaltsverzicht werden in Höhe der Aktivwerte der abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen bilanziert.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 Prozent berechnet. Die Rückstellung umfasst den Aufstockungsbetrag, den Erfüllungsrückstand und die Kapitalzahlungen zum Ausgleich von Abschlägen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Verbindlich feststehende Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert passiviert. Der Berechnung der Rückstellung sind die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 Prozent berechnet. Der Bewertung sind die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessenen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.

E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

F. Andere Verbindlichkeiten Der Ansatz erfolgt grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag. In einem Fall erfolgt eine Abzinsung unter Anwendung eines Diskontsatzes in Höhe von 3 Prozent.

Sonstige Angaben Alle Positionen in Fremdwährung werden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtags bewertet.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken Der Grundbesitz umfasst zum Bilanzstichtag zwei Grundstücke mit Erbbaurecht. Im Geschäftsjahr wurden keine Bauten selbst genutzt.

C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. §266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
	%	Tsd. €	Tsd. €
C II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen			
VGH Projekt GmbH & Co. 1. Immobilien Verwaltungs KG, Hannover	100,00	94	- 1
C II 2. Beteiligungen			
VV Immobilien GmbH & Co. US City KG, München	22,22	108 932	- 29 370

In diesem Posten sind sechs Beteiligungen enthalten, die mit einem Buchwert von insgesamt 60,3 Millionen Euro stille Lasten in Höhe von 7,9 Millionen Euro aufweisen. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven in Höhe von 15,3 Millionen Euro gegenüber. Die stille Last ist voraussichtlich nicht von Dauer.

**C III 1. Aktien, Investment-
anteile und andere
nicht festverzinsliche
Wertpapiere**

In diesem Posten ist ein Spezialsondervermögen enthalten, das mit einem Bilanzwert von 338,9 Millionen Euro und einem Zeitwert in Höhe von 320,6 Millionen Euro im Anlagevermögen ausgewiesen wird. Es wird von einer nur vorübergehenden Wertminderung ausgegangen; eine Abschreibung erfolgte nicht. Die Differenz zwischen Buchwert und Zeitwert ist durch die allgemeine Spreadausweitung bei Unternehmensanleihen und die Entwicklung der Aktienmärkte bedingt.

Zur Absicherung von Marktrisiken wurde eine Futureabsicherung auf den EuroStoxx50 abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag weist dieses Geschäft eine stille Last in Höhe von 77 Tausend Euro aus, die durch eine Drohverlustrückstellung berücksichtigt ist.

**C III 3. Hypotheken-, Grund-
schuld- und Renten-
schuldforderungen**

Bei 8 Hypothekendarlehen übersteigen die Ausleihungen die vorgeschriebene Beleihungsgrenze um insgesamt 406 Tausend Euro. Diese Darlehen sind durch Bürgschaften gem. § 1 Absatz 1 Nr. 3e der Anlageverordnung zusätzlich gesichert. Wir betreiben 16 Zwangsversteigerungsverfahren.

**C III 4. Sonstige
Ausleihungen**

In den Namensschuldverschreibungen sind strukturierte Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 408 291 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Der Zeitwert beträgt 375 239 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind strukturierte Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 149 698 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven ergibt einen Zeitwert von 118 653 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

Die übrigen Ausleihungen beinhalten Genussrechte. In den übrigen Ausleihungen sind strukturierte Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 13 800 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Der Zeitwert beträgt 11 214 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen. Aus der getrennten Bilanzierung eines Multitranchengenusssscheins besteht eine passivierte Optionsprämie in Höhe von 50 Tausend Euro, die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen ist.

**C III 6. Andere
Kapitalanlagen**

In diesem Posten ist eine Option auf den US Dollar mit einem Buchwert von 693 Tausend Euro enthalten. Der Zeitwert entspricht dem Buchwert.

Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen
	2008		
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	2 483	112	0
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	9 342	0	0
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	611	0	0
2. Beteiligungen	127 634	7 614	0
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4 967	1 924	0
Summe C II.	133 212	9 538	0
C III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	986 751	21 708	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25 694	133 738	0
3. Hypotheken, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	332 342	6 591	0
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	2 811 528	704 301	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1 723 320	337 560	0
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	80 026	36 004	0
d) Übrige Ausleihungen	222 679	21 225	0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	94 000	1 360 700	0
6. Andere Kapitalanlagen	85 000	948	0
Summe C III.	6 361 340	2 622 775	0
Summe C	6 503 894	2 632 313	0
Insgesamt	6 506 377	2 632 425	0

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Als Zeitwert für Grundstücke und Bauten wird grundsätzlich der Ertragswert angesetzt. Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte 2009.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt nach dem Net Asset Value, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteilsverkauf/-veräußerung hergeleitet.

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, übrigen Ausleihungen und Hypothekendarlehen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte*)	stille Reserven*)
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
0	0	734	1 861			
0	0	0	9 342	9 342	15 655	6 313
0	0	0	611	611	611	0
3 874	0	7 679	123 695	123 695	131 052	7 357
250	0	0	6 641	6 641	6 641	0
4 124	0	7 679	130 947	130 947	138 304	7 357
130 629	2 669	14 940	865 559	865 559	853 358	- 12 201
46 464	3 600	730	115 838	115 838	114 819	- 1 019
33 452	30	253	305 258	305 171	320 808	15 637
292 455	0	0	3 223 374	3 235 127	3 238 694	3 567
175 577	0	0	1 885 303	1 885 198	1 886 639	1 441
35 437	0	0	80 593	80 593	80 593	0
55 282	33	2 915	185 740	189 492	174 945	- 14 547
1 388 200	0	0	66 500	66 500	66 500	0
85 000	0	255	693	693	693	0
2 242 496	6 332	19 093	6 728 858	6 744 171	6 737 049	- 7 122
2 246 620	6 332	26 772	6 869 147	6 884 460	6 891 008	6 548
2 246 620	6 332	27 506	6 871 008	6 884 460	6 891 008	6 548

*) ohne B.; einschließlich Agien und Disagien

und Schuldscheindarlehen mit derivativen Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch bzw. mit externen Dienstleistern. Hier erfolgte unterjährig ein Wechsel.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

Für in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen:

	Tsd. €
Gesamtsumme der Anschaffungskosten	6 884 460
Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwerts	6 891 008
Saldo	<u>6 548</u>

**D. Kapitalanlagen für
Rechnung und Risiko von
Inhabern von Lebens-
versicherungspolicen**

	Fondsanteile 2009	Bilanzwert 2009
Der Anlagestock setzt sich zusammen aus:	Anzahl	€
DekaStruktur: 2 Ertrag Plus	14 027,4	639 928
Wachstum	51 472,8	2 104 723
Chance	115 710,6	3 772 164
Chance Plus	94 025,7	2 533 053
DekaStruktur: 3 Ertrag Plus	14 162,0	671 705
Wachstum	39 033,3	1 790 071
Chance	17 518,5	721 937
Chance Plus	9 680,9	368 358
DekaStruktur: 4 Chance	30 818,8	1 696 268
Chance Plus	32 590,0	1 897 388
Ertrag	2 209,1	105 551
Ertrag Plus	6 709,3	328 217
Wachstum	25 699,6	1 337 408
Deka-Zielfonds 2020–2024	0,1	4
2025–2029	1,0	40
2030–2034	1,3	52
2035–2039	4,7	142
2045–2049	2,0	60
2050–2054	7,0	207
Deka-ZielGarant 2010–2013	70,7	7 202
2018–2021	34,8	3 111
2026–2029	0,3	21
2030–2033	657,5	48 780
2034–2037	0,5	35
2038–2041	0,5	37
2042–2045	1,0	72
2046–2049	1,0	65
2050–2053	4,6	307
AriDeka	107,0	5 066
Deka-ConvergenceAktien CF	21,5	3 216
Deka-ConvergenceRenten CF	2,1	101
DekaFonds	190,4	11 439
Deka-GlobalChampions CF	24,0	2 055
DekaLux-GlobalRessources CF	77,5	5 873
DekaLux-MidCap TF A	484,2	18 203
DekaLux-Pazifik CF	2,7	1 082
Deka-MegaTrends CF	0,1	2
Deka-Rent-International	1,8	29
Franklin Mutual European Fund Class A (acc)	12,6	191
IFM AktienfondsSelect	0,1	7
JPM Europe Strategic Value A (dist) – EUR	3,7	40
Swisscanto (LU) Portfolio Fund Green Invest Equity A	217,5	19 245
Templeton Global Bond (Euro) Fund A (acc)	2,4	30
Templeton Growth (Euro) Fund A Acc	58,7	501
Threadneedle Global Select Fund (USD)	6,3	6
WestLB Mellon Compass Fund Global Emerging Markets Fund D Dis EUR	5,4	52
Insgesamt	455 663,0	18 094 044

E I 1. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Die ausgewiesenen Forderungen enthalten 7 170 (6 417) Tausend Euro fällige Ansprüche sowie noch nicht fällige Ansprüche von 26 650 (18 154) Tausend Euro.

F III. Andere Vermögensgegenstände

Dieser Posten beinhaltet einen Steuererstattungsanspruch aufgrund aktueller Rechtsprechung in Höhe von 2 000 Tausend Euro.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen mit 15 365 (18 947) Tausend Euro, Schuldscheinforderungen in Höhe von 5 569 (8 786) Tausend Euro sowie übrige Ausleihungen 3 802 (6 005) Tausend Euro.

Des Weiteren beinhaltet der Posten abgegrenzte Zinsen für Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von 117 150 (105 915) Tausend Euro und für Wertpapiere von 2 904 (571) Tausend Euro, die erst in 2010 fällig werden.

B IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	524 459	574 134
Entnahmen im Geschäftsjahr	- 127 384	- 128 681
Zuführung aus dem Bruttoüberschuss des Geschäftsjahres	131 219	79 006
Stand am Ende des Geschäftsjahres	528 294	524 459

Die in der Rückstellung enthaltenen Verpflichtungen betreffen ausschließlich die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung. Die Entnahmen enthalten auch die den Rechnungszinsfuß übersteigenden Zinsen auf angesammelte Überschussanteile.

	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Von der Rückstellung Ende 2009 entfallen auf		
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	96 285	96 455
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	24 716	24 691
c) bereits festgelegt, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven	9 539	8 975
d) bereits festgelegt, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an den Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach c)	28	0
e) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach a)	332	372
f) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach b) und e)	176 250	182 068
g) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung der Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach c)	80 752	78 938
h) den ungebundenen Teil	140 393	132 960

Unsere Dividendensätze für das Jahr 2010 sind auf den Seiten 123 bis 141 dieses Geschäftsberichtes dargestellt.

D III. Sonstige Rückstellungen

	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Provisionen	3 758	3 544
Verpflichtungen aus Vorruhestand und Altersteilzeit	3 560	3 590
Urlaubs-, Gleitzeit- und sonstige Personalaufwendungen	1 122	1 470
Mitarbeiterjubiläen	568	554
Archivierung	560	430
Jahresabschlusskosten und Geschäftsbericht	536	516
Risiken aus Termingeschäften	78	382
IHK- und Berufsgenossenschaftsbeiträge	62	64
übrige Rückstellungen	42	118
Insgesamt	10 286	10 668

FI 1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten beinhalten 24 185 (19 454) Tausend Euro gutgeschriebene Überschussanteile sowie 2 512 (1 951) Tausend Euro noch nicht abgehobene Gewinnanteile.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 655 (728) Tausend Euro sowie Disagio aus Kapitalanlagen in Höhe von 9 373 (8 373) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**I 1 a) Gebuchte Bruttobeiträge**

	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Einzelversicherungen		
laufende Beiträge	517 417	535 061
Einmalbeiträge	137 757	30 852
Kollektivversicherungen		
laufende Beiträge	9 480	9 575
Einmalbeiträge	6 760	7 053
Selbst abgeschlossenes Geschäft	671 414	582 541
Die gebuchten Bruttobeiträge verteilen sich wie folgt:		
mit Gewinnbeteiligung	666 134	578 022
Verträge, bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	5 280	4 519

I 3. Erträge aus Kapitalanlagen /	Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen aus fondsgebundenen Lebensversicherungen sind nicht enthalten.
I 10. Aufwendungen für Kapitalanlagen	
I 10 b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	In diesem Posten sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Kapitalanlagen in Höhe von 10 879 Tausend Euro enthalten. Diese Abschreibungen berücksichtigen die Marktentwicklung bei Beteiligungen in Höhe von 7 679 Tausend Euro und bei Genussrechten in Höhe von 2 915 Tausend Euro.
I 4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	Der Ausweis betrifft nicht realisierte Gewinne in Höhe von 2 814 Tausend Euro als Differenz der Anschaffungskosten zum Buchwert am Bilanzstichtag. Nicht realisierte Verluste ergaben sich nicht.
Rückversicherungssaldo	Der Rückversicherungssaldo beträgt 5 683 (6 834) Tausend Euro zu Lasten des Rückversicherers.

Sonstige Angaben

Weitere Angaben	<p>Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen in Höhe von 130 Tausend Euro.</p> <p>Gegenüber einer Versorgungsausgleichskasse besteht die Verpflichtung, weitere Organisationszuschüsse zu leisten. Derzeit wird mit einer Einforderung nicht gerechnet.</p> <p>Als Mitglied des Verbands öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 87 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbands übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.</p> <p>Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen bei zwei verbundenen Unternehmen, acht Beteiligungen sowie zwei Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von insgesamt 56 048 Tausend Euro.</p> <p>Darüber hinaus besteht eine latente Verpflichtung zur Einzahlung zusätzlicher Eigenmittel gegenüber dem Sicherungsfonds für die Lebensversicherer bzw. der Beteiligung PROTEKTOR Lebensversicherung-AG in Höhe von 60 417 Tausend Euro.</p>
------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Offene Vorkäufe auf Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe bestehen zum Bilanzstichtag mit einem Nominalwertvolumen in Höhe von 205 000 Tausend Euro.

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 290. Hiervon entfallen im Innendienst 219 auf die Hauptverwaltung und 20 auf unsere Regionaldirektionen. Im Außendienst sind 51 Mitarbeiter angestellt. Mitarbeiter, die auch mit der Landschaftlichen Brandkasse Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihres Arbeitseinsatzes anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 854 Tausend Euro. An den Vorstand gegebene dinglich gesicherte Darlehen sind am Bilanzstichtag in Höhe von 237 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 5 und 34 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,6 Prozent. Rückzahlungen erfolgten im Geschäftsjahr in Höhe von 69 Tausend Euro. An ehemalige Mitglieder des Vorstands sind insgesamt 677 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 6 061 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 242 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppe sind am Bilanzstichtag dinglich gesicherte Kredite in Höhe von 102 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 5 und 27 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,2 Prozent.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer beträgt für die Abschlussprüfung 215 Tausend Euro. Davon entfallen auf das Vorjahr 15 Tausend Euro. Für Steuerberatungsleistungen beträgt der Aufwand 60 Tausend Euro und für sonstige Leistungen 2 Tausend Euro.

Die Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover, wird als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 36 und 37 angegeben.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des §92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	30 262	24 401
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des §92 HGB	1 776	989
3. Löhne und Gehälter	18 811	18 486
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3 048	2 954
5. Aufwendungen für Altersversorgung	3 091	400
6. Aufwendungen insgesamt	56 988	47 230

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Bei Abschluss eines Lebensversicherungsvertrags wird ein langfristiges Vertragsverhältnis eingegangen. Um die vereinbarten Versicherungsleistungen während der gesamten Versicherungsdauer zu gewährleisten, sind die in die Tarifikalkulation einfließenden Rechnungsgrundlagen besonders vorsichtig gewählt. An den erwirtschafteten Überschüssen und vorhandenen Bewertungsreserven werden die Versicherungsnehmer im Jahr 2010 gemäß der folgenden Deklaration beteiligt.

Die für die nachfolgende Deklaration benötigten Mittel werden vollständig der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen. Eine Ausschüttung in Form der Direktgutschrift erfolgt nur für den Teil der Beteiligung an den Bewertungsreserven, der die Leistung aus der Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven übersteigt.

Für das Jahr 2010 werden im Einzelnen folgende Überschussanteile festgesetzt:

A. Einzelkapitalversicherungen und Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen

I. Tarifgruppen 42, 68, 87, 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008

1. Beitragspflichtige und beitragsfreie Kapitalversicherungen (außer Risikoversicherungen)

a) laufende Überschussanteile

Am Schluss des in 2010 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppen 42 und 68	1,25 %
Tarifgruppe 87	0,75 %
Tarifgruppe 94	
mit 3,5 % Rechnungszins	0,75 %
mit 4,0 % Rechnungszins	0,25 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

Risikogewinn

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt.

Tarifgruppe 87 (Tarifgruppen 42 und 68):

Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2010 bis zu einem erreichten Alter von 44 Jahren 60 (70) %, fällt dann jährlich um 5 % bis auf 20 (25) %. Der Risikogewinn ist auf 4 (5) ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 (10) ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008:

Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2010 unabhängig vom erreichten Alter für

Männertarife	30 %
Frauentarife	15 %
Tarife auf verbundene Leben	30 %

Der Risikogewinn ist auf 4 ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Kosten- und sonstiger Gewinn

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppe 42	
Normaltarif	2,00 ‰
Tarifgruppe 68	
Normaltarif	0,85 ‰
Tarifgruppe 87	
Normaltarif	0,75 ‰
Verbundtarif	0,50 ‰
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Normaltarif	
Männertarife	0,70 ‰
Frauentarife	0,60 ‰
Tarife auf verbundene Leben	0,70 ‰
Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen und Verbundtarif:	
Männertarife	0,60 ‰
Frauentarife	0,50 ‰
Tarife auf verbundene Leben	0,60 ‰

Bei Versicherungen nach dem VermBG und nach Verbundtarif der Tarifgruppe 68 entfallen Kosten- und sonstige Gewinne.

Die Überschussverwendung und die Überschussanteilsätze für Versicherungen nach Tarif AHV, Tarifgruppe 42, entsprechen denen der Tarifgruppe 68. Die Überschussanteilsätze für Tarif AHV, Tarifgruppe 94, entsprechen denen der Tarifgruppe 87, Verbundtarif.

Überschussverwendung

Entsprechend der vereinbarten Überschussverwendung wird dieser jährliche Überschussanteil entweder in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet, verzinslich angesammelt, zur Erhöhung der Versicherungsleistung im Todes- und Erlebensfall (Summenzuwachs) oder zur Erhöhung der Versicherungsleistung im Erlebensfall (Erlebensfallbonus, nicht für die Tarifgruppen 42, 68 und 87 möglich) verwendet. Summenzuwachs und Erlebensfallbonus sind ebenfalls gewinnberechtigt. Für Barbezug beträgt die Mindestversicherungssumme 5 000 EUR.

b) Schlussüberschussanteile und Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Für beitragspflichtige Versicherungen werden am Schluss des in 2010 endenden Versicherungsjahres nicht garantierte Anwartschaften auf Schlussüberschussanteile und auf eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gebildet bzw. bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaften erhöht.

Tarifgruppen 42, 68 und 87:

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden fällig bei Tod, Heirat (sofern mitversichert) oder Ablauf der Versicherungsdauer. Bei Kündigung des Vertrags werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gezahlt, wenn

- die Deckungsrückstellung für die Hauptversicherung und für den Summenzuwachs zusammen mit den Schlussüberschussanteilen und der Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven die Erlebensfallsumme erreicht oder
- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren, in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008:

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden fällig bei Ablauf der Versicherungsdauer. Bei Tod (sofern für die laufenden Überschussanteile nicht der Erlebensfallbonus vereinbart wurde) oder Heirat (sofern mitversichert) werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven in anteiliger Höhe fällig. Bei Kündigung oder Tod werden die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr (bei Tarifen auf verbundene Leben ist das Alter der jüngeren Person maßgebend) vollendet hat und die Restlaufzeit des Vertrags 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Promille der vereinbarten Erlebensfallsumme gewährt. Er beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppe 42	4,00 ‰
Tarifgruppen 68 und 87	1,50 ‰
Tarifgruppe 94	1,25 ‰
Tarifgruppen 2000 und 2002	2,00 ‰
Tarifgruppe 2004	2,50 ‰
Tarifgruppen 2007 und 2008	
(außer Sterbegeldversicherungen)	5,00 ‰
Sterbegeldversicherungen	2,00 ‰

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 68, 87 und 94	120 ‰
Tarifgruppen 2000, 2002 und 2004	140 ‰
Tarifgruppen 2007 und 2008	200 ‰

der vereinbarten Erlebensfallsumme erreicht sind.

Die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven wird außer bei Tarifgruppe 2008 in Promille der vereinbarten Erlebensfallsumme gewährt. Für Tarifgruppe 2008 wird die Sockelbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals der Hauptversicherung ermittelt. Der jeweilige Promille-/Prozentsatz beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppe 42	2,00 ‰
Tarifgruppen 68 und 87	1,00 ‰
Tarifgruppe 94	0,75 ‰
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 ‰
Tarifgruppe 2004	1,50 ‰
Tarifgruppe 2007	2,00 ‰
Tarifgruppe 2008	0,50 ‰

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 68, 87 und 94	70 ‰
Tarifgruppen 2000 und 2002	70 ‰
Tarifgruppen 2004 und 2007	80 ‰

der vereinbarten Erlebensfallsumme erreicht sind.

Für Versicherungen nach dem VermBG entfallen Schlussüberschusszuteilung und Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven.

**c) Sonderleistung im
Todesfall**
(Mindestgewinnbeteiligung)

Im Jahr 2010 wird für beitragspflichtige Versicherungen der Tarifgruppen 68 und 87 im Todesfall unter Einbeziehung der erreichten Todesfallleistung aus der Überschussbeteiligung ein Gewinnanteil von 10 % der vereinbarten Todesfallsumme gezahlt.

Die Sonderleistung im Todesfall entfällt bei Vereinbarung von Barbezug oder Verrechnung der Überschussanteile mit den Beiträgen.

III. Risikoversicherungen

1. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Beitrags gewährt und beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppe 68	70 %
Tarifgruppe 87	
Normaltarif	60 %
Bausparrisiko	60 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Männertarif	45 %
Frauentarif	35 %
Tarif auf verbundene Leben	40 %
Bausparrisiko	60 %

Alternativ kann bei Versicherungsbeginn anstelle der Beitragsreduzierung ein sofortiger Todesfallbonus gewählt werden. Der Überschussanteil wird bei Tod im Jahr 2010 in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt und beträgt für

Tarifgruppe 68	240 %
Tarifgruppe 87	180 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Männertarif	120 %
Frauentarif	100 %
Tarif auf verbundene Leben	110 %

Für Versicherungen nach Tarifgruppe 2008 mit einer während der Vertragslaufzeit konstanten Versicherungssumme, die mindestens 38 000 EUR beträgt, erhöht sich der Überschussanteil für

Männertarife auf	160 %
Frauentarife auf	120 %
Tarife auf verbundene Leben auf	140 %

2. Beitragsfreie Versicherungen

Bei Tod im Jahr 2010 wird ein Überschussanteil in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt. Er beträgt für

Tarifgruppe 68	
Normaltarif	240 %
Tarifgruppe 87	
Normaltarif	180 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008, Normaltarif	
Männertarife	120 %
Frauentarife	100 %
Tarife auf verbundene Leben	110 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2008, Restkreditversicherungen	
Männertarife	70 %
Frauentarife	60 %

B. Gruppenkapitalversicherungen nach Sondertarifen

Zu dieser Gruppe zählen die Firmen-, Verbands- und Vereinsgruppen-(Sterbegeld-)versicherungen. Es gelten die gleichen Regelungen wie für Einzelkapitalversicherungen (siehe A.), allerdings gilt für

Kosten- und sonstiger Gewinn

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppe 68	0,75 ‰
Tarifgruppe 87	0,50 ‰
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Männertarife	0,50 ‰
Frauentarife	0,40 ‰
Tarife auf verbundene Leben	0,50 ‰

C. Renten- und Pensionsversicherungen

I. Tarifgruppe 42

1. Aufgeschobene Renten

a) Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

Am Schluss des in 2010 endenden Versicherungsjahres wird eine Grund- und Zusatzdividende in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags ausgeschüttet. Sie beträgt in Abhängigkeit vom Versicherungsjahr

Versicherungsjahr	Grund- und Zusatzdividende
2.– 4.	5 %
5.– 9.	20 %
10.–14.	25 %
15.–19.	35 %
20.–24.	50 %
25.–29.	55 %
ab 30.	65 %

Die Überschussanteile werden verzinslich angesammelt und dienen am Ende der Aufschubzeit der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden die bis dahin verzinslich angesammelten Überschussanteile ausgezahlt.

b) Versicherungen gegen Einmalbeitrag und beitragsfreie Versicherungen

Am Schluss des in 2010 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil in Höhe von 1,25 % des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, verzinslich angesammelt und bei Beendigung der Aufschubzeit fällig. Die angesammelten Überschussanteile dienen der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden sie ausgezahlt.

2. Laufende Renten

An die Bezieher von Renten werden Überschüsse in Form einer Zinsrente ausgeschüttet. Diese errechnet sich als Differenz zwischen der mit Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung gerechneten Rente aus dem bei Rentenbeginn vorhandenen Deckungskapital und der versicherten Rente. Für die Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung wird im Jahr 2010 ein Zinsfuß in Höhe des Rechnungszinses zuzüglich 1,0 % zugrunde gelegt.

II. Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000, 2002, 2004, 2005, 2007 und 2008

(ohne Versicherungen
nach dem AVmG)

1. Laufende Überschuss- beteiligung

Am Schluss des in 2010 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2010

in der Aufschub- und Rentenbezugszeit für

Tarifgruppen 87 und 94	0,75 %
Tarifgruppe 95	0,25 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %

in der Aufschubzeit für

Tarifgruppe 2005	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

in der Rentenbezugszeit für

Tarifgruppe 2005	1,75 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,25 %

Darüber hinaus erhalten Rentenversicherungen mit Todesfallleistung Risiko- und Kostengewinne.

Risikogewinn

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt und beträgt für Rentenversicherungen mit Todesfallleistung nach den Tarifgruppen 2005, 2007 und 2008 im Jahr 2010 für

Männertarife	30 %
Frauentarife	15 %

Der Risikogewinn ist auf 4 ‰ der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Kostengewinn

Er wird in Promille der vereinbarten Todesfallleistung für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt für Rentenversicherungen mit Todesfallleistung nach den Tarifgruppen 2005, 2007 und 2008 im Jahr 2010 für

Normaltarif	
Männer	0,70 ‰
Frauen	0,60 ‰

Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen und Verbundtarif

Männertarife	0,60 ‰
Frauentarife	0,50 ‰

Die laufenden Überschussanteile werden während der Aufschubzeit entsprechend der gewählten Überschussverwendung entweder zur Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente, Erlebensfallbonus) verwendet, in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet oder verzinslich angesammelt. Für die Barauszahlung bzw. Beitragsverrechnung muss die versicherte Jahresrente mindestens 1 500 EUR betragen. Während der Rentenbezugszeit werden die laufenden Überschussanteile entsprechend der gewählten Überschussverwendung entweder zur Finanzierung einer ab Rentenbeginn fälligen Gewinnrente bzw. zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet oder in bar ausgezahlt.

2. Schlussüberschussanteile und Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Für beitragspflichtige Versicherungen aller Tarifgruppen und für tariflich beitragsfreie Versicherungen der Tarifgruppen 2007 und 2008 werden am Schluss des in 2010 endenden Versicherungsjahres nicht garantierte Anwartschaften auf Schlussüberschussanteile und auf eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gebildet bzw. bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaften erhöht.

Tarifgruppe 87:

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden bei Ablauf der Aufschubzeit und bei Tod fällig. Bei Kündigung des Vertrags werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gezahlt, wenn

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 95, 2000, 2002, 2004, 2005, 2007 und 2008:

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden bei Ablauf der Aufschubzeit fällig. Bei Kündigung werden die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr vollendet hat und die verbleibende Aufschubzeit des Vertrags 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Prozent der vereinbarten Jahresrente bzw. ab Tarifgruppe 2004 in Promille der garantierten Kapitalabfindung gewährt. Er beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000, 2002	0,0 %
Tarifgruppe 2004	0,0 ‰
Tarifgruppe 2005	4,0 ‰
Tarifgruppen 2007 und 2008	
beitragspflichtige Versicherungen	7,0 ‰
beitragsfreie Versicherungen	3,0 ‰

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 87, 94 und 95	150 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	150 %
Tarifgruppen 2004 und 2005	160 ‰
Tarifgruppen 2007 und 2008	280 ‰

der vereinbarten Jahresrente bzw. der garantierten Kapitalabfindung (ab Tarifgruppe 2004) erreicht sind.

Die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven wird außer für Tarifgruppe 2008 in Promille der garantierten Kapitalabfindung gewährt.

Für Tarifgruppe 2008 wird die Sockelbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals der Hauptversicherung ermittelt. Der jeweilige Promille-/Prozentsatz beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000, 2002	0,0 ‰
Tarifgruppe 2004	0,0 ‰
Tarifgruppe 2005	2,0 ‰
Tarifgruppe 2007	
beitragspflichtige Versicherungen	2,0 ‰
beitragsfreie Versicherungen	2,0 ‰
Tarifgruppe 2008	
beitragspflichtige Versicherungen	0,50 %
beitragsfreie Versicherungen	0,25 %

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 87, 94 und 95	80 ‰
Tarifgruppen 2000 und 2002	80 ‰
Tarifgruppen 2004, 2005 und 2007	80 ‰

der garantierten Kapitalabfindung erreicht sind.

III. Versicherungen nach dem AVmG und Flexible FirmenRenten

1. Laufende Überschussbeteiligung in der Aufschubzeit

Am Ende des Kalenderjahres 2010 wird für Versicherungen in der Aufschubzeit ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppe 2002	1,00 %
Tarifgruppen 2004, 2005 und 2006	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

Grundüberschuss

Er wird in Promille der gewinnberechtigten Summe der bisher gezahlten Beiträge gewährt und beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppen 2002, 2004, 2007 und 2008	0,0 ‰
Tarifgruppen 2005 und 2006: PrämienRente, Normaltarif	0,9 ‰
PrämienRente, Kollektivversicherungen nach Einzeltarif	0,7 ‰
PrämienRente, Kollektivversicherungen nach Sondertarif	0,6 ‰
PrämienRenteFonds	0,0 ‰
Flexible FirmenRente	0,0 ‰

Die laufenden Überschussanteile können während der Aufschubzeit entweder verzinslich angesammelt (nur PrämienRente) werden, in Fondsanteile umgewandelt und einem Sondervermögen zugeführt werden (nur PrämienRente), zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente, nur Flexible FirmenRente) verwendet werden oder bar ausgezahlt (nur Flexible FirmenRente) werden.

2. Laufende Überschussbeteiligung in der Rentenbezugszeit

Am Anfang des in 2010 beginnenden Versicherungsjahres (für Versicherungen nach dem AVmG) bzw. am Schluss des in 2010 endenden Versicherungsjahres (für Flexible FirmenRenten) wird für Versicherungen in der Rentenbezugszeit ein Überschussanteil ausgeschüttet. Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2010 für Versicherungen nach dem AVmG für

Tarifgruppe 2002	1,00 %
Tarifgruppen 2004, 2005 und 2006	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

und für Flexible FirmenRenten für	
Tarifgruppe 2006	1,75 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,25 %

Die laufenden Überschussanteile werden zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet.

3. Schlussüberschussanteile

Bei Ablauf der Aufschubzeit oder bei Rentenbeginn bzw. Vertragsbeendigung innerhalb der Abrufphase können Schlussüberschussanteile gewährt werden. Sie werden in Prozent des Ansammlungsguthabens bzw. (bei Umwandlung der laufenden Überschussanteile in Fondsanteile bzw. Bonusrente) in Prozent der Summe der ausgeschütteten Überschussanteile festgelegt. Der Prozentsatz beträgt im Jahr 2010 für

PrämienRente	
Tarifgruppen 2002, 2004, 2005, 2006, 2007 und 2008	16 %
PrämienRenteFonds	
Tarifgruppen 2007 und 2008	16 %
Flexible FirmenRente Normaltarif und Kollektivversicherungen nach Einzeltarif	
Tarifgruppe 2005	50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	60 %
Kollektivversicherungen nach Sondertarif	
Tarifgruppen 2005, 2007 und 2008	16 %

D. Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherungen und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

I. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

1. Tarifgruppe 68

Im Jahr 2010 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr (für SBV ab dem 3. Versicherungsjahr) ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags bzw. gewinnberechtigten Jahresbeitrags (SBV) gewährt, fällig als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf. Die Höhe des Überschussanteils ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2010 für

Eintrittsalter	Frauen	Männer
bis zu 39 Jahre	45 %	30 %
über 39 Jahre	30 %	15 %

Alternativ kann bei Tarif BRL mit einer Versicherungsdauer bis zu 20 Jahren eine Überschussbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewählt werden, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Die Höhe der Überschussbeteiligung ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2010 für

Eintrittsalter	Frauen	Männer
bis zu 39 Jahre	30 %	20 %
über 39 Jahre	20 %	10 %

Zusätzlich erhalten die Versicherungen bei Ablauf, Rückkauf oder Tod im Jahr 2010, sofern keine Leistung aus der Berufsunfähigkeitsversicherung fällig wurde, für jedes vom 3. Versicherungsjahr an zurückgelegte volle beitragspflichtige Jahr einen Überschussanteil in Höhe von 10 % des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags.

2. Tarifgruppen 87 und 94

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppen 87 und 94 20 %

Alternativ wird ein Überschussanteil gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf fällig wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppen 87 und 94 30 %

3. Tarifgruppen 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet oder am Ende eines Versicherungsjahres zugeteilt und verzinslich angesammelt wird.

a) Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2010 für

Berufsklasse	Männertarife	Frauentarife
A	55 %	45 %
B	45 %	35 %
C	20 %	10 %
D	15 %	5 %

b) Berufsunfähigkeitszusatzversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2010 für

Berufsklasse	Männertarife	Frauentarife
A	45 %	40 %
B	30 %	25 %
C	15 %	10 %
D	10 %	5 %

II. Versicherungen gegen Einmalbeitrag und durch Umwandlung beitragsfreie Versicherungen

Im Jahr 2010 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung oder Ablauf fällig wird. Die Höhe des Überschussanteils beträgt für

Tarifgruppe 68	1,25 %
Tarifgruppe 87	0,75 %
Tarifgruppe 94	0,25 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

III. Laufende Berufsunfähigkeitsbarrenten

Laufende Barrenten erhalten zum Jahrestag der Versicherung, erstmals am Ende des auf den Eintritt der Berufsunfähigkeit folgenden Versicherungsjahres eine beitragsfreie Zusatzrente in Prozent der jeweils gewährten Rente. Der Prozentsatz beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppe 68	1,25 %
Tarifgruppe 87	0,75 %
Tarifgruppe 94	0,25 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

IV. Laufende Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit

Verträge mit laufender Beitragsbefreiung erhalten einen Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals für die Beitragsbefreiung, fällig als Schlusszahlung bei Ablauf der Beitragsbefreiung. Die Höhe des Überschussanteils beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppe 68	1,25 %
Tarifgruppe 87	0,75 %
Tarifgruppe 94	0,25 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

E. Unfall-Zusatzversicherungen

Unfall-Zusatzversicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer, gegen Einmalbeitrag und Unfall-Zusatzversicherungen, die durch Umwandlung beitragsfrei wurden, erhalten am Ende des Versicherungsjahres einen Überschussanteil in Prozent des Deckungskapitals der Unfall-Zusatzversicherung. Der Überschussanteil wird verzinslich angesammelt. Er beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppe 68	1,25 %
Tarifgruppe 87	0,75 %
Tarifgruppe 94	0,25 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

F. Fondsgebundene Versicherungen

I. Fondsgebundene Lebensversicherungen und Fondsgebundene Rentenversicherungen in der Aufschubzeit

1. Laufende Überschussanteile

Fondsgebundene Versicherungen erhalten einen laufenden Überschussanteil, der monatlich dem Fondsguthaben zugeführt wird. Der laufende Überschussanteil setzt sich zusammen aus:

Risikogewinn

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen monatlichen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt und beträgt 2010 für

Männertarife	30 %
Frauentarife	20 %

Kostengewinn

Er wird in Prozent eines Zwölftel des Jahresbeitrags gewährt. Er beträgt 2010 für die

Tarifgruppen 2000, 2004, 2005	1,0 %
Tarifgruppen 2006, 2007, 2008 und 2009	0,0 %

Zinsgewinn

Fondsgebundene Rentenversicherungen mit Beitragserhaltungsgarantie erhalten zusätzlich einen Zinsgewinn in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals. Er beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppe 2006	1,50 %
Tarifgruppen 2007, 2008 und 2009	2,00 %

2. Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen mit Beitragserhaltungsgarantie der Tarifgruppe 2009 werden am Schluss des in 2010 endenden Versicherungsjahres nicht garantierte Anwartschaften auf Schlussüberschussanteile und auf eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gebildet bzw. bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaften erhöht.

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden bei Ablauf der Aufschubzeit fällig. Bei Kündigung werden die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr vollendet hat und die verbleibende Aufschubzeit des Vertrags 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung werden in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals der Hauptversicherung für beitragspflichtige Versicherungsjahre festgelegt. Der jeweilige Prozentsatz beträgt im Jahr 2010 für die

Schlussüberschussanteile	0,75 %
Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven	0,25 %

II. Fondsgebundene Rentenversicherungen in der Rentenbezugszeit

Am Schluss des in 2010 endenden Versicherungsjahres wird für Versicherungen in der Rentenbezugszeit ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet. Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2010 für

Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %
Tarifgruppen 2005 und 2006	1,75 %
Tarifgruppen 2007, 2008 und 2009	2,25 %

Der laufende Überschussanteil wird zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet.

G. Frauenbonus

Zu Kapitalbildenden und Risikoversicherungen der Tarifgruppen 42 und 68, bei denen mindestens eine versicherte Person eine Frau ist, wird bei Tod der Frau eine zusätzliche Todesfallleistung in Prozent der jeweiligen Todesfallsumme gewährt. Sie beträgt im Jahr 2010 für

Versicherungen nach „Frauentarif“	10 %
sonst	20 %

H. Verzinsung des Ansammlungsguthabens

Dividendenguthaben aufgrund der Dividendenbezugsform „Verzinsliche Ansammlung“ werden ab dem 1. 1. 2010 mit einem Rechnungszins und einem Ansammlungsüberschussanteil von zusammen 4,25 % verzinst.

I. Beteiligung an den Bewertungsreserven

Die Beteiligung an den Bewertungsreserven für kapitalbildende Versicherungen und Rentenversicherungen in der Aufschubzeit erfolgt für den einzelnen Vertrag mit Hilfe einer Maßzahl, die die Entwicklung des Deckungskapitals und eines eventuell vorhandenen Ansammlungsguthabens des jeweiligen Vertrags berücksichtigt. Der individuelle Anteil an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven ergibt sich aus dem Verhältnis der Maßzahl des einzelnen Vertrags zur Summe der Maßzahlen aller anspruchsberechtigten Verträge.

Die individuelle Maßzahl und die Summe aller Maßzahlen werden jeweils mit den Vertragswerten zum 31. 12. eines Geschäftsjahres fortgeschrieben und haben eine Gültigkeit von 12 Monaten.

Die verteilungsfähigen Bewertungsreserven werden monatlich mit den Werten des ersten Börsentags im Monat ermittelt. Dabei sind für die Zuteilung bei vorzeitiger Vertragsbeendigung und im Leistungsfall die verteilungsfähigen Bewertungsreserven des Vormonats maßgeblich. Bei planmäßiger Vertragsbeendigung (Ablauf der Versicherungsdauer bzw. Ablauf der Aufschubzeit) sind die verteilungsfähigen Bewertungsreserven maßgeblich, die zwei Monate vor dem Beendigungstermin festgestellt wurden.

Sofern für den jeweiligen Vertrag eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven festgelegt wurde, wird die Leistung aus der Sockelbeteiligung auf den individuellen Anteil an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven angerechnet.

Kapitalbildende Rentenversicherungen im Rentenbezug werden in Form einer widerruflichen, nicht garantierten Schlussüberschussrente an den Bewertungsreserven beteiligt. Die nicht garantierte Schlussüberschussrente kann am Ende eines Rentenbezugsjahres gebildet bzw. erhöht werden. Die Erhöhung wird mit Hilfe eines fiktiven Zinsüberschusses, der in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals festgelegt wird, und den für die Bilanzierung maßgeblichen Rechnungsgrundlagen ermittelt. Der fiktive Zinsüberschuss beträgt im Jahr 2010 für

alle Tarifgruppen	0,00 %
-------------------	--------

J. Weitere Erläuterungen

Die Grundlagen der Überschussbeteiligung für die Tarifgruppen 42, 68 und 87 – insbesondere die Ermittlung der Bemessungsgrundlagen – sind in dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Gesamtgeschäftsplan für die Überschussbeteiligung festgelegt.

zu A.

Zur Tarifgruppe 42 gehören der Tarif FV und alle mit römischen Ziffern bezeichneten Tarife der Kapitalversicherungen. Sie wurde 1968 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt bis auf wenige Ausnahmen 3,0 %.

Die Tarifgruppe 68 wurde zwischen 1968 und 1987 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1987 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war zwischen 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt mit wenigen Ausnahmen 4,0 % (Ausnahmen u. a. Tarif AHV, Bausparrisikoversicherungen: 3,5 %).

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 war zwischen Januar 2004 und Dezember 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2007 war im Jahr 2007 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

Die Tarifgruppe 2008 ist ab Januar 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

zu A. I.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 setzt sich zusammen aus dem positiven gezillmerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital des Summenzuwachses bzw. Erlebensfallbonus jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen (außer bei den Tarifgruppen 2004, 2007 und 2008) erhöht sich dieser Betrag um einen Nettojahresbeitrag.

zu A. III.

Der gewinnberechtigende Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von Zuschlägen für erhöhte Risiken.

zu C.

Die Tarifgruppe 42 wurde 1992 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1992 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war in den ersten acht Monaten des Jahres 1995 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 95 war zwischen September 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %.

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 war zwischen Januar und November 2004 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2005 war zwischen November 2004 und Dezember 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2006 für Verträge nach dem AVmG war im Jahr 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2007 war im Jahr 2007 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

Die Tarifgruppe 2008 ist ab Januar 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

zu C. II.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 95, 2000, 2002, 2004, 2005, 2007 und 2008 für Rentenversicherungen in der Aufschubzeit (während der Rentenbezugszeit) setzt sich zusammen aus dem positiven geillmerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn (am Ende) des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen (außer bei den Tarifgruppen 2004, 2005, 2007 und 2008) erhöht sich dieser Betrag um einen Nettojahresbeitrag.

zu C. III.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den anteiligen Deckungskapitalen zum Monatsende abgeleitet.

Die gewinnberechtigende Summe der bisher gezahlten Beiträge für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den jeweils zum Monatsende erreichten Summen anteilig abgeleitet. Das gewinnberechtigende Deckungskapital für Versicherungen während der Rentenbezugszeit setzt sich zusammen aus dem positiven Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres für Versicherungen nach dem AVmG bzw. am Ende des Versicherungsjahres für Flexible FirmenRenten.

zu D.

Die Tarifgruppe 68 wurde 1993 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1993 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war zwischen 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %.

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 war zwischen Januar 2004 und Dezember 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2007 war im Jahr 2007 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

Die Tarifgruppe 2008 ist ab Januar 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

- zu D. I.** Der gewinnberechtigte Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von medizinischen Zuschlägen.
- zu D. II. und D. IV.** Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.
- zu E.** Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.
- zu F.** Die Tarifgruppe 2006 war im Jahr 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins für die Beitragserhaltungsgarantie beträgt 2,75 %.
- Die Tarifgruppe 2007 war im Jahr 2007 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins für die Beitragserhaltungsgarantie beträgt 2,25 %
- Die Tarifgruppe 2008 war zwischen Januar 2008 und August 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins für die Beitragserhaltungsgarantie beträgt 2,25 %.
- Die Tarifgruppe 2009 ist ab August 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins für die Beitragserhaltungsgarantie beträgt 2,25 %.
- zu F. I.** Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Fondsgebundenen Rentenversicherungen mit Beitragserhaltungsgarantie nach den Tarifgruppen 2006, 2007, 2008 und 2009 wird in der Aufschubzeit aus den anteiligen Deckungskapitalen für die Beitragserhaltungsgarantie jeweils zum Monatsende abgeleitet.
- Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Fondsgebundenen Rentenversicherung während der Rentenbezugszeit setzt sich aus dem Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils am Ende des Versicherungsjahres zusammen.

Hannover, den 22. Februar 2010

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Herdecke

Kasten

Krüger

Thole

Vorholt

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 26. Februar 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Ellenbürger
Wirtschaftsprüfer

Busch
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftsentwicklung des Unternehmens unterrichtet worden, insbesondere hat er die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf das Unternehmen sowie die vom Vorstand eingeleiteten Maßnahmen im Rahmen der Risikosteuerung fortlaufend beraten. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2010, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2010 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Ferner wurde er über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Vor dem Hintergrund der MaRisk hat der Vorstand über die Weiterentwicklung des Risikomanagements und der Risikoorganisation informiert. Die Grundsätze der Risikostrategie, der Aufbau der Risikoberichte sowie die Einschätzung der aktuellen Risikosituation wurden dargestellt und erörtert.

Zu Beginn der neuen Amtsperiode des Aufsichtsrats wurden in einer gesonderten Veranstaltung den Mitgliedern die rechtlichen Grundlagen der Gremienarbeit sowie die Geschäftsstrategie des Unternehmens mit dem besonderen Schwerpunkt der Kapitalanlage vorgestellt und intensiv erörtert.

Zur Unterstützung seiner Arbeit hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet. Der Hauptausschuss, der schwerpunktmäßig die besonderen Themenfelder für den Aufsichtsrat vorbereitet, tagte im Geschäftsjahr dreimal. Er wurde laufend über die Maßnahmen des Kapitalanlagemanagements unterrichtet. Des Weiteren waren die Kapitalanlagestrategie sowie ausgewählte Asset-Klassen Grundlage der Diskussion.

Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Vertriebsentwicklung 2009. Darüber hinaus waren Umsetzungsschritte für ein leistungsstarkes Vertreternetz der Zukunft sowie die Beratungsunterstützung für den Außendienst am Beispiel der VGH-Vorsorgeberatung Gegenstand der Erörterung.

Der Ausschuss für Prüfungs- und Rechnungslegungsangelegenheiten trat im Berichtsjahr dreimal zusammen und befasste sich mit der Prüfung und Beratung des Jahresabschlusses. Darüber hinaus erörterten die Mitglieder zusammen mit dem Abschlussprüfer die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, das Risikomanagement sowie die Aufgaben und Prüfungsergebnisse der internen Revision. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Risikosteuerung des Gesamtunternehmens und die Ausgestaltung des Risikotragfähigkeitskonzepts. Der Risikobericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover war Gegenstand seiner Arbeit.

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten behandelte die ihm zugewiesenen Aufgaben.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Allen Mitgliedern des Aufsichtsrats lagen rechtzeitig vor der Bilanzsitzung der Jahresabschluss nebst Lagebericht und Bericht des Abschlussprüfers vor. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

Die Verantwortliche Aktuarin hat in der Bilanzsitzung die wesentlichen Ergebnisse ihres Erläuterungsberichts zu den Geschäftsplänen, Rechnungsgrundlagen und der mittelfristigen Solvabilitätsentwicklung vorgetragen sowie Fragen aus dem Gremium beantwortet. Der Aufsichtsrat schließt sich den Aussagen und der Bestätigung der Aktuarin an.

In einer gesonderten Sitzung am 25. März 2009 hat sich der Aufsichtsrat nach Ablauf seiner Amtszeit neu konstituiert.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 16. März 2010

v. Lenthe
Vorsitzender

Geschäftsentwicklung

Provinzial Lebensversicherung Hannover, gegründet im Jahre 1918 durch Beschluss des Hannoverschen Provinzial- Landtags

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Trägerkapital und offene Rücklagen	Lebensver- sicherungs- bestand
	Tsd. RM	Tsd. RM	Tsd. RM	Tsd. RM	Tsd. RM
1925	1 513	363	104	–	28 701
1938	11 670	9 730	44 264	–	207 574
1945	12 863	12 836	104 232	–	294 275
1947	12 443	9 340	121 016	–	279 310

	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
1949	11 160	7 583	34 290	1 856	152 275
1950	11 246	7 949	40 127	1 298	152 275
1955	23 992	21 331	89 206	1 338	216 991
1960	45 172	40 369	166 528	4 800	378 524
1965	79 429	73 986	262 458	12 500	753 963
1970	141 871	131 583	423 957	24 700	1 340 381
1975	282 112	263 607	823 268	49 000	2 687 508
1980	527 346	482 772	1 568 911	95 000	5 741 932
1985	356 803	315 131	2 413 961	17 400	9 914 373
1990	644 460	581 952	4 378 988	51 450	18 552 433
1995	1 027 910	952 105	6 777 143	141 450	30 226 087
2000	1 427 541	1 390 395	10 731 639	141 450	40 909 627

	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	762 197	723 563	5 666 250	171 000	23 141 197
2002	723 092	684 952	5 722 179	171 000	23 774 910
2003	640 656	611 942	5 832 779	171 000	24 289 775
2004	621 806	596 876	5 946 472	171 000	25 256 340
2005	629 589	602 849	6 133 634	173 000	25 288 161
2006	618 834	592 789	6 330 595	176 000	25 462 586
2007	628 715	599 867	6 459 342	178 500	25 481 365
2008	636 007	614 021	6 440 000	178 500	25 421 856
2009	723 370	702 923	6 630 208	181 500	25 555 286

Währungseinheiten:
1924–1948 Reichsmark
1949–2000 Deutsche Mark
ab 2001 Euro

Bis 1983 zeichnete die Provinzial das HUK-Geschäft. Zum 1.1.1984 erfolgte eine Bestandsübertragung auf die Brandkasse.



Unbezahlbar und freiwillig

Roland Remstädt hat den Hafenkran von Stade restauriert und damit Langzeitarbeitslosen in den Beruf zurückgeholfen. Dafür hat er den Ehrenamtspreis „Unbezahlbar und freiwillig“ bekommen, den die Landesregierung zusammen mit der VGH und dem Sparkassenverband Niedersachsen vergibt.

Rund zwanzig Meter über dem Erdboden finden die Füße von Roland Remstädt sicher ihren Halt. Die Sprossen, auf denen er sich bis zur Spitze des Krans am Stader Hafen entlanghangelt, sind kaum 30 Zentimeter breit. Am Ziel angekommen, lässt der 67-jährige Kranbaumeister seinen Blick über die Dächer der Stadt, über den Hafen bis hin zur Elbe schweifen. Schon wegen dieses Ausblicks haben sie sich gelohnt, die Mühen von anderthalb Jahren Arbeit, die Remstädt in die Restaurierung des Krans gesteckt hat. Unentgeltlich in seiner Freizeit.

Roland Remstädt ist 2009 für seinen Einsatz mit dem Ehrenamtspreis „Unbezahlbar und freiwillig – der Niedersachsenpreis für Bürgerengagement“ ausgezeichnet worden. Zusammen mit der Landesregierung und dem Sparkassenverband Niedersachsen ehrt die VGH seit 2003 Menschen, die Verantwortung übernehmen und sich für andere einsetzen. Für Roland Remstädt war beides Ehrensache. Wie er engagieren sich 2,4 Millionen Menschen in Niedersachsen unentgeltlich. Doch ihr Einsatz wird in der Öffentlichkeit nicht immer wahrgenommen. Die Auszeichnung soll für eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung sorgen und ein Impuls sein, um mehr Menschen für das Ehrenamt zu begeistern. Deshalb werden jedes Jahr zehn Preise in den Kategorien Kultur, Sport, Kirche, Umwelt und Soziales sowie ein Sonderpreis verliehen. Gesamtwert: 32 500 Euro.

Die Preisträger sind Vorbilder, wie Roland Remstädt. Als der Kran in Stade Anfang 2007 abgerissen werden sollte, meldete sich der pensionierte Kranbaumeister freiwillig für die Restaurierung. Er schrieb ein Konzept und setzte es mithilfe eines Teams aus Langzeitarbeitslosen um. „Alle haben danach wieder den Einstieg in einen festen Job gefunden“, sagt Roland Remstädt. Und neben dem schönen Kran ist es das, worauf er heute besonders stolz ist.

Bericht des Vorstands

Wirtschaftliches Umfeld

Die globale Konjunktorentwicklung war in 2009 weiterhin von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Immer mehr zeigten sich realwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzkrise, die in Deutschland zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,0 Prozent führten. Der Abschwung kam jedoch nicht in der Breite bei den privaten Haushalten an, da der Anstieg der Arbeitslosigkeit aufgrund konjunkturpolitischer Maßnahmen moderat blieb und stützende Effekte von Einkommensersatzleistungen im Falle der Arbeitslosigkeit für relativ konstante verfügbare Einkommen sorgten. Das Nachfrageverhalten der privaten Haushalte zeigte sich daher relativ stabil, zumal Preissteigerungen im Zuge der Krise nahezu ausblieben.

Die Versicherungsbranche erwies sich im Krisenjahr als robust, auch weil die Wirtschaftskrise kaum Auswirkungen auf die Versicherungsnachfrage hatte. Das Beitragswachstum der deutschen Versicherungswirtschaft insgesamt lag in 2009 mit 3,1 Prozent deutlich über dem Vorjahr (1 Prozent). Für das Gesamtjahr wird in der privaten Krankenversicherung (PKV) mit einem Beitragsplus von 4 Prozent gerechnet. Damit gehört diese Sparte neben der Lebensversicherung zum Wachstumsmotor der deutschen Assekuranz.

In noch größerem Maße als die Lebensversicherung ist die Geschäftsentwicklung in der privaten Krankenversicherung auch durch die politischen Rahmenbedingungen geprägt. Die Gesundheitsreformen der letzten Jahre, die in der Tendenz mit fortschreitenden Leistungseinschränkungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bei gleichwohl steigenden Beitragssätzen einhergingen, haben zwar einerseits die Attraktivität der privaten Krankenversicherung gegenüber der GKV tendenziell erhöht. Zugleich wurde aber in der Vollversicherung der Zugang zur PKV erschwert. Neben der Anhebung der Versicherungspflichtgrenze ist für Arbeitnehmer seit dem 2. Februar 2007 ein Wechsel in die PKV erst dann möglich, wenn ihr Einkommen in drei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren über der Versicherungspflichtgrenze gelegen hat. Dennoch ist der Bestand an Krankheitskostenvollversicherungen über die Jahre hinweg weiterhin stetig gewachsen. In 2008 wurde in der PKV ein Nettoneuzugang in der Vollversicherung von 90 300 Personen (2007: 59 900) verzeichnet. Im 1. Halbjahr 2009 kamen weitere 98 800 Personen hinzu (1. Halbjahr 2008: 23 400). Der vergleichsweise hohe Zugang an Vollversicherten in den genannten Zeiträumen ist allerdings im Wesentlichen auf Einmaleffekte zurückzuführen. Neben der neuen Krankenversicherungspflicht dürfte hierbei insbesondere auch die mit der Einführung des Gesundheitsfonds für viele gesetzlich Versicherten verbundenen Beitragserhöhungen eine Rolle gespielt haben. Viele Versicherte wollten sich zudem noch die Tarife zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen vor Inkrafttreten der neuen gesundheitspolitischen Bestimmungen zum 1. Januar 2009 sichern.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG (Provinzial Kranken) hat ein sehr gutes Geschäftsergebnis erzielt. Dennoch blieben die Einschränkungen, die die PKV-Branche in der Vollkostenversicherung durch die Gesundheitsreform 2007 hat, spürbar. Die Steigerungsraten im Neugeschäft der Zusatzversicherung sowie die erfreuliche Erholung des Geschäftsklimas in der Vollkostenversicherung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Neugeschäftspotenzial durch die Gesundheitspolitik auch kurzfristig belastet bleibt. Mit dem Wegfall des Drei-Jahres-Moratoriums kann frühestens zum 1. Januar 2011 gerechnet werden.

Die Provinzial Kranken ist in ihrem Tätigkeitsgebiet begrenzt auf die Bundesländer Niedersachsen und Bremen. Der Provinzial Kranken werden im Wesentlichen Versicherungsverträge über die Außendienstorganisation der Landschaftlichen Brandkasse Hannover und der Provinzial Lebensversicherung Hannover (VGH Versicherungen) sowie über die niedersächsischen Sparkassen vermittelt. Das Tarifwerk umfasst die gängigen Tarife für die in Frage kommenden Berufsgruppen und deren Angehörige:

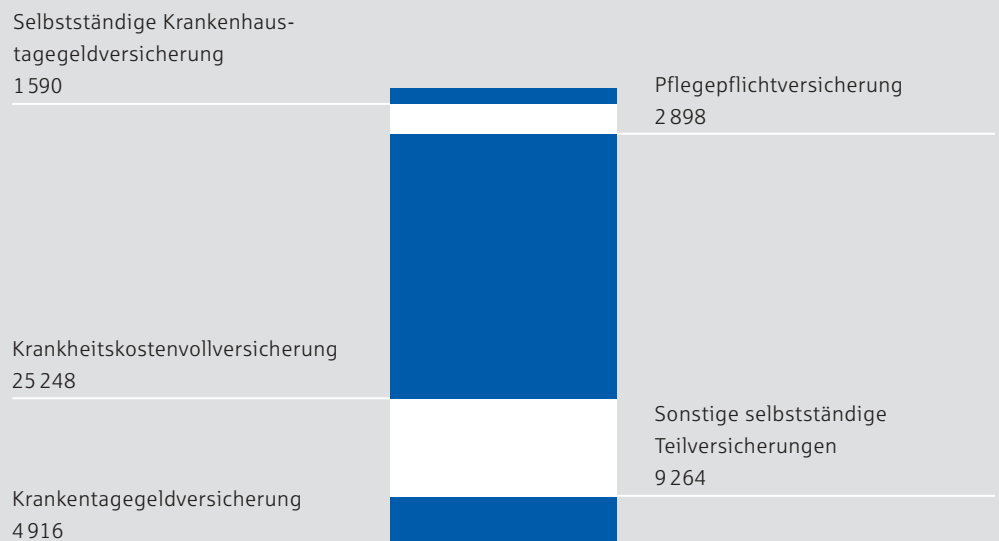
- Krankheitskostenversicherung
- Krankentagegeldversicherung
- Selbstständige Krankenhaustagegeldversicherung
- Sonstige selbstständige Teilversicherungen
- Pflegepflichtversicherung

Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2009 führte zu einem positiven Gesamtergebnis. Die Provinzial Kranken erwirtschaftete einen Überschuss vor Zuführung zur Rückstellung zur erfolgsabhängigen Beitragsrückerstattung und Ertragsteuern in Höhe von 3,8 Millionen Euro. Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote gemäß PKV-Kennzahlenkatalog lag bei 8,0 Prozent. Diese Quote ist aufgrund der überproportionalen Schadenentwicklung im Vergleich zum Vorjahr (14,2 Prozent) deutlich zurückgegangen.

Gebuchte Bruttobeiträge nach Tarifgruppen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft

in Tsd. €



Hervorragende Kundenresonanzen und Ratingergebnisse

Unabhängige Bewertungen und Urteile nehmen kontinuierlich an Bedeutung zu. Vergleiche verschiedener Anbieter schaffen Transparenz und unterstützen den Verbraucher bei der Wahl des richtigen Anbieters. Auch 2009 konnte die Provinzial Kranken bei seriösen Marktvergleichen überzeugen.

„Versicherungs-Champion 2009“

Zum zweiten Mal in Folge ist die Provinzial Kranken zum „Versicherungs-Champion“ gekürt worden. Im vergangenen Jahr musste sich die Provinzial Kranken den Platz 1 noch mit zwei Mitbewerbern teilen. In 2009 ist das Unternehmen alleiniger Spitzenreiter. Das Wirtschaftsmagazin Capital hat – wie im Jahr 2008 – über 30 Krankenvollversicherer bewertet. Im Fokus standen die Kriterien Bilanzstärke, langfristige Beitragsstabilität, das Preis-Leistungsverhältnis sowie die Kundenzufriedenheit. Die Bewertung wurde in Zusammenarbeit mit den Analysehäusern Morgen & Morgen GmbH und Nafi Unternehmensberatung GmbH durchgeführt. Ein „ausgezeichnetes“ Abschneiden in einem zu Jahresanfang durchgeführten Bilanztest war Voraussetzung für die Krankenversicherer, um an dieser Untersuchung teilzunehmen.

„Map-Report 2009“

Die Provinzial Kranken ist im Geschäftsjahr 2009 erstmalig im „m-Rating“ bewertet worden. Sie erreichte im Rating des Finanz- und Wirtschaftsdienstes „map-report“ für Krankenversicherungsunternehmen mit einer Marktpräsenz von mindestens 12 Jahren auf Anhieb eine sehr gute Bewertung („mm“). In diesem Rating wurden Bilanzkennzahlen, Service und die Beitragsstabilität untersucht.

„Morgen & Morgen KV-Bilanztest“

Bereits drei Jahre in Folge belegt die Provinzial Kranken im zentralen Bilanzcheck des Analysehauses Morgen & Morgen (M & M) einen Platz in der Spitzengruppe der bewerteten privaten Krankenversicherungsunternehmen. Auch Ende 2009 wurden die folgenden Bilanzkennzahlen von M & M intensiv geprüft: Nettoverzinsung, Verwaltungskostenquote, M & M-Sicherheitsquote, Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote und die Wachstumsrate natürlicher Personen in der Vollversicherung. In allen fünf Kategorien erreichte die Provinzial Kranken wieder die höchste Punktzahl und erhielt von M & M erneut das Prädikat „ausgezeichnet“. Damit gehört das Unternehmen zu den besten Anbietern bundesweit.

Produktratings

Auch in verschiedenen Produktratings konnte insbesondere die Pfl egetagegeldversicherung der Provinzial Kranken, wie auch schon in 2008, im Berichtsjahr überzeugen: Stiftung Warentest zeichnete das PTG (Pfl egetagegeldtarif) vier Mal mit dem Qualitätsurteil „gut“ aus (Ausgabe Finanztest 1/2009); in der Zeitschrift FOCUS MONEY 08/2009 belegte das Pfl egetagegeld sowohl beim Preis als auch beim Preis-Leistungsverhältnis den ersten Platz und im Jahrbuch Rente, Geld, Versicherungen für 2010, veröffentlicht durch die Zeitschrift Öko-Test, konnte Rang 1 (Frauen) bzw. Rang 2 (Männer) erzielt werden.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Neugeschäftsentwicklung

Trotz der Verunsicherungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise blieb die Nachfrage nach Versicherungsschutz in Deutschland weitgehend stabil. Die Geschäftserwartungen haben sich erholt und die Ungewissheit in der privaten Krankenversicherung hat sich durch die Bundestagswahl relativiert. Die Provinzial Kranken konnte im Betrachtungszeitraum eine Neugeschäftsproduktion in Höhe von 481 Tausend Euro generieren. Damit bleibt das Ergebnis zwar hinter den ehrgeizigen Erwartungen zurück, übertrifft aber das gute Vorjahresergebnis. Das Geschäftsergebnis resultiert u. a. aus dem sehr positiven Jahresendgeschäft 2008/2009 – dem sogenannten „Schlussverkauf“ aufgrund der Regelungen des GKV-WSG. Während bei der Produktion im Bereich der Vollversicherung eine Steigerung von 8,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht wurde, ist bei der Zusatzversicherung ein Rückgang von 17,5 Prozent zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr 2009 haben 11 857 neue versicherte Personen der Provinzial Kranken ihr Vertrauen geschenkt und sich für eine Krankenversicherung entschieden – davon 1 331 Personen für eine Vollversicherung.

Beitrags- und Bestandsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2009 beliefen sich die gebuchten Bruttobeiträge auf 43,9 Millionen Euro (Vorjahr: 39,5 Millionen Euro). Die Entwicklung der Einnahmen war mit einer Steigerung von 11,3 Prozent sehr erfreulich. Die Beiträge für Vollversicherungen erhöhten sich auf 25,2 Millionen Euro. Dies entspricht einem Wachstum von 12,3 Prozent. Die Mehrbeiträge resultieren bei der Provinzial Kranken überwiegend aus Neugeschäft und nicht aus Beitragsanpassungen.

Insgesamt hat sich der Versichertenbestand deutlich vergrößert. Mit 136 499 versicherten Personen wurde zum Bilanzstichtag eine Steigerung von 4,1 Prozent erreicht, die Anzahl der vollversicherten Personen stieg um 10,3 Prozent auf 13 101, die Anzahl der zusatzversicherten Personen erhöhte sich auf 123 398, ein Plus von 3,5 Prozent. Zusammen mit den bei der Provinzial Kranken pflegepflichtversicherten Personen versichert das Unternehmen über die Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Durchführung der Pflegeversicherung (GPV) als Mitversicherer Ende 2009 14 187 Personen in der privaten Pflegeversicherung.

Der fortwährende Zugang neuer versicherter Personen, eine im Marktvergleich hohe Beitragsstabilität sowie eine sich stetig verbessernde Stornoquote sind maßgebliche Faktoren dieser positiven Entwicklung. Die Stornoquote konnte im Berichtsjahr noch einmal gesenkt werden und liegt bei 3,9 Prozent (Vorjahr: 4,8 Prozent).

Beitragsanpassung und -rückerstattung

Im Berichtsjahr mussten im Bestand keine Beitragsänderungen veranlasst werden. Im Neugeschäft sind ebenfalls keine Beitragsanpassungen im gesamten Zusatzversicherungsbereich erforderlich gewesen. Lediglich in den Vollkostentarifen und im ambulanten Beihilfetarif wurden für das Neugeschäft Anpassungen zum 1. Januar 2009 vorgenommen.

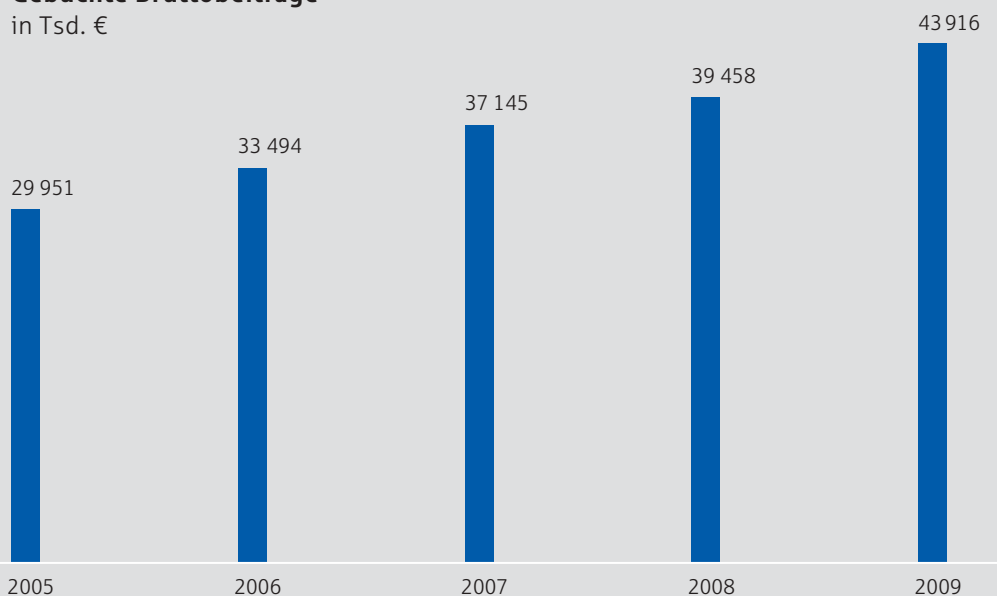
Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden zur Abmilderung notwendig gewordener Beitragsanpassungen insgesamt Einmalbeiträge in Höhe von 3,2 Millionen Euro für unsere Kunden entnommen. 0,8 Millionen Euro wurden an Versicherte ausgezahlt, die leistungsfrei geblieben sind. Dabei handelt es sich um eine erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung, mit der das Unternehmen seine Kunden an den erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Mit der Rückerstattung von Beiträgen werden Eigenverantwortlichkeit und gesundheitsbewusstes Verhalten der Kunden belohnt.

Im Rahmen der Beitragsanpassungen zum 1. Januar 2010 ergeben sich Änderungen bei den Neugeschäftsbeiträgen in den Vollkostentarifen, den Beihilfetarifen sowie bei den Tarifen PTG, SKG und KHT. Die Gründe für die Anpassungen betreffen größtenteils den gesamten Markt. Neben den allgemeinen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen wird als Rechnungsgrundlage die Sterbetafel PKV 2010 mit einer höheren Lebenserwartung zu Grunde gelegt. Zusätzlich wirken sich die eingeführten Gesetzesänderungen der Gesundheitsreform 2007 maßgeblich aus. Die Einführung des Basis tariffs, die Portabilität der Alterungsrückstellungen sowie die Einschränkung der Kündigungsrechte des Versicherers bei Beitragsverzug führen zu erhöhten Kosten, die vom gesamten Versichertenbestand zu tragen sind. Ferner wurde zum 1. Januar 2010 aufgrund einer Erhöhung des Leistungskatalogs der privaten Pflegepflichtversicherung und damit einhergehender Kostensteigerungen auch eine Anpassung im Bereich der Pflegepflichtversicherung notwendig.

Im Bestand sind circa ein Viertel der Kunden von einer Beitragserhöhung betroffen. Allerdings erhalten auch circa 30 000 Kunden eine Beitragssenkung. Die Beitragsanpassungen für das Jahr 2010 werden ebenfalls durch Einmalbeiträge für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung abgemildert.

Gebuchte Bruttobeiträge

in Tsd. €



Leistungen

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein branchenweiter Anstieg der Leistungsausgaben verzeichnet. Die Frühwarnindikatoren des PKV-Verbandes sehen Ausgabensteigerungen nun nicht mehr in speziellen Behandlungsbereichen, sondern rechnen zukünftig mit einem branchenweiten Anstieg der Leistungsausgaben in allen Segmenten der privaten Krankenversicherung. Auch die Provinzial Kranken kann sich diesem Markttrend nicht entziehen und weist im Berichtsjahr Leistungsausgaben in Höhe von 18,5 Millionen Euro aus. Die gesundheitspolitischen Bestrebungen des PKV-Verbandes, gemeinsam mit der Ärzteschaft und der Politik sich auf eine Neuregelung der Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte zu einigen und zudem mehr Einfluss auf Preise, Mengen und Qualität der Leistung nehmen zu können, sind Lösungsansätze, welche von der gesamten Branche begrüßt werden, um den Steigerungen der Leistungsausgaben entgegenwirken zu können.

Die Schadenquote gemäß PKV-Kennzahlenkatalog steigt auf 77,8 Prozent (Vorjahr: 70,7 Prozent). Diese Steigerung begründet sich durch höhere Schadenaufwendungen im laufenden Geschäftsjahr. Neben den Erstattungsleistungen umfasst die Kennzahl auch die Zuführung zur Alterungs- und Schadenrückstellung, die ebenfalls höher ausfällt. Damit bleibt die Quote der Provinzial Kranken weiterhin unter der Schadenquote des Marktes (2008: 79,8 Prozent) und weist trotz vordergründiger Verschlechterung der Kennzahl auf eine exzellente Preis-Leistungs-Relation aus Kundensicht hin.

Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle beliefen sich im Geschäftsjahr unter Berücksichtigung der Veränderungen der Schadenrückstellungen und der Schadenregulierungsaufwendungen auf 21,8 Millionen Euro, ein Plus von 25,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Von den gesamten Leistungen entfielen 42,7 Prozent auf den ambulanten Bereich, gefolgt vom stationären Bereich mit 25,5 Prozent, Zahnbehandlung und Zahnersatz mit 16,4 Prozent, dem Krankentagegeld mit 13,2 Prozent und dem Krankenhaustagegeld mit 1,9 Prozent.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden im Berichtsjahr 2,9 Millionen Euro zugeführt. Sie beträgt somit am Jahresende 10,2 Millionen Euro. Zum Bilanzstichtag liegt die RfB-Quote bei 26,8 Prozent. Diese Quote gibt an, in welchem Umfang bezogen auf die Beitragseinnahmen zusätzliche Mittel für Beitragsentlastungsmaßnahmen oder für Barausschüttungen zur Verfügung stehen.

Die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung aus überrechnungsmäßigen Zinsen ist gemäß § 12 Abs. 3 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) unabhängig vom Unternehmenserfolg zu bilden und innerhalb von drei Jahren beitragsmildernd für Versicherte zu verwenden, die am Bilanzstichtag mindestens das 55. Lebensjahr vollendet haben. Außerdem stehen finanzielle Mittel für die Pflegepflichtversicherung zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung 0,6 Millionen Euro zugeführt.

Kosten

Die Kosten für den Versicherungsbetrieb setzen sich aus den Abschluss- und Verwaltungskosten zusammen. Im Berichtsjahr betrugen die Kosten, die für den Versicherungsbetrieb aufgewendet wurden, 6,2 Millionen Euro (Vorjahr: 5,9 Millionen Euro).

Im Berichtsjahr stiegen die Abschlusskosten leicht auf 4,9 Millionen Euro (Vorjahr: 4,7 Millionen). Daraus ergibt sich eine Abschlusskostenquote gemäß PKV-Kennzahlenkatalog von 11,1 Prozent (Vorjahr: 11,9 Millionen Euro). Im Jahr 2009 betrug die Verwaltungskostenquote 3,0 Prozent (Vorjahr: 3,2 Prozent).

Die Kostenquoten der Provinzial Kranken sind damit im Marktvergleich nach wie vor überdurchschnittlich. Im Vergleich zu jungen Krankenversicherern, die alle eine hohe Fixkostenbelastung aufweisen, ist die Kostensituation aber weiterhin erfreulich. In den letzten Jahren ist die Verwaltungskostenquote der Provinzial Krankenversicherung rückläufig. Mit dem Zusammengehen der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG und der Migration der EDV-Landschaften soll sich die Kostensituation mittelfristig weiter verbessern.

Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalmärkte zeigte sich im Geschäftsjahr sehr wechselhaft. Im ersten Quartal waren starke Aktienkursrückgänge die Folge der gestiegenen Konjunktursorgen. Eine expansive Geldpolitik sowie Zinssenkungen der Zentralbanken führten neben zahlreichen Konjunkturprogrammen einzelner Staaten zu einer Stabilisierung der Konjunktur und zu einer Besserung der Stimmungslage. So gab es in vielen Staaten Konsumanreize und Investitionsprogramme. Massive Stützungsmaßnahmen des Bankensystems trugen zur Stabilisierung des Finanzdienstleistungssektors bei.

Zum Jahresende zeigten sich die Aktienmärkte mehrheitlich fest. So notierte der Dax Ende 2009 bei nahezu 6 000. Dies entspricht einem deutlichen Anstieg gegenüber Jahresanfang von 24 Prozent.

Am Rentenmarkt war die Zinsstrukturkurve aufgrund der konjunkturellen Schwächen und der geldpolitischen Lockerungen der Notenbanken sehr steil. Der Zinssatz für 10-jährige Pfandbriefe gab um 25 Basispunkte auf 3,58 Prozent nach.

Am Markt für Unternehmensanleihen bildeten sich die Risikoaufschläge (Spreads) nach einem Hochpunkt im Frühjahr sehr deutlich zurück.

Der Kapitalanlagebestand erhöhte sich im Geschäftsjahr von 100,8 Millionen Euro auf 122,7 Millionen Euro auf Buchwertbasis. Eine Übersicht über die Entwicklung und Zusammensetzung des Kapitalanlagebestandes geben die Seiten 170 und 171 des Geschäftsberichtes. Die Nettokapitalerträge stiegen insbesondere durch die allgemeine Erholung an den Kapitalmärkten von 3,0 Millionen Euro auf 6,1 Millionen Euro. Die im letzten Jahr vorgenommenen Abschreibungen auf ein Sondervermögen wurden vollständig wieder aufgeholt.

Vom Wahlrecht, Vermögensgegenstände wie Anlagevermögen zu bewerten, wurde kein Gebrauch gemacht. Über alle Kapitalanlagen weist die Provinzial Kranken eine stille Reserve von 2,1 Millionen Euro aus.

Die Nettoverzinsung lag im Berichtszeitraum bei 5,5 Prozent (Vorjahr: 3,3 Prozent). Sie bildet die Grundlage für die Ermittlung des Überzinsbetrages gemäß § 12 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Gemäß § 12 Abs. 2 und 3 VAG wurde im Rahmen der Überzinsverwendungsvorschriften 0,9 Millionen Euro aufgewendet.

Mitarbeiter

Im Innendienst der Provinzial Kranken waren im Berichtsjahr zum 31.12. in den Bereichen Antrags- und Bestandsbearbeitung, medizinische Risikoprüfung, Leistungsbearbeitung, Grundsatzfragen, Mathematik und Controlling /Vorstandsreferat 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (30 Kapazitäten) tätig. Darüber hinaus beschäftigt die Provinzial Kranken einen Auszubildenden.

Im angestellten Außendienst unterstützen die Krankenversicherungsspezialisten auf den Regionaldirektionen der VGH die Vertriebszweige hauptberufliche Außendienstorganisation und Sparkassenorganisation in allen Fragen rund um das Thema Krankenversicherung. Diese in den letzten Jahren aufgebaute Außendienstorganisation sorgt für eine verbesserte Kundenberatung und verhilft zu positiven Vertriebsergebnissen und einer zufriedenstellenden Stornosituation.

Dank des Vorstands

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Kunden der Provinzial Kranken für das entgegengebrachte Vertrauen. Der Einsatz und die Leistungsbereitschaft unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innen- und Außendienstes sowie der selbstständigen Vertretungen waren die tragenden Pfeiler des Erfolgs. Der Dank gilt außerdem der niedersächsischen Sparkassenorganisation für ihren Beitrag zum Unternehmensergebnis 2009.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten

Beteiligungen 0,3 %		Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen 0,1 %
Aktien, Investmentanteile, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere 16,1 %		Namenschuldverschreibungen 49,3 %
sonstige Kapitalanlagen 0,8 %		Schuldscheinforderungen und Darlehen 33,4 %

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Risikomanagementsystem der Provinzial Kranken ist seit mehreren Jahren etabliert und wird von der Internen Revision in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen.

Die Weiterentwicklung des Risikomanagements war geprägt durch die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Das Gesamtrisiko wird gemäß den MaRisk VA in folgende Kategorien untergliedert:

- Versicherungstechnisches Risiko
- Marktrisiko
- Kreditrisiko
- Operationelles Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Strategisches Risiko
- Reputationsrisiko

Das Konzentrationsrisiko wird nicht als eigenständige Risikokategorie behandelt, sondern sachbezogen im Rahmen des Versicherungstechnischen Risikos, des Markt- bzw. Kreditrisikos berücksichtigt.

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Es wird sichergestellt, dass die Übernahme versicherungstechnischer Risiken insgesamt angemessene Erträge für das Unternehmen generiert und damit die Risikotragfähigkeit nicht übersteigt.

In der privaten Krankenversicherung beschreibt das Prämien-/Versicherungsrisiko die Gefahr, dass eine im Voraus festgelegte Versicherungsprämie nicht ausreichend ist, um über die gesamte Versicherungsdauer die zugesagte Leistung zu finanzieren. Die für die rechnungsmäßigen Versicherungsleistungen zugrunde gelegten tariflichen Kopfschäden werden jährlich überprüft, bei Änderungsbedarf können die Prämien angepasst werden. Zudem werden die in den technischen Berechnungsgrundlagen dokumentierten Kalkulationsverfahren einem unabhängigen Treuhänder und der Aufsichtsbehörde vorgelegt. Zum Schutz vor einzelnen Großschadenereignissen hat sich die Provinzial Kranken durch einen Rückversicherungsvertrag abgesichert.

Das beinhaltete Reserverisiko meint die Angemessenheit der versicherungstechnischen Rückstellungen. Bei der Provinzial Kranken erfolgt die Berechnung entsprechend der gesetzlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der marktüblichen Sicherheitszuschläge.

Das Zinsgarantierisiko umfasst das Risiko, dass der in der Prämie einkalkulierte Rechnungszins nicht erwirtschaftet wird. Der gegenwärtig branchenweit angesetzte Rechnungszins liegt bei 3,5 Prozent. Das Ergebnis zur Überprüfung des Rechnungszinses wird dem PKV-Verband, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und dem mathematischen Treuhänder vorgelegt.

Zu den versicherungstechnischen Risiken gehören auch die Risiken aus der Zeichnungspolitik. Die Grundlage für eine vorsichtige Zeichnungspolitik liefert eine fundierte medizinische Gesundheitsprüfung. Hierdurch wird der Versichertenbestand vor hohen Leistungsausgaben geschützt und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens bleibt langfristig gewährleistet.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, dass sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen im Wesentlichen:

- Preisrisiken bei nachteiligen Veränderungen der Märkte
- Bonitätsrisiken durch den Ausfall eines Emittenten oder Kontrahenten
- Liquiditätsrisiken durch nicht zeitgerechte Liquiditätszu- und abflüsse

Die Kapitalanlagen der Provinzial Kranken werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess getätigt. Das Portfolio der Provinzial Kranken vereint die positiven Effekte breiter Diversifikation und hoher Granularität.

Grundlage des Risikomanagements bilden das vom Vorstand verabschiedete Risikokapital, das festgelegte Anlageuniversum und die Limitsysteme. Das verfügbare Risikokapital wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und die prozentuale Risikoauslastung beschlossen. Die Provinzial Kranken verfolgt ein mehrdimensionales Risikosteuerungskonzept mit monatlicher Risikoquantifizierung. Neben der betriebswirtschaftlichen Risikodimensionierung (d.h. im Asset-Liability-Kontext) sind eine rechnungslegungsorientierte (im Gewinn- und Verlustrechnungs- und Bilanzkontext) und eine aufsichtsrechtliche Betrachtungsweise implementiert.

Im Rahmen der risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis einer Auslastungsanalyse des verfügbaren Risikokapitals über Risikonahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Im Fokus liegt dabei immer der Engpass der drei betrachteten Dimensionen.

Der jederzeitigen Erfüllbarkeit aller Zahlungsverpflichtungen wird unterjährig durch eine detaillierte Liquiditätsplanung und -steuerung, die auf Jahresbasis aufgesetzt und dann auf Monats- und Tagesbasis heruntergebrochen wird, Rechnung getragen.

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war von allen Versicherungsgesellschaften zum 31. Dezember 2009 ein Stresstest durchzuführen, der vier negative Kapitalmarktszenarien simuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Provinzial Kranken alle vier Szenarien verkraftet, ohne dass die Risikotragfähigkeit des Unternehmens gefährdet wäre. Freiwillig unterjährig Stresstests fielen ebenfalls ausnahmslos positiv aus.

Die Kapitalanlagen der Provinzial Kranken dienen zum überwiegenden Teil der Bedeckung von zukünftigen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern. Dies stellt besondere Anforderungen an die Sicherheit der Kapitalanlage und an ein damit korrespondierendes Risikomanagement. Das Asset-Liability-Management ist daher von sehr hoher Bedeutung. Die Anlagestrategie der Provinzial Kranken orientiert sich an den Verpflichtungen der Passivseite. Neben der dauerhaften Erfüllung des Rechnungszinses kommt der Erwirtschaftung einer marktgerechten Kapitalanlage Rendite im langfristig orientierten Geschäftsmodell der Privaten Krankenversicherung eine besondere Bedeutung zu. Für die Aktivseite der Provinzial Kranken werden daher im Sinne einer Portfolio-Separation zwei Aktiv-Portfolien abgeleitet:

- ein Replikationsportfolio (Zinsanlagen mit hoher Sicherheit)
- ein Risikoportfolio (weltweit diversifizierte Risikoprämissen)

Während sich das Replikationsportfolio bezüglich der Duration an der Zinssensitivität der Passivseite orientiert, erfolgt im Risikoportfolio die aktive Risikoprämissen im Verhältnis zu dieser Zinssensitivität. Es ist davon auszugehen, dass es durch diese Aufstellung der Provinzial Kranken gelingt, den erforderlichen Rechnungszins auch in einem länger andauernden Niedrigzinsszenario zu halten. Dies zeigen auch Ergebnisse aus Analysen des Verantwortlichen Aktuars und eines externen Beraters.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko aus der Kapitalanlage wird im Rahmen des Marktrisikos bewertet. Bonitätsrisiken der Kontrahenten werden im indirekten Kapitalanlagebestand über Anlagerichtlinien gesteuert. Im Direktbestand wird dem Bonitätsrisiko durch sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und eine monatliche, kontinuierliche Ratingüberprüfung begegnet.

Abgesehen vom geringen Forderungsausfall gegenüber den Versicherungsvermittlern ist das mögliche Risiko eines Forderungsausfalls im Versicherungsgeschäft für die Provinzial Kranken wie für alle PKV-Unternehmen durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WStG) gestiegen. Hiernach besteht eine Versicherungspflicht ab dem 1. Januar 2009. Um der Pflicht zur Versicherung zu genügen, muss der Versicherungsschutz Kostenerstattung für ambulante und stationäre Heilbehandlung vorsehen. Der Versicherer darf diese Versicherung in der Regel nicht kündigen. Ist der Versicherungsnehmer mit einem Beitrag in Höhe von Prämienanteilen für zwei Monate im Rückstand ruhen die Leistungen des Versicherers. Während der Ruhezeit haftet der Versicherer ausschließlich für Aufwendungen, die zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sowie bei Schwangerschaft und Mutterschaft erforderlich sind. Wird die Versicherung in den Basistarif umgestellt, ruhen die Leistungen auch weiterhin.

Diesem Risiko begegnet die Provinzial Kranken gegenüber den Versicherungsnehmern mittels eines EDV-gestützten Inkasso- und Mahnwesens sowie individuellen Kundenansprachen, um Lösungsmöglichkeiten anzubieten.

Liquiditätsrisiko

Das Unternehmen muss jederzeit den finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachkommen können. Für langfristige Verpflichtungen wird dies durch eine rollierende Liquiditätsplanung unter Berücksichtigung der notwendigen Fristigkeiten sichergestellt. Das Liquiditätsrisiko wird anhand der Marktgängigkeit der entsprechenden Kapitalanlagen qualitativ abgeschätzt und ist für die Provinzial Kranken aufgrund der beschriebenen Maßnahmen gering.

Operationelles Risiko, Strategisches Risiko und Reputationsrisiko

Das operationelle Risiko betrifft Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen oder die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das Interne Kontrollsystem begegnet, welches das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und das Risiko unternehmensschädigender Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Kontrollverfahren. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip sowie Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko unternehmensschädigender Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Angemessenheit, Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die interne Revision der VGH im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit laufend überwacht.

Das Management operationeller Risiken dient dem Ziel, die Risikoexposition unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Überlegungen auf ein akzeptables Maß zu reduzieren und die operativen Prozesse zu optimieren. Diesen Risiken wird mit einer Ausrichtung der Organisation an einer prozessorientierten Bearbeitung, mit der Festlegung interner Richtlinien und deren regelmäßige Überwachung (Compliance) sowie mit einem qualifizierten Personalmanagement (Auswahl, Qualifikation und Fortbildung) begegnet.

Technische Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Eine umfassende Sicherheitsstrategie bei den Dienstleistern für die EDV-Anwendungen, der Hanse-Merkur Krankenversicherung AG und der ivv-Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH, gewährleistet die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der eingesetzten EDV-Systeme. Eine systematische Revision sowie interne Kontrollen tragen darüber hinaus zur Sicherheit und Verfügbarkeit der IT-Anlagen, Daten und Programme bei.

Rechtliche Risiken können aus veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren, die durch Gesetzesänderungen oder gerichtliche Entscheidungen bedingt sind. Diese schließen zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken ein. Diesen Risiken wird durch das rechtzeitige Ergreifen entsprechender Maßnahmen wie der Überprüfung und Anpassung von Verträgen begegnet. Darüber hinaus werden Änderungen im rechtlichen Umfeld beobachtet, die das Unternehmen beeinflussen könnten. Es werden alle erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen zur Beherrschung der sich ergebenden Risiken getroffen.

Unter rechtlichen Risiken sind ebenso sozialpolitische Änderungsrisiken zu subsumieren. Ein wesentliches Risiko für die Provinzial Kranken wie für alle privaten Krankenversicherer besteht im Eingriff des Gesetzgebers in die Finanzierungsformen des Gesundheitswesens.

Das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) wird beispielsweise die zukünftige Bestands- und Beitragsentwicklung dauerhaft beeinflussen. Seit dem 1. Januar 2009 muss jede private Krankenversicherung, die die substitutive Krankenversicherung betreibt, einen brancheneinheitlichen Basistarif anbieten. Der Basistarif ist ein gesetzlich definiertes Produkt, welches nach Art, Umfang und Höhe mit den Leistungen der gesetzlichen Kassen vergleichbar sein muss. Da der Basistarif durch die einschnürenden gesetzlichen Vorgaben nicht kostendeckend ist, muss die verbleibende Deckungslücke laut Gesetz von den Bestandsversicherten der Provinzial Kranken getragen werden. Das Gesetz gibt als maximale Beitragshöhe den aktuellen Höchstbeitrag in der GKV vor. Individuelle Risikozuschläge aufgrund von Vorerkrankungen dürfen beim Basistarif nicht erhoben werden, so dass für diese Tarife keine risikogerechten Beiträge erhoben werden können. Beitragserhöhungen innerhalb der substitutiven Krankenversicherung sind die Folge.

Wegweisend ist das am 10. Juni 2009 gefällte Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsbeschwerde der PKV-Branche, an der sich auch die Provinzial Kranken beteiligt hat. Es verfestigt das Nebeneinander der Versorgung durch die private und die gesetzliche Krankenversicherung und bestätigt damit die private Vollversicherung als grundrechtlich abgesicherten Teil des dualen Gesundheitssystems. Als PKV-schwächend ist jedoch die Bestätigung der Verfassungskonformität folgender Sachverhalte zu erachten:

- Einführung des Basistarifs
- Versicherungspflicht und Kontrahierungszwang im Basistarif
- Kündigungsverbot von Krankheitskostenvollversicherungen bei Nichtzahlung der Beiträge
- teilweise Portabilität der Alterungsrückstellungen bei Anbieterwechsel
- Einführung des Drei-Jahres-Moratoriums
- Angebot von Wahltarifen der gesetzlichen Krankenkassen im Zusatzsegment

Unter genauer Beobachtung stehen derzeit auch die Bemühungen der Bundesregierung zur Umsetzung der gesundheitspolitischen Vereinbarungen des Koalitionsvertrages, um Chancen und Risiken frühzeitig zu erkennen. Im Gespräch sind:

- einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge in der GKV
- Aufhebung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung
- die Aufhebung des Drei-Jahres-Moratoriums bei einem Wechsel in die PKV
- der Einstieg in eine ergänzende kapitalgedeckte Pflegeversicherung
- die klare Begrenzung von Wahl- und Zusatztarifen bei den gesetzlichen Krankenkassen
- die Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) und Zahnärzte (GOZ)
- die Überprüfung der Regelungen im Basistarif

Die Provinzial Kranken wird die Herausforderungen der Zukunft annehmen. Insbesondere für freiwillig GKV-Versicherte bleibt die Provinzial Kranken ein attraktiver Krankenversicherer, bei denen die starke Vertriebsorganisation im Rahmen von Kundengesprächen zur Altersvorsorge das Thema „Gesundheitsvorsorge“ mit einbinden kann. Aufgrund der spürbaren Leistungskürzungen in der GKV und den Diskussionen in den Medien über die Veränderungen im Gesundheitswesen halten immer mehr Menschen im Geschäftsgebiet eine zusätzliche private Absicherung für notwendig. Durch die kontinuierliche Überprüfung des Tarifangebots und Maßnahmen zur Ausschöpfung des Potenzials der Vertriebswege soll den Chancen und Risiken der Zukunft begegnet werden. Die gute Marktposition in der privaten Pflegeversicherung könnte vor dem Hintergrund des Marktpotentials einer alternden Gesellschaft ebenfalls weiter ausgebaut werden.

Strategische Risiken sind untrennbar mit jeder Geschäftstätigkeit verbunden. Es wird sichergestellt, dass bei strategischen Geschäftsentscheidungen neben den Chancen auch die Risiken angemessen berücksichtigt werden. Diesen Risiken wird durch intensive Beratung im Vorstand und Risikokomitee, frühzeitige Einbindung der Gremien sowie der bedarfsgerechten Einbindung externer Berater begegnet.

Reputationsrisiken können das Unternehmen nachhaltig schädigen. Diesen Risiken wird durch strukturierte Prozesse zur Informationsaufbereitung sowie situationsgerechte Kommunikation gegenüber Dritten (z. B. Kunden, Presse) begegnet. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen wird das Reputationsrisiko für die Provinzial Kranken als derzeit beherrschbar eingeschätzt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Mit Hilfe des Risikomanagementsystems der Provinzial Kranken sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen gewährleistet das Risikofrüherkennungssystem, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann. Im Ergebnis ist festzustellen, dass mit Ausnahme der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen kein Einzelrisiko aus den Risikokategorien als wesentlich einzustufen ist. Des Weiteren sind gegenwärtig keine Risiken erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Provinzial Kranken nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Strategie

Als Basis der Strategie dienen die Grundsätze Regionalität, Kundennähe und der Verbund mit den Sparkassen. Dabei zu beachten sind wesentliche externe Rahmenbedingungen wie der demografische Wandel, verändertes Kundenverhalten und politisch rechtliche Vorgaben. Vor allem die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen sind für die private Krankenversicherung von besonderer Bedeutung.

Um die gesteckten Ziele zu erreichen, setzt die Provinzial Kranken weiterhin auf die Entwicklung und das Angebot bedarfsgerechter Produkte, ein dichtes Servicenetz über die hauptberuflichen Vertretungen und die Sparkassen im Geschäftsgebiet in Niedersachsen und Bremen sowie die Unterstützung vor Ort durch Krankenversicherungs-

spezialisten. Zudem soll das Kooperationsgeschäft mit gesetzlichen Kassen weiter vorangetrieben werden. Die Zusammenarbeit mit der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG wurde im betrachteten Geschäftsjahr weiter intensiviert. Die beiden in unterschiedlichen, sich ergänzenden Marktsegmenten tätigen Unternehmen haben ihre Marktpositionen ausgebaut und haben durch die Nutzung von gemeinsamen Ressourcen im Unternehmensverbund Synergien realisiert. Im Geschäftsjahr 2009 wurde die Verwaltungskostenoptimierung durch die Nutzung organisatorischer Ressourcen im Verbund weiter forciert. Der Zusammenschluss von ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG und Provinzial Kranken ist insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Abhängigkeit von externen Rahmenbedingungen, vor allem politischer Art, eine wichtige strategische Entscheidung gewesen, die beide Unternehmen dauerhaft festigt und weiteres Potenzial bietet.

Prognosebericht

Entwicklung des Versicherungsmarkts

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) geht in seiner Vorausschätzung der Geschäftsaussichten der Versicherungswirtschaft für 2010 im Bereich der privaten Krankenversicherung von einem Beitragswachstum von rund 5 Prozent aus. Steigende Gesundheitskosten führen in der PKV auch weiterhin zu Beitragsanpassungen im Bestand, so dass das Beitragswachstum zum größten Teil aus Beitragsanpassung (4 Prozent) und nur zu einem kleineren Teil aus dem Anstieg der Anzahl der Versicherten (1 Prozent) gespeist wird.

Das Geschäftsklima in der PKV-Branche hat sich durch die Festigung der politischen Rahmenbedingungen stabilisiert. Für das Jahr 2010 werden allerdings im Verhältnis PKV und GKV keine großen Veränderungen erwartet. Etwaige Reformen, wie die beabsichtigte Aufhebung der dreijährigen Wartefrist vor Zugangsmöglichkeit in die PKV, dürften in 2010 noch keine Wirkung entfalten. Ein positiver Impuls sollte dennoch in 2010 für den Nettoneuzugang zu erwarten sein, da per 2. Februar 2010 erstmals das in 2007 in Kraft getretene Drei-Jahres-Moratorium überschritten wird.

Mittelfristige Geschäftserwartung

Für das Jahr 2010 rechnet die Provinzial Kranken mit einem Wachstum bei den Beitragseinnahmen von gut 11 Prozent gegenüber dem Berichtsjahr. Vor allem der Ausgang der Bundestagswahl mit dem angekündigten Richtungswechsel in der Gesundheitspolitik sowie der Koalitionsvertrag der bürgerlichen Parteien setzen wichtige Akzente und sind grundsätzlich positiv zu bewerten. Der erklärte Wille, mit Blick auf den Zusatzversicherungsmarkt die Kompetenzen zwischen gesetzlicher Kassenlandschaft und privaten Anbietern klarer zu regeln, führt zurück zu fairen Wettbewerbsregeln. Außerdem beabsichtigt die neue Regierung, eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung einzuführen, die für alle Bürgerinnen und Bürger obligatorisch sein soll. Viele Details und die künftige Ausgestaltung der erklärten Absicht sind noch offen, jedoch sprechen Kompetenz und Erfahrung der privaten Pflegeversicherung dafür, künftig hier ein erweitertes Geschäftsfeld für unsere Branche aufbauen zu können.

Die Provinzial Kranken erwartet, durch den erstmaligen Ablauf des Drei-Jahres-Moratoriums in 2010 einen deutlichen Anstieg des Nettozugangs für die Krankheitskostenvollversicherung. Zu den positiven Einschätzungen der Geschäftsentwicklung führt u. a. auch das weiterhin vorhandene Neugeschäftspotenzial der Sparkassen-Finanzgruppe. Positiv fällt auch der Ausblick hinsichtlich der Steuergesetzgebung aus. Mit dem Bürgerentlastungsgesetz können Beiträge zur privaten Krankenversicherung und zur privaten Pflegeversicherung mit Wirkung zum 1. Januar 2010 steuerlich stärker als bisher begünstigt werden.

Schwer absehbar sind allerdings die zum Teil noch offenen Folgen der Kapitalmarktkrise vor allem für die selbstständigen Unternehmer, die eine wichtige Zielgruppe der Provinzial Kranken darstellen.

Schlusserklärung

Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen wurden im vergangenen Geschäftsjahr nicht getroffen oder unterlassen. Dieser Beurteilung liegen Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.

Hannover, den 8. März 2010

Der Vorstand

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn wird mit 670 Tausend Euro ausgewiesen.

Der Hauptversammlung am 24. März 2010 wird nach Zustimmung des Aufsichtsrats vorgeschlagen, den Bilanzgewinn in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Hannover, den 8. März 2010

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite	2009			2008
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			107 693	143 786
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
Beteiligungen		407 880		408 880
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	19 738 608			13 622 120
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	98 500			98 500
3. Sonstige Ausleihungen	101 416 033			86 697 846
4. Einlagen bei Kreditinstituten	1 000 000	122 253 141	122 661 021	0
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	542 640			367 313
2. Versicherungsvermittler	100 647	643 287		410 727
davon: an verbundenen Unternehmen 100 536 (407 248) €				
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) €				
II. Sonstige Forderungen		19 822	663 109	39 558
davon: an verbundenen Unternehmen 1 140 (24 924) €				
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) €				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		54 534		86 556
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		341 666		1 088 918
III. Andere Vermögensgegenstände		192 744	588 944	33 806
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		1 881 855		1 706 264
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		222 223	2 104 078	246 557
Summe der Aktivseite			126 124 845	104 950 831

Bestätigung gemäß VAG:

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 9. März 2010

Dr. Plathe

Treuhänder

Passivseite	2009			2008
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		6 000 000		6 000 000
II. Kapitalrücklage		4 000 000		4 000 000
davon: Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG: 1 609 216 (1 609 216) €				
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	262 550			227 250
2. andere Gewinnrücklagen	4 033 000	4 295 550		3 383 000
IV. Bilanzgewinn		670 000	14 965 550	650 000
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	87 737 343			68 713 929
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	87 737 343		0
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	5 090 865			4 085 427
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	5 090 865		35 000
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	10 195 825			11 349 460
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
	10 195 825			11 349 460
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	1 900 304			1 294 613
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
	1 900 304	12 096 129		1 294 613
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	155 532			132 637
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	155 532	105 079 869	0
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2 312 832		2 141 610
II. Steuerrückstellungen		206 035		230 245
III. Sonstige Rückstellungen		333 047	2 851 914	254 043
Übertrag:			122 897 333	102 427 214

	2009			2008
	€	€	€	€
Übertrag:			122 897 333	102 427 214
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	1 961 927			1 886 412
2. Versicherungsvermittlern	0	1 961 927		0
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		163 132		100 000
III. Sonstige Verbindlichkeiten		980 576	3 105 635	475 817
davon:				
aus Steuern: 25 195 (23 110) €				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 6 892 (0) €				
gegenüber verbundenen Unternehmen: 796 253 (325 362) €				
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) €				
E. Rechnungsabgrenzungsposten			121 877	61 388
Summe der Passivseite			126 124 845	104 950 831

Bestätigung gemäß VAG:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter Passiva B I. einzustellende Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2009 im Gesamtbetrag von 87 737 343 Euro unter Beachtung von § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG sowie § 16 KalV berechnet wurde.

Hannover, den 2. März 2010

Leonhardt

Verantwortliche Aktuarin

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009			2008
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		43 916 397		39 458 173
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		- 163 132	43 753 265	- 100 000
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			3 253 202	1 929 805
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		21 472		19 325
davon: aus verbundenen Unternehmen: 0 (0) €				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon: aus verbundenen Unternehmen: 0 (0) €				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		4 906 866		4 116 510
c) Erträge aus Zuschreibungen		1 116 646		0
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		127 850	6 172 834	236
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			39 941	30 258
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 20 787 860			- 17 827 581
bb) Anteil der Rückversicherer	264 902	- 20 522 958		9 805
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 1 005 437			468 990
bb) Anteil der Rückversicherer	- 35 000	- 1 040 437	- 21 563 395	15 000
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	- 19 023 414			- 14 629 965
bb) Anteil der Rückversicherer	0	- 19 023 414		0
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 22 896	- 19 046 310	- 14 538
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung feR				
a) erfolgsabhängige		- 2 876 000		- 3 132 000
b) erfolgsunabhängige		- 625 566	- 3 501 566	- 462 478
Übertrag:			9 107 971	9 881 540

	2009			2008
	€	€	€	€
Übertrag:			9 107 971	9 881 540
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen		- 4 893 148		- 4 675 646
b) Verwaltungsaufwendungen		- 1 323 997		- 1 271 404
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0	- 6 217 145	0
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		- 54 360		- 39 769
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		0		- 1 116 646
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0	- 54 360	0
10. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			2 836 466	2 778 075
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		23 589		52 768
2. Sonstige Aufwendungen		- 1 930 032	- 1 906 443	- 1 552 143
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			930 023	1 278 700
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			- 224 723	- 594 450
5. Jahresüberschuss			705 300	684 250
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen gesetzliche Rücklage			- 35 300	- 34 250
7. Bilanzgewinn			670 000	650 000

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- A. Immaterielle Vermögensgegenstände** Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.
- B. Kapitalanlagen** Anteile an Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.
- Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten, bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.
- Der Ausweis von Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgt teilweise zu Anschaffungskosten. Agio- und Disagioträge wurden abgegrenzt und entsprechend der Laufzeit der Ausleihung erfolgswirksam aufgelöst.
- Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennbetrag ausgewiesen.
- C. Forderungen** Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.
- D. Sonstige Vermögensgegenstände** Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung.
- Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.
- B. Versicherungstechnische Rückstellungen** Die Deckungsrückstellung wird nach den technischen Berechnungsgrundlagen unter Beachtung der Vorschriften des § 12 Abs. 1 Nr. 2 VAG i. V. m. § 341 f HGB berechnet.
- Da die maßgeblichen Rechnungsgrundlagen Kopfschäden, Sterbetafel und Stornowahrscheinlichkeiten für Männer und Frauen signifikante Unterschiede aufweisen, erfolgt die Beitragskalkulation und die Berechnung der Deckungsrückstellung geschlechtsabhängig. Ausgenommen hiervon sind die Tarife der privaten Pflegepflichtversicherung (PPV) und das S-Krankengeld (SKG), für die geschlechtsunabhängige Beiträge erhoben werden.
- Der Nachweis der Geschlechtsabhängigkeit der maßgeblichen Rechnungsgrundlagen ergibt sich aus den Statistiken des PKV-Verbands und der BaFin, die regelmäßig im Internet veröffentlicht werden (www.pkv.de/statistiken).

Ab dem 1. Januar 2008 werden gemäß dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) die Kosten für Schwangerschaft und Mutterschaft gleichmäßig auf Männer und Frauen verteilt.

Die Berechnung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt im Näherungsverfahren nach § 34 g Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 26 RechVersV. Dem Näherungsverfahren liegen Zahlungen für Versicherungsfälle in den ersten 30 Geschäftstagen nach dem Abschlussstichtag zugrunde.

Die Rückstellung für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wird gemäß der Satzung gebildet. Die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wird aufgrund der Bestimmungen des § 12 a Abs. 3 VAG und des Poolvertrags zur Pflegepflichtversicherung (PPV) gebildet.

Bei den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wird eine Stornoreserve in Höhe von 10 Prozent der negativen Anteile der Deckungsrückstellung gebildet. Darüber hinaus werden 10 Prozent des bei Unternehmenswechsel zusätzlich zu übertragenden Betrages zurückgestellt.

C. Andere Rückstellungen

Die Berechnung der Pensionsrückstellung erfolgte ab 2009 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren in Anlehnung an IAS 19 unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 4,5 Prozent. Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 2,5 Prozent, 2,0 bzw. 1,0 Prozent p.a. berücksichtigt.

Pensionsrückstellungen für Zusagen aus Gehaltsverzicht werden in Höhe der Aktivwerte der abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen bilanziert.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 Prozent berechnet. Die Rückstellung umfasst den Aufstockungsbetrag, den Erfüllungsrückstand und die Kapitalzahlungen zum Ausgleich von Abschlägen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Verbindlich feststehende Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert, noch nicht feststehende Fälle werden in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme bilanziert. Der Berechnung der Rückstellung liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 Prozent berechnet. Als Berechnungsgrundlage dienen die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

D. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt mit dem Rückzahlungsbetrag.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Entwicklung der Aktivposten A, B I, B II	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen
	2008		
	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	143 786	0	0
B I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
Beteiligungen	408 880	0	0
B II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13 622 120	4 999 843	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	98 500	0	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	51 763 971	9 218 186	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	34 933 875	9 000 000	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	44 200 000	0
Summe B II.	100 418 466	67 418 029	0
Insgesamt	100 971 132	67 418 029	0

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit derivativen Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch bzw. mit externen Dienstleistern. Hier erfolgte unterjährig ein Wechsel.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

B II 3. Sonstige Ausleihungen

In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 5 982 Tausend Euro enthalten. Für diese Namensschuldverschreibungen beträgt der Zeitwert 5 392 Tausend Euro. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind strukturierte Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 1 000 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven ergibt einen Zeitwert von 964 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte*)	stille Reserven*)
€	€	€	€	€	€	€
0	0	36 093	107 693			
1 000	0	0	407 880	407 880	407 880	0
0	1 116 646	0	19 738 609	19 738 609	19 949 798	211 189
0	0	0	98 500	98 500	112 617	14 117
500 000	0	0	60 482 157	60 461 464	60 630 248	168 784
3 000 000	0	0	40 933 875	41 033 896	42 784 737	1 750 841
43 200 000	0	0	1 000 000	1 000 000	1 000 000	0
46 700 000	1 116 646	0	122 253 141	122 332 469	124 477 400	2 144 931
46 701 000	1 116 646	36 093	122 768 714	122 740 349	124 885 280	2 144 931

*) ohne A.; einschließlich Agien und Disagien

A I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital von 6 000 000 Euro ist eingeteilt in 6 000 000 Namensaktien.

Alleinige Aktionärin der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die ALTE OLDENBURGER Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta.

A III. Gewinnrücklagen

Die Zuführung zur gesetzlichen Rücklage erfolgte gemäß § 150 Abs.2 AktG.

B I. Deckungsrückstellung

Auf zum 1.1.2010 beendete Tarife, für die Übertragungswerte nach § 12 Abs. 1 Nr. 5 VAG bzw. § 12 f VAG bereitzustellen sind, entfällt ein Rückstellungsbetrag in Höhe von 46 Tausend Euro.

C I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der handelsrechtliche Ansatz bei der Rückstellung für Pensionen beläuft sich im Geschäftsjahr auf 2 313 Tausend Euro, der Teilwert gemäß § 6 a EStG beträgt 1 348 Tausend Euro.

B III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrück- erstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
		Betrag gemäß § 12 a Abs. 3 VAG	Pflegepflicht- versicherung	Sonstiges	Summe
		€	€	€	€
1. Bilanzwerte 2008	11 349 460	102 352	1 192 262	0	1 294 614
2. Umgliederung	- 5 742	0	5 742	0	5 742
3. Entnahme zur Verrechnung	3 227 584	25 618	0	0	25 618
4. Entnahme zur Barausschüttung	796 309	0	0	0	0
5. Zuführung	2 876 000	237 957	387 609	0	625 566
6. Bilanzwerte 2009	10 195 825	314 691	1 585 613	0	1 900 304

C III. Sonstige Rückstellungen

	2009	2008
	€	€
Urlaubs-, Gleitzeit- und sonstige Personalaufwendungen	96 108	98 000
Ausstehende Rechnungen	95 000	29 000
Altersteilzeit	71 964	56 133
Jahresabschlusskosten und Geschäftsbericht	37 850	41 850
Mitarbeiterjubiläen	23 275	19 110
Beiträge zur Verwaltungsberufsgenossenschaft	5 100	5 300
Übrige	3 750	4 650
Insgesamt	333 047	254 043

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I 1 a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2009	2008
	€	€
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft		
Krankheitskostenversicherungen	25 247 685	22 484 121
Krankentagegeldversicherungen	4 916 290	4 630 517
selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	1 590 265	1 575 252
sonstige selbstständige Teilversicherungen	9 264 271	8 222 361
Pflegepflichtversicherung	2 897 886	2 545 922
Insgesamt	43 916 397	39 458 173

Im Geschäftsjahr ist ein Beitragszuschlag nach § 12 Abs. 4 a VAG in Höhe von 1 809 004 Euro (Vorjahr: 1 627 384 Euro) enthalten.

**I 2. Beiträge aus der
Brutto-Rückstellung
für Beitragsrück-
erstattung**

	2009	2008
	€	€
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft		
Krankheitskostenversicherungen	3 240 049	971 002
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 25 618 (33 250) €		
Krankentagegeldversicherungen	0	31
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	0	57 147
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
sonstige selbstständige Teilversicherungen	13 153	41 379
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
Pflegepflichtversicherung	0	860 246
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
Insgesamt	3 253 202	1 929 805

**I 4. Sonstige versiche-
rungstechnische
Erträge feR**

In diesem Posten sind Übertragungswerte in Höhe von 13 Tausend Euro enthalten.

**I 6 aa) Veränderung der
Deckungsrückstellung
– Bruttobetrag**

	2009	2008
	€	€
gemäß § 12 a Abs. 2 VAG	– 653 687	0
gemäß § 12 a Abs. 3 VAG	– 25 618	– 33 250
andere	– 18 344 109	– 14 596 715
Insgesamt	– 19 023 414	– 14 629 965

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo beträgt 67 (75) Tausend Euro zugunsten des Rückversicherers.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2009	2008
	€	€
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	4 237 660	3 764 051
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	1 687 273	1 445 149
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	300 474	247 918
5. Aufwendungen für Altersversorgung	165 977	319 245
6. Aufwendungen insgesamt	6 391 384	5 776 363

Zahl der Versicherten – natürliche Personen

	2009	2008
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft		
Krankheitskostenversicherungen	13 101	11 882
Krankentagegeldversicherungen	39 651	40 206
selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	32 503	32 222
sonstige selbstständige Teilversicherungen	71 344	68 142
Pflegepflichtversicherung	14 187	12 833
Insgesamt	136 499	131 118

Weitere Angaben

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, erstellt einen Konzernabschluss, in den die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover, einbezogen wird. Die Veröffentlichung erfolgt im elektronischen Bundesanzeiger.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Offene Vorkäufe auf Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe bestehen zum Bilanzstichtag mit einem Nominalwertvolumen in Höhe von 7 000 Tausend Euro.

Nach § 124 VAG sind Unternehmen, die die substitutive Krankenversicherung betreiben, zur Mitgliedschaft an einem Sicherungsfonds verpflichtet. Gemäß § 129 Abs. 5 a VAG erhebt der Sicherungsfonds nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge bis zu Höhe von maximal 2 Promille der Summe der versicherungstechnischen Nettorückstellungen. Die maximale Zahlungsverpflichtung beträgt 210 Tausend Euro.

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 32 Angestellte (Vorjahr: 28 Angestellte) im Innendienst. Weitere Arbeiten werden im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen von den Mitarbeitern der HanseMercur Krankenversicherung AG, Hamburg, und der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, ausgeführt.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands betragen 182 Tausend Euro. An ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sind insgesamt 51 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 1702 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 30 Tausend Euro gezahlt worden.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer beträgt für die Abschlussprüfung 56 Tausend Euro. Davon entfallen auf das Vorjahr 2 Tausend Euro.

Ein Verzeichnis der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands unserer Gesellschaft befindet sich auf der Seite 38 dieses Geschäftsberichts.

Hannover, den 8. März 2010

Der Vorstand

Dr. Knemeyer

Dienst

Hake

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 10. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

ppa. André Bödeker
Wirtschaftsprüfer

ppa. Colin Schenke
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2009 die Geschäftsführung entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat in regelmäßigen Sitzungen umfassend von der geschäftlichen Entwicklung und der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung unterrichtet. Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie die Lage und die Entwicklung der Gesellschaft wurden in den drei Sitzungen des Aufsichtsrats eingehend erörtert. Der Aufsichtsrat befasste sich ausführlich mit der Unternehmensplanung 2010 und der Neustrukturierung des Risikomanagements und war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Ferner wurde über die Lage der Gesellschaft und den Gang der Geschäfte quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Darüber hinaus wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats über wesentliche Geschäftsvorfälle laufend unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich ausgiebig mit den Auswirkungen des Verfassungsbeschwerdeurteils zur Gesundheitsreform und des Ausgangs der Bundestagswahl befasst. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über die Folgen der Finanzmarktkrise auf die Gesellschaft informiert und mit ihm mögliche Konsequenzen intensiv diskutiert.

Aufsichtsrat und Vorstand der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG bekennen sich – unter der Berücksichtigung der Besonderheiten für im öffentlich-rechtlichen Unternehmensverbund stehende Versicherungsunternehmen – zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung entsprechend den Empfehlungen des Corporate Governance Kodexes.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Vorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag nach § 111 Abs. 2 AktG an die PwC PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers unverzüglich erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil und berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Nach einer eingehenden Erörterung des Jahresabschlusses, des Lageberichts sowie des vom Vorstand eingerichteten Risikofrüherkennungssystems (§ 91 Abs. 2 AktG) mit dem Abschlussprüfer, hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss gebilligt und damit gemäß § 172 AktG festgestellt. Weiterhin wurde zur Bilanzsitzung der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen vorgelegt und geprüft. Einwendungen hiergegen bestanden nicht. Der Aufsichtsrat hat sich ferner mit dem Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer über den Bericht hinsichtlich der Beziehungen zu verbundenen Unternehmen befasst und hat auch hier keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern und Vertriebspartnern für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 24. März 2010

Dr. Schweer
Vorsitzender



Preis für Talente

Der Fotojournalist Lucas Wahl ist Gewinner des VGH Fotopreises.
Mit seiner Kamera hat er Alltagsszenen in extremen Panoramen festgehalten.

Es ist eine dieser Möglichkeiten, die es oft nur einmal im Leben gibt. Kathmandu. Zwei Monate lebte Lucas Wahl bei seiner Freundin, einer Entwicklungshelferin, in der Hauptstadt Nepals. „Ich hatte kein konkretes Projekt, nur meine Kamera“, sagt der 25-jährige Fotografiestudent an der Fachhochschule Hannover (FHH). Und ein waches Auge. Lucas Wahl hat herausragende Arbeiten mit zurück nach Deutschland gebracht. Alltagsszenen aus dem einfachen Leben in extremen Panoramen. Männer, die in einem Hinterhof ein Schwein ausnehmen, Kinder, die auf einem überschwemmten Platz im kniehohen Wasser Fußball spielen. Im Herbst 2009 wurde er dafür mit dem VGH Fotopreis ausgezeichnet. Mit 10 000 Euro ist er einer der höchstdotierten Preise seiner Art in Deutschland.

Die VGH vergibt diese Auszeichnung seit 2008 jedes Jahr gezielt an Fotostudenten der Fachhochschule Hannover (FHH). Die FHH genießt international im Bereich der Fotografie einen ausgezeichneten Ruf und zieht viele Talente an. Das Preisgeld ermöglicht es den Nachwuchsfotografen, sich weiter zu professionalisieren. Der Sieger erhält zudem eine eigene Ausstellung in der VGH galerie, die seine Bekanntheit fördert. Mit dem Preis prämiiert die VGH die beste Fotoreportage. Eine Experten-Jury mit Fotochefs – unter anderem von FAZ, Geo, HAZ und Stern – urteilt über die Beiträge und ihre künstlerische Qualität.

Über den Preis habe er sich sehr gefreut, sagt Wahl. „Das Geld gibt mir mehr Freiheiten in meinem Studium.“ Er hat es sich zum Ziel gesetzt, Geschichten in Bildern zu erzählen, und reist dafür auch an ungewöhnliche Orte: Zuletzt hat er Fotos von einem Projekt mit kriminellen deutschen Jugendlichen gemacht, die auf einem Bauernhof in Rumänien resozialisiert werden.

Impressum

Herausgeber:

VGH Versicherungen
Schiffgraben 4
30159 Hannover
Telefon 0511 362-0
Telefax 0511 362-2960
E-Mail service@vgh.de
Internet www.vgh.de

Fotos:

Martin Bühler (14, 21), Karl Johaentges (12), Helge Krückeberg (24), Patrice Kunte (19),
Ulrich Reinecke (1, 2, 3, 6, 8, 10, 11, 16, 17, 18, 22, 25, 26, 40, 86, 146, 178, 182),
Sara Schiewe (20), Jürgen Stroscher (15)

Corporate Design:

Stankowski + Duschek, Stuttgart

Gestaltung:

Mann + Maus oHG, Hannover

Satz:

types.Fotosatz GmbH, Hannover


Druck:


Quensen Druck & Verlag, Hildesheim


<< Unternehmen im VGH-Verbund

Unternehmen im VGH-Verbund


Brandkassenausschuss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover
 38 Vertreter der Landschaften
 8 Vertreter des Sparkassenverbandes Niedersachsen

VGH  Landschaftliche Brandkasse Hannover

100%* → **VGH**  Provinzial Lebensversicherung Hannover

100% → **VGH**  Provinzial Pensionskasse Hannover AG



55% → **ÖVB**  Öffentliche Versicherung Bremen

90%* → **ÖFFENTLICHE**  LANDESBRANDKASSE
 ÖFFENTLICHE LEBENSVERSICHERUNGSANSTALT OLDENBURG

35% → **ÖSA**  Versicherungen
 Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt
 Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt

25% → **CF DIE**  OSTFRIESISCHE
 LANDSCHAFTLICHE BRANDKASSE
 Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse

* Trägerschaft beruht zur Hälfte auf schuldrechtlichem Vertrag





... fair versichert